Antifaschistisches info Blatt

Nr. 75 | Frühjahr 2007 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Der rechte Rand der DDR

Von staatstragend bis »Rowdytum«

Diskussion

Die Bikers News im Gespräch

Gesellschaft

Faschismustheorien – die Bonapartismusthese



Inhalt

AIB 75 2 · 2007

Rubriken



6

22

46

Titel

NS-Szene

Diskussion

Antifa

Rassismus

Gesellschaft

Braunzone

Repression

Kultur

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@nadir.org

www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

vor zwanzig Jahren, am 17. Oktober 1987, überfielen Neonaziskinheads ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche. Schlagartig trat zu Tage, was es im antifaschistischen Selbstverständnis der DDR nicht geben konnte: junge Neonazis. Da der Angriff in einem Zentrum der DDR-Opposition stattfand und nicht in der ostdeutschen Provinz, konnten auch die Medien der DDR dem Thema kaum mehr ausweichen. Rückblickend erweist sich die Causa Zionskirche als Vorspiel für die Entwicklung des ostdeutschen Neonazismus in den Jahren 1989 bis 1994, als sich auf dem Gebiet der heutigen neuen Bundesländer eine bis dahin nicht vorstellbare Welle fremdenfeindlicher Gewalt und öffentlicher Präsenz von Neonazis Bahn brach, der die antifaschistische Linke hilflos gegenüber stand.

Zwar gibt es zur heutigen Situation des Neonazismus im Osten nur im Ausnahmefall strukturelle Kontinuitäten, doch die Wurzeln für das Entstehen eines diskursfähigen ostdeutschen Rechtsextremismus sind in der damaligen Entwicklung zu suchen. Schon frühzeitig berichteten wir über die Gefahr des Neonazismus in der DDR und ließen dabei auch unabhängige AntifaschistInnen zu Wort kommen.

In unserem Schwerpunkt kommen mit Dietmar Wolf und Frank Schumann zwei sehr unterschiedliche damalige Akteure zu Wort. Während Frank Schumann als Redakteur der damaligen FDJ-Zeitung »Junge Welt« die Vorgänge bewertete, gehörte Dietmar Wolf zu einer kleinen Gruppe unabhängiger AntifaschistInnen, die sich um einen öffentlichen Diskurs über die Problematik des Rechtsextremismus in der DDR bemühte. Die sehr verschiedenen Perspektiven auf die Geschehnisse sind von der Redaktion bewusst gewählt und sollen zur Diskussion anregen.

Ein weiterer Artikel über die ehemalige DDR-Blockpartei NDPD will zeigen, wie ambivalent die Integration von NS-Mitläufern in der DDR verlief. Liest man heute die rabiaten nationalistischen Verlautbarungen der NDPD, wird erkennbar, wie selbstverständlich nationalistische Einstellungen auch in der DDR artikuliert wurden.

Eine Artikelreihe zum Themenkomplex Faschismustheorien beginnen wir in dieser Ausgabe. Schon im AIB 68 und 69 setzte sich Alex Busch in einem Zweiteiler mit dem »Begriff des Faschismus« auseinander. In unserer neuen Reihe wollen wir nun die verschiedenen Faschismustheorien detaillierter betrachten und in den folgenden Ausgaben je einen Theorieansatz ausführlich vorstellen. In diesem AIB beginnt Fabian Kunow mit der Bonapartismusthese, die sich auf den »18. Brumaire des Louis Bonaparte« von Karl Marx bezieht und vor allem von dem KPD-Dissidenten August Thalheimer und dem Austromarxisten Otto Bauer entwickelt wurde.

Ein interessantes Gespräch findet sich auf Seite 26. Wir trafen uns mit dem Chefredakteur der Bikers News, Michael Ahlsdorf. Anlass war unsere kontinuierliche Berichterstattung über Schnittmengen zwischen Teilen der Bikerszene und dem Neonazismus, die auch vom inoffiziellen Organ der deutschen Bikerszene aufmerksam verfolgt wurde. Aus Platzgründen passt das Gespräch leider nur in gekürzter Form ins Heft, die vollständige Version findet Ihr auf unserer Webseite und in der Bikers News vom April.

Ein erfreuliches Ereignis fiel in die Produktionsphase dieser Ausgabe: Der Berliner Antifaschist Matthias Z. wurde aus der Untersuchungshaft entlassen. Einen Artikel über die skandalösen Umstände seiner Inhaftierung findet ihr auf Seite 44.

Wir wünschen Euch einen schönen Frühlingsanfang und viel Spaß bei der Lektüre. ■

Richtigstellung zur Ausgabe 74

Im Artikel »Lager, Lieder, Lebensbund« muss es auf Seite 11 »Bund freier Jugend« statt »Bund freiheitlicher Jugend« heißen. Im Beitrag »Nazikunst in Burschenschaftshäusern« wurde Jürgen Schwab als ehemaliges Mitglied der Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen benannt. Das trifft nicht zu. Vielmehr war er Mitglied der Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth.

Hamburger NPD im Szene-Streit

Der Hamburger Landesverband der NPD setzt seit Anfang 2007 neue Maßstäbe in Sachen szeneinterner »Streitkultur«. Während der eher militante Flügel um Thorsten de Vries, Torben Klebe und Jan Steffen Holthusen der Ende 2005 neugewählten Landesvorsitzenden Anja Zysk anfangs die Treue hielt und die NPD in der Hansestadt etwas beleben konnten, verfiel man spätestens im Januar diesen Jahres der, innerhalb der extremen Rechten nicht unüblichen, Selbstzerfleischung. Aufhänger war ein Streit um eine von Zysk unterstützte Kundgebung gegen einen Moschee-Neubau in Hamburg-Bergedorf. Diese lehnte der militante Flügel ab. Der Konflikt eskalierte parteintern und geriet offenbar außer Kontrolle. So trat der Landesvorstand geschlossen zurück und Zysk erstattete Anzeige gegen de Vries, unter anderem wegen des innerhalb der Neonaziszene reichlich unpopulären § 86 a StGB (Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen) und erwirkte einen gerichtlichen Beschluss, dass de Vries sich ihr nicht auf unter 50 Meter nähern dürfe.
Auch Christian Worch, das »Aktionsbüro Nord« (ABN) und nicht zuletzt die Bundesführung der NPD hielten ihre Meinungen in der Sache für unverzichtbar. Durch öffentlich ausgetragene Diskussionen wurde nahezu die gesamte Struktur der Hamburger NPD sichtbar. Peter Marx übernahm kommissarisch den Landesvorstand und der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger wurde, offenbar auf Bestreben des Ex-Hamburgers Thomas Wulff, für die notwendig gewordene Neuwahl als Gegenkandidat des Flügels der »Freien Nationalisten« zu Zysk aufgestellt.
Am 25. Februar fand ein Delegierten-Parteitag statt, bei dem Zysk Rieger mit 3 zu 18 Stimmen unterlag. Der Kreis um de Vries ging gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor und selbst das parteikritische ABN gratulierte unter Vorbehalt. Mittlerweile ist Zysk aus der NPD ausgetreten. Das erste Aktionsfeld der NPD nach der Neuwahl überraschte Beobachter der Szene indes sehr: Anfang März organisierte die bis dato unbekannte neonazistische »Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf« einen Infostand in besagtem Stadtteil. Betreut wurde der Stand u.a. von Inge Nottelmann und Tobias Thiessen (ABN) sowie den NPD-Aktivisten Thorsten de Vries und Jan Steffen Holthusen. Thema war ausgerechnet der Aufhänger des vorrausgegangenen Streits, nämlich die rassistische Hetze gegen den Neubau der Moschee. ■

Ausführlich und mit Quellen ist der Konflikt bei npd-blog.info dokumentiert

Polizisten Rechtsaußen – kein Einzelfall

Meldungen, dass sich unter hessischen Polizisten, die als Personenschützer des ehemaligen Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Michel Friedman arbeiteten, offenbar Neonazis befanden und ein antisemitischer Vorfall im Februar 2007 an einer Berliner Polizeischule, wo eine ganze Klasse erklärte sie wolle nicht dauernd an den Holocaust erinnert werden und Juden seien zudem reiche Leute, sorgten erst kürzlich für erheblichen Medienwirbel. Zeuge der antisemitischen Ausfälle in Berlin war der 83-jährige Holocaust-Überlebende Isaak Behar, dessen gesamte Familie in Auschwitz ermordet worden waren. Dabei kommen solche Einstellungsmuster immer wieder zu Tage, wenn auch ohne solch großes Medienecho. An der Polizeischule waren bereits im Jahr 2000 Auszubildende wegen rassistischer Sprüche in die Schlagzeilen geraten. Im März 2007 wurde ein Taxifahrer von einem 45-jährigen Berliner Polizeibeamter als »Scheißtürke« beschimpft. Während der Anzeigenaufnahme durch die alarmierte Polizei bedrohte der aggressive Polizeibeamte erneut den Taxifahrer. Ein Beamter aus dem Landeskriminalamt in Brandenburg wurde gar am 18. November 2006 von zwei Staatsschützern als Teilnehmer des neonazistischen Heldengedenken in Seelow erkannt. In seiner Behörde trat er, laut Aussage von anderen Beamten, als NPD-Sympathisant auf. Ebenfalls bei einem Heldengedenken in Halbe fielen Berliner Bundespolizisten der »Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit« (MKÜ) wegen einer »nazi-mäßigen Uniformierung des ganzen Zuges« auf, der MKÜ-Zugführer hatte gar auf seinen Schlagstock den Namen »Odin« gemalt. In seiner Dienststelle fanden Kollegen CDs des »Radio Wolfsschanze«. Im Mai 2006 wurde ein Polizeiobermeister aus der Berliner Direktion 5 wegen des Verdachts der Volksverhetzung vom Dienst suspendiert. Einen Monat zuvor soll ein Kriminaltechniker aus dem Landeskriminalamt E-Mails mit ausländerfeindlichen Inhalt versandt haben. Im März 2004 wurde der enge Kontakte eines 24-jährigen Bereitschaftspolizisten zu Berliner Neonazis bekannt, er hatte jeweils 30 bis 70 Neonazis im Umgang mit der Polizei geschult. Ermittelt werden musste im August 2000 auch gegen einen Beamten der Berliner Polizei, der nach dem Bombenanschlag von Düsseldorf telefonisch mit »rechtem Terror« gedroht haben soll, er habe beim Potsdamer Präsidium verkündet es werde Tote geben »wie im September 1980«. Damals hatte ein Neonazi auf dem Oktoberfest in München eine Splitterbombe gezündet. ■

Quellen:
- Pressemeldung der Polizei, Berlin, 4. März 2007
- SPIEGEL ONLINE, Empörung über Friedmans mutmaßliche Nazi-Leibwächter, 14. März 2007
- Berliner Zeitung, Antisemitischer Eklat an Polizeischule, 20.März 2007
- SPIEGEL ONLINE, Disziplinarverfahren gegen LKA-Beamten, 22. Januar 2007
- Berliner Zeitung, Rechtsextremisten in Polizeiuniform, 26. Oktober 2006
- Der Tagesspiegel, Polizist soll Nazis geschult haben Staatsschutz ermittelt, 27. März 2004
- Der Tagesspiegel, Drohanruf: Verdächtigter Polizist will keine Stimmprobe abgeben, 1. August 2000

»Thor Steinar« in Skandinavien

Im April 2007 gibt das dänische Recherchekollektiv Redox ein Buch heraus, welches sich mit den Strukturen und Produktionsweisen von neonazistischer Musik und Merchandise in Nordeuropa auseinandersetzt. Unter anderem wird hier auch die Zusammenarbeit von »Thor Steinar« mit der extremen Rechten in Skandinavien beleuchtet. Die Modemarke »Thor Steinar« hat in Deutschland lange versucht ein Image als normale und unpoltische Bekleidungsmarke aufrechtzuerhalten. So wurden Zeitungen, welche die Marke mit der extremen Rechten in Verbindung brachten verklagt. Während diese Strategie in Deutschland zum Teil aufgeht, ist ihnen das in Skandinavien nicht geglückt. Dort ist bekannt, das »Thor Steinar« eng mit der extremen Rechten verbunden ist. In Dänemark teilt sich der dortige »Thor Steinar«-Ableger ein Postfach mit der CD Firma Nordvind Records, von der alle Bestellungen für »Thor Steinar«, wie auch für Nordvind Records, versendet werden. Nordvind Records wird von Neonazis geführt, welche bereits für Blood & Honour verantwortlich waren und hat mehrere CDs von Neonazibands rausgegeben. Außerdem ist die Internetseite von »Thor Steinar«-Schweden auf die Adresse Fabriksvägen 6 in Klippan, einer Kleinstadt bei Helsingborg, angemeldet. Bei derselben Adresse liegt auch das »Trykcenter« Klippan, eine Neonazi-Druckerei, welche von der schwedischen Kameradschaft »Parabellum« geführt wird. In dieser Druckerei wurden beispielsweise Transparente für die neonazistische »Nationaltagsdemonstration« in Stockholm hergestellt. Bei der Nationaltagsdemonstration 2006 bediente Andreas Olofsson vom »Trykcenter« Kilppan, den Verkaufsstand von Nordvind Records. Es bestehen noch weitere Verbindungen in neonazistische Kreise. Die Domain thorsteinar.nu, welche lange auf die offizielle schwedische »Thor Steinar«-Seite verwiesen hatte, ist bei der Email-Adresse von Nordvind Records registriert und liegt nun auf dem Server von Info 14. Das ist die Internetseite für die schwedischen Pendants der »Freien Kameradschaften« und gleichzeitig verantwortlich für den größten Neonaziaufmarsch in Schweden. ■

Mehr Informationen unter: www.redox.dk

Neonazihändler Schlaffer, Bahls und Georgi im Stress

In der Neonaziszene kursiert ein Boykott-Aufruf gegen die Szene-Händler Philip Schlaffer (alias Harry Andersen) aus Wismar und Ingo Knauf aus Grevesmühlen. Schlaffer ist Betreiber des Werwolfshops in Wismar, sowie diverser Label und Vertriebe wie Hatestore, North X, Bully Boy Records und Werwolf Records (Finnland). Knauf betreibt den Versand und das Label V7, den TTV Versand, den Aufruhr-Versand und den T-Shirt-Druck Druckmeister. Schlaffer und Knauf seien »keine 'Kameraden'« sondern unpolitische »Geschäftsmänner« heißt es in dem Aufruf. Hintergrund des Boykottaufrufs ist die Schließung des Berliner Neonazi-Ladens »Parzifal« nebst dazugehörigem Tattoostudio im August 2006. Offizieller Mieter des Ladens war Schlaffer, betrieben wurde der Laden von Alexander-Willibald Bahls, einem Gründungsmitglied der Neonaziband »Spreegeschwader«. Bahls wird der Neonazi-Gang »Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft« zugerechnet. Schlaffer und Knauf hätten, so der Vorwurf, über den Laden lediglich Geschäftskontakte mit Michael Regener dem »Landser«-Frontmann und »Obergruppenführer« der »Vandalen«, aufnehmen wollen. Nachdem dieser Kontakt zustande kam, habe Schlaffer den Laden aufgegeben. Bahls sitzt seit Oktober 2006 in Mecklenburg-Vorpommern wegen schweren Raubes in Untersuchungshaft, da er am 5. Oktober 2006 gemeinsam mit drei weiteren Tätern in die Wohnung von Schlaffer in Wismar eingedrungen sein soll und diesen massiv und unter Waffengewalt bedroht habe. Auch in Untersuchungshaft sitzt der über das Videoportal youtube zu »Weltruhm« gelangte Baseballschläger-schwingende 23-jähriger Verkäufer des Werwolf Shops. Nicht wegen seines Übergriffs, sondern da er einer von fünf Tatverdächtigen in einer – als »Silvester-Totschlag von Wendorf« bezeichneten – tödlich geendeten Auseinandersetzung im rechten Milieu der Stadt ist. Zuletzt verhängte ein Gericht 1200 Euro Strafe gegen ihn, weil er am 12. August 2006 in Wismar Teilnehmer und Journalisten einer Antifa Demonstration angegriffen hatte und sich anschließend der Festnahme widersetzte. Der Neonazi Lars Georgi musste sich im November/Dezember 2006 vor dem Amtsgericht Dresden wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung verantworten. Er betrieb seit 1996 den »TTV« Versand. Auch der Musikhandel »Wotan-Versand«, der eine geraume Anzahl indizierter CD´s vertrieb, wurde seinen Aktivitäten zugerechnet. Im Jahr 2002 wurde es nach szeneinternen Anfeindungen, die in Spitzelvorwürfen gipfelten, ruhiger um ihn. Er verlagerte seine Verkaufsaktivitäten mit der Marke »Sport-frei«, die nie offiziell von ihm angemeldet war. Ein auf der Homepage von »Sport-Frei« zum Verkauf angebotenes T-Shirt löste Ende des Jahres 2004 Ermittlungen gegen Georgi wegen des Verdachts der Volksverhetzung aus. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass Georgi im angeklagten Zeitraum der Betreiber der Homepage sport-frei.net und daher verantwortlich für den Vertrieb des T-Shirts war. Weiterhin wurde im Zuge einer Wohnungsdurchsuchung in Dresden, deren Mieter Georgi im ersten Halbjahr 2005 gewesen ist, mindestens ein solches T-Shirt sichergestellt. Der Prozess wurde nach mehreren Verhandlungstagen wegen Krankheit ausgesetzt. Mit einem Neubeginn ist im ersten Quartal 2007 zu rechnen. ■



[1] Lars Georgi (links) als Teilnehmer einer Neonazidemonstration 1998 in Bonn.

Neonazis in der DDR

Die Fan-Kurve wird zum Brutkasten der DDR-Neonaziszene

Die Anfänge neofaschistischer Organisierung in der DDR werden in der Regel auf die Jahre 1982/83 datiert. Doch schon in den Jahren zuvor kam es immer wieder zu rassistischen und ausländerfeindlichen Vorkommnissen. Die DDR war als Gesellschaft zu keiner Zeit frei von rassistischen Vorurteilen. Im Gegenteil: Sie schürte sie selbst und bediente sich ihrer, indem sie zum Beispiel Menschen aus Afrika und Asien in die DDR zum arbeiten holte, diese aber ghettoisierte und aus der Gesellschaft fern hielt. Der gern bemühte Internationalismus war eine von vielen inhaltslosen Phrasen, die keinen wirklichen Weg in das Selbstverständnis der Menschen in der DDR fanden.

Dietmar Wolf

Unter dem Deckmantel der antiimperialistischen Solidarität mit dem palästinensischen Volk, wurden nicht selten antijüdische Vorurteile geschürt. Besonders in DDR-Medien fand sich immer wieder antiisraelische und antizionistische Propaganda. 1976 stellte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldman fest: »Von allen kommunistischen Staaten verhält sich die DDR zweifellos am feindseligsten gegenüber Israel, und ihre Presse ist überaus aggressiv«[1] und so verwundert es nicht, dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in den Jahren 1978 und 1979 188 Fälle von »... schriftlicher staatsfeindlicher Hetze mit faschistischem Charakter...« registrierte.[2]

Doch kann man sagen, das es ab dem Anfang der 1980er Jahre zu einem sprunghaften Anstieg von so genannter rechts motivierter Gewalt im öffentlichen Raum kam. Vor allem in den Fußballstadien setzten Jugendliche ihren Alltagsfrust in Gewalt um. Es wurden immer mehr Polizisten benötigt, die Stadien ruhig zu halten. Zu dieser Zeit tauchten die ersten Skinheads auf. So zum Beispiel beim Ostberliner BFC-Dynamo. Aber auch bei Lok Leipzig und Hansa Rostock. Nicht selten waren es Punks, die sich ihre Irokesen-Kämme abschnitten, weil ihnen diese Ausdrucksform nicht radikal genug erschien. Unbestritten war auch ein gewisser Einfluss des Westens. Trotz der Mauer pflegten viele Menschen ihre familiären und freundschaftlichen Kontakte in den Westen. Modetrends wurden mit einiger Verspätung übernommen und beeinflussten die Jugend in der DDR. Bomberjacken und DocMartens waren für Ostler schwer zu haben und galten schnell als Statussymbole. Wer keine Westverwandschaft hatte, musste für eine Bomberjacke nicht selten bis zu 800 DDR-Mark berappen. Das waren damals ein bis zwei Monatslöhne. Machten die DDR-Skinheads zunächst durch eine besonders hohe Gewaltbereitschaft auf sich aufmerksam, wurde dies schnell mit faschistischer und rassistischer Ideologie verknüpft. Für die DDR war dies vollkommen neu. Die Gesellschaft und Elternhäuser erwiesen sich schnell als überfordert.

Der Organisationsgrad nimmt zu

Schnell wurden westdeutsche Neonazis auf die neue Szene im Osten aufmerksam. Besonders in Berlin gab es rege Aktivitäten. Zwar lässt sich nicht genau nachvollziehen wie intensiv diese Bemühungen waren, an die Strukturen im Osten heranzukommen. Immerhin gibt es einzelne Beispiele, die belegen, dass dies der Fall ist. So besuchte der damalige Chef der Westberliner nationalistischen Front (NF) Andreas Pohl, zwischen 1983 und 1985 regelmäßig Ostberliner Skinheads. Das MfS war in der gesamten Zeit an Pohl dran und seine umfangreiche Stasi-Akte belegt, dass Pohl intensiv



versuchte, Einfluss auf die Ostberliner Neonazi-Strukturen zu bekommen. Im Jahr 1986 schrieb POHL im Informationsblatt der NF »Klartext«, vom »...festen Bündnis der Freundschaft, das sich leider, bedingt durch die Mordmauer, nur in Besuchen unsererseits ausdrückt...«.[3] Auch Christian Franke von der Westberliner NF hielt persönliche Kontakte zu BFC-Skinheads. Viele Kontakte liefen über Skinheads die in den Westen übersiedelten. 1986 dann erließ das MfS ein Einreiseverbot für Andreas Pohl.

Laut einer Studie des MfS von 1988 gab es intensivste Kontakte zwischen Skinheads aus der DDR zu Neonazigruppierungen aus Westberlin, Hamburg und Schweden. Diese Kontakte dienten, laut MfS: »dem Informationsaustausch über tätliche Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit sowie Entwicklungen in der `Szene´, der Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Bekleidungsstücken für DDR-Skinheads, der Einfuhr faschistischer Literatur, Symbole sowie spezieller Skin-Musik- Kassetten...«

Allein im Jahre 1987 wurden 131 Skinheads aus Westberlin registriert, die in die DDR einreisten, um Kontakte zu DDR-Skinheads zu knüpfen und kontinuierliche Verbindungen herzustellen.[4]

Ab Mitte der 1980er Jahre nahm der Organisationsgrad der Neonaziszene deutlich zu. Neben straff organisierten und geführten Fußballhooligangruppen, entstanden nun regelrechte Neonaziorganisationen. Bereits 1986 gründeten Ostberliner Skinheads die »Lichtenberger Front«, dann die »Bewegung 30. Januar« (in Anlehnung an die Machtübergabe an die Nazis am 30.Januar 1933). Diese Gruppe orientierte sich an der FAP und blieb in relativer Nähe zu Neonazis aus Westberlin. Sie betrieben intensive Suche nach alten Wehrmachtswaffen. Vorrangig auf dem Gebiet der Ende April 1945 tobenden Kesselschlacht um das brandenburgische Halbe. Diese Gruppe war maßgeblich an der Gründung der Ostberliner Neonazipartei »Nationale Alternative« und an der »Besetzung« des Neonazihauses in der Lichtenberger Weitlingstraße im Jahr 1990 beteiligt. Im Norden Ostberlins organisierte sich ab 1988 eine berüchtigte und straff geführte Schlägertruppe mit dem Namen »Bucher Front«. Sie verlegte sich mehrheitlich auf Überfälle und Gewaltaktionen gegen Ausländer, Punks und Gruftis. Eine andere Gruppierung nannte sich »Die Vandalen« (eine Neonazigruppierung mit Rockerhabitus, die es noch heute gibt). Anfang Februar 1989 gründete sich im Raum Werder, Glindow, Caputh, im heutigen Land Brandenburg, eine Neonazipartei, die sich »Nationale Sammlung (NS)« nannte. Als Vorbild diente ein gleichnamiges Sammlungs- und Wahlbündnis, unter Führung des westdeutschen Neonazis Michael Kühnen. In der Ostsee- und Kreisstadt Wolgast im Bezirk Rostock wurde im August 1989 eine »SS-Division Walter Krüger« aufgedeckt. Diese widmete sich, nach eigenen Aussagen, intensiv der »Pflege faschistischer Traditionen, insbesondere der SS«. Die Gruppe war straff organisiert. Unter ihnen befanden sich, und das war neu, Lehrer und städtische Beamte. Laut interner Zahlen des MfS und der Volkspolizei wurden im Jahr 1988 185 Vorfälle mit rechtsradikalem Hintergrund registriert. Ein Jahr später waren es bereits 300.

Der Überfall auf die Zionskirche

Am 17. Oktober 1987 überfiel eine Gruppe Neonazis ein Rockkonzert in der Ostberliner Zionskirche. Sie grölten Naziparolen und schlugen auf →

Konzertbesucher und Passanten ein. Dieser Vorfall veränderte die öffentliche Wahrnehmung entscheidend. Waren bis dahin Skinheads in den Medien und öffentlichen Diskussionen quasi nicht vorhanden, änderte sich das nun grundlegend. Erstmals, nach einigen Tagen des Schweigens, las und hörte der erstaunte DDR-Bürger in verschiedensten DDR-Medien von so genannten Skinheads. Da es nicht mehr gelang das Thema wieder in der Versenkung verschwinden zu lassen und selbst das SED-treue »Komitee der Antifaschisten« zaghaft staatliche Schritte forderte, wurde eine Handvoll, am Überfall beteiligter Neonaziskins eingefangen und vor Gericht gestellt und in zweiter Instanz zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Mehr noch: Es wurde nun versucht, das gesamte Problem mit harter Hand zu bewältigen. In einem Interview im Jahre 1992 berichtet der damalige Ostberliner Kriminalpolizist Bernd Wagner von einer »großen Skinheadjagd in Ostberlin«.[5]

Allein zwischen Ende November 1987 und Juli 1988 fanden in der DDR mindestens neun Prozesse gegen so genannte »Skinheads« statt, in denen 49 Personen im Alter von 16 bis 25 Jahren wegen zahlreicher Gewaltakte und auch wegen Handlungen mit rechtsradikalem Hintergrund abgeurteilt wurden. Das Strafmaß belief sich meist auf Haftstrafen zwischen 5 Monaten und 2 Jahren in einen wenigen extremen Fällen auch bis zu 6 Jahren. Jedoch wurde in allen bekannt gewordenen Prozessen ein neonazistischer oder rechtsradikaler Hintergrund verleugnet. Demzufolge kamen lediglich die Paragraphen 212 (Widerstand gegen staatliche Maßnahmen), 215 (Rowdytum) und 220 (öffentliche Herabwürdigung) des StGB zur Anwendung. Über die Wirkung der verhängten Strafen musste man sich jedoch keine Illusionen machen. Die Verurteilten kamen in den normalen DDR-Strafvollzug, wo nahezu nichts für eine erzieherische Beeinflussung und Reintegration der Gefangenen getan wurde. Und nicht selten wurde sich letztendlich dem Problem dadurch entledigt, dass die Neonaziskinheads nach ihrer Haftentlassung kurzerhand in den Westen abgeschoben wurden.

Gleichzeitig verfolgte man intensiv das Ziel, Skinheads aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Sämtliche öffentlichen Einrichtungen wie Jugendclubs, Diskotheken, Kneipen und Kinos erhielten intern die Anweisung, Skinheads und nach Skinhead aussehende Personen den Zutritt zu ihren Einrichtungen zu verweigern, sie nicht zu bedienen und im Weigerungsfall die Polizei zu verständigen.

Statt sich offen und ehrlich mit den Gründen und Ursachen des aufkommenden Neofaschismus in der DDR zu befassen, beschränkte man sich mit propagandistischen Plattitüden und ausreden. So behauptete das Zentralorgan der FDJ »Junge Welt«, das vor allem der übermäßige Genuss des Westfernsehens Schuld an diesen Auswüchsen sei.

Neonazis und Skinheads im Visier der Sicherheitsorgane

Für die SED-Regierung waren die Sicherheitsorgane das einzig denkbare Werkzeug zur Zurückdrängung der Skinhead-Erscheinungen. Bis Anfang 1988 hatte man umfangreiches Daten- und Zahlenmaterial über die Skinheadszene angehäuft. Unzählige Berichte über Vorfälle mit Skinheads gesammelt. Jedoch wusste man nicht wirklich, mit wem man es zu tun hatte. Deshalb gab der Leiter der Kriminalpolizei im Ministerium des Innern (MdI), Generalleutnant Nedwig im April 1988 bei der Sektion für Kriminalistik der Humboldt-Universität einen Forschungsauftrag zur Bestimmung des »politischen Wesens« der Skinheads in Auftrag. Mit dem Leiter der Uni-Sektion, einem Offizier im besonderen Einsatz (OibE), war auch das MfS mit im Spiel. Was diese Studie, die im Februar 1989 fertiggestellt wurde, zu Tage förderte, wollte den Verantwortlichen bei Polizei und MfS so gar nicht gefallen. So gehörten fast alle der erfassten Jugendlichen der Arbeiterschaft an. Die Hälfte davon hatten bereits Facharbeiterstatus. Die meisten waren im Alter zwischen 18 und 26 Jahren. Der soziale Status der Eltern hingegen war ein repräsentativer Querschnitt durch die Gesellschaft: Intelligenzler, Facharbeiter, Handwerker.

Am Ende der Studie hieß es: »...Wir haben es mit einer DDR-spezifischen Modifikation eines allgemeinen Problems der Auseinandersetzung mit Sozialismus und Demokratie zu tun. Die Sozialstrukturanalyse beweist, dass die tragenden sozialen Kräfte vorerst aus der jungen Arbeiterklasse kommen und durch bisher nicht identifizierte Schichten-Vertreter der Bevölkerung Unterstützung finden. Die militante rechtsextreme Szene in der DDR trat nie so offen aggressiv auf wie heute, auch gehörten Brandstiftungen und Morde nicht zum Alltag, aber die Wurzeln des Übergangs von einer rechten Jugendkultur zu einer organisierten rechtsextremen Bewegung lagen in der DDR in Mitte der achtziger Jahre...«[6]

Was den Sicherheitsorganen weiter Kopfzerbrechen bereitete, war der Sachverhalt, dass sich diese Jugendlichen der »...moralischen Werte der sozialistischen Gesellschaft als Zielgröße...« bedienten. Eine wirkliche Ursachenanalyse gibt es in dieser Studie jedoch nicht. Hinzu kam, dass man in den Chefetagen kalte Füße bekam und tiefgreifendere Studien nicht wollte. Die Führung der Kriminalpolizei blockte die Studie ab. Der Leiter der Kriminalistiksektion wurde als Gesprächspartner abgelöst. Ihm wurde vorgeworfen, dass er »Im Hinblick auf Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremistische Tendenzen der Skinheads, (übertrieben)...« hätte.

Ersetzt wurde er durch einen Oberst Schmidt, dessen Zuständigkeit »Häu-

figkeits- und Jugendkriminalität« war. Dieser hielt von dem gesamten Projekt offenbar nicht viel. Im Zusammenhang mit geplanten Interviews mit inhaftierten Rechtsextremen erklärte er in der nächsten Sitzung zwischen Auftraggeber und -nehmer, dass Interviews mit Inhaftierten »nicht erforderlich« seien, »da die Verurteilen ja bereits kriminalistisch vernommen worden sind«. Darüber hinaus seien Untersuchungen seiner Ansicht nach überflüssig, da »bei Skinheads bisher keine politischen Motive nachweisbar gewesen« sind. Das Forschungsprojekt war damit gestorben. Ein letzter Versuch des Sektionsleiters, weitere Forschungen bei seinem Dienstherrn, dem MfS, anzusiedeln scheiterte. Auch der Stasi wurde die Sache offenkundig zu heikel.[7]

MdI und MfS setzten lieber auf Infiltration und eine verstärkte repressive Eindämmung der Symptome. Das geht aus einer Weisung von Mielkes »Stellvertreter Operativ«, Generaloberst Mittig hervor, die zusammen mit dem bereits erwähnten Untersuchungsbericht vom 2. Februar 1988 an die Bezirksverwaltung für Sicherheit geleitet wurde: »Zur weiteren Durchsetzung der Weisung (...) ist die inoffizielle Arbeit unter derartigen Jugendlichen wesentlich zu verstärken. (...) Durch die IM sind rechtzeitig alle Zusammenschlüsse derartiger Jugendlicher, ihre Pläne und Absichten zu öffentlichen, gefährliche Zusammenrottungen und Handlungen (...) derartiger Jugendlicher aufzuklären und jeweils aktive Gegenmaßnahmen (...) einzuleiten«.[8]

So waren im Frühjahr 1988 allein in Berlin 33 inoffizielle Mitarbeiter des MfS in der Skinhead-Szene aktiv. Insgesamt waren etwa 10-15 Prozent der vom MfS erfassten Rechtsradikalen gleichzeitig inoffizielle Mitarbeiter. Dabei ging man nach üblichem Muster vor. Die IM wurden nicht eingeschleust, sondern es wurden Personen in der Szene durch Methoden der Erpressung und Versprechungen angeworben. Hinzu kam das übliche Verfahren der Postkontrolle, Telefonüberwachung usw.

Betrachtet man jedoch die Entwicklungstendenzen der DDR-Neonaziszene, wird offensichtlich, dass es der SED-Führung und speziell dem MfS und der Polizei nicht möglich war, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Andere Versuche zur Problemlösung waren die Einberufung zur Nationalen Volksarmee oder die schnelle Genehmigung von Übersiedlungsanträgen in die BRD. Gerade letzteres erwies sich jedoch in fataler Weise als Bumerang: »Einen Schwerpunkt gegnerischer Kontaktpolitik und Tätigkeit, insbesondere hinsichtlich der existierenden Verbindungen zwischen Skinheads in der DDR und denen im Operationsgebiet, hauptsächlich in West-Berlin, üben übergesiedelte ehemalige DDR-Skinheads aus. (...) Diese aktiven Rückverbindungen sind zunehmend und operativ bedeutsam.«[9]

Konnten die Sicherheitsorgane in der Zeit bis kurz nach dem Überfall auf die Zionskirche einige Erfolge erzielen, war jedoch spätestens ab 1988 ihre repressive Politik gescheitert. Dies kann man an der stetig ansteigenden Zahl von Neonazis bis Herbst 1989 ablesen.

Ein weiterer erschwerender Aspekt für das MfS war, dass die Deutsche Volkspolizei nicht das zu wünschende Engagement bei der Bekämpfung rechter Gewalt an den Tag legte. Anhand einer internen Information des MfS über einen Vorfall auf dem Berliner Alexanderplatz am 22. August 1988 ist dies gut ersichtlich. Nachdem es mehrere Tage hintereinander an der Gaststätte Alextreff zu Gewaltausbrüchen von Neonaziskinheads gekommen war, weil diesen der Kauf von Alkohol verweigert wurde, kam es an diesem Tag gegen 22.40 Uhr zu einem schweren Handgemenge mit uniformierten Armeeangehörigen. Als das VP-Revier 13 informiert und um Hilfe gebeten wurde, lehnte es diese ab. Die Weigerung wurde mit der Aussage: »Ihr wollt uns wohl verarschen! Wir sind doch nicht Eure Prügelknaben« begründet. Nach dem Überfall auf die Zionskirche wurde vom MfS schnell festgestellt und gerügt, dass die Polizei den Rechtsradikalismus nicht genügend ernst nimmt, dass die Kader ständig ausgewechselt werden, die jedes mal neu eingearbeitet werden müssen und dass bei der VP der notwendige Druck fehle, den das MfS zu mindestens in bestimmten Bereichen als notwendig erkannt hatte.

Auch so genannte gesellschaftliche Organisationen wie die FDJ taten sich schwer und waren nicht bereit sich des Problems der rechten Skinheads anzunehmen. So hatte das MfS im Sommer 1988 der FDJ-Bezirksleitung in Leipzig 83 Namen von Jugendlichen zukommen lassen, die ihrer Meinung nach »gefährdet« waren. Ein Jahr später hatten sie gerade mal mit 20 dieser Jugendlichen gesprochen. Die FDJ redete sich damit heraus, dass sie keine Zeit gehabt hätten, da sie mit der Vorbereitung von gesellschaftlichen Höhepunkten zu sehr belastet wäre.

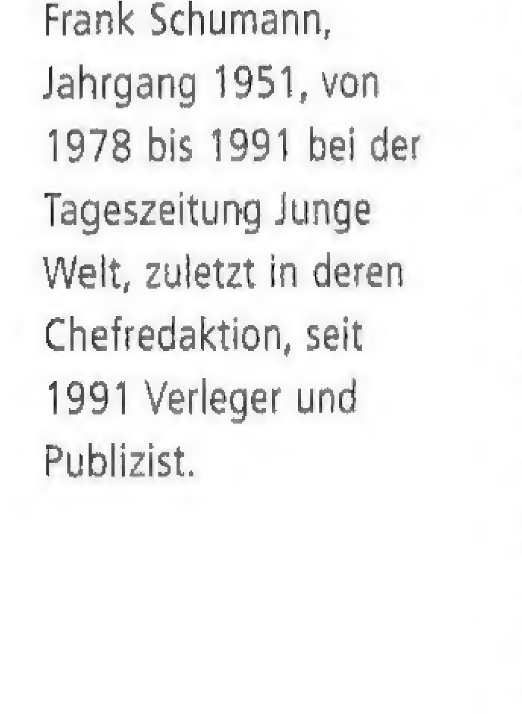
Allein der Umstand, dass sich die rechte Szene unter dem Druck der staatlichen Repression ab Mitte/Ende 1988 zu einem großen Teil aus der Öffentlichkeit zurückzog und sich in kleinen Gruppen intern weiter organisierte, reichte den Sicherheitsorganen als Bestätigung ihrer Praxis aus. Doch letztendlich musste sich auch das MfS das Scheitern seiner Praxis eingestehen. Ein leitender Offizier, verantwortlich für die Ermittlungsverfahren gegen die rechte Szene schrieb im Frühjahr 1989: »Es kann nicht alleinige Aufgabe der Untersuchungsorgane sein, sich mit der Bekämpfung dieser Erscheinungen auseinanderzusetzen. Das kann nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, in der alle Erziehungsträger gefordert werden müssen.«[10] ■

1| Thomas Leusink: Vom Kampf gegen den »Kosmopolitismus« ..., telegraph 2/3 1999, bzw. Goldmann, Nahum: Das jüdische Paradox: Zionismus u. Judentum nach Hitler. Köln, 1978
2| Neofaschistische Tendenzen und antifaschistische Selbstorganisation in der DDR, telegraph 1/1997
3| »Vom Skinhead zum Fascho«, Drahtzieher im braunen Netz, Berlin 1992
4| Interne Information der Hauptabteilung XX des MfS, Berlin 02.02
5| Farin / Seidel-Pielen »Rechtsruck – Rassismus im neuen Deutschland«, Berlin 1992
6| Loni Niederländer, Forschungsbericht »Das politische Wesen der Skinheadgruppierungen und ihre Sicherheitsrelevanz«; Humbodt-Universität zu Berlin, Sektion Kriminalistik, 28. Februar 1989
7| Walter Süß, »Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS«, Berlin 1996
8| Weisung vom »Stellvertreter Operativ« des Ministers Generaloberst Mittig vom 7.7.1986 (VVS 68/86)
9| Geheime Information der Hauptabteilung XX des MfS vom 10.04.1989
10| Walter Süß, »Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS«, Berlin 1996

Extreme Rechte in der DDR

Am Abend des 9. November 1989 hockte ich in Potsdam auf einem Podium. Neben mir saßen ein Vertreter der jüdischen Gemeinde, Heinz Vietze – vormals Jugendfunktionär, seit kurzem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung –, einige aufgeregte Jugendliche sowie Offizielle, an deren Namen und Amt ich mich nicht erinnere.

Frank Schumann


Frank Schumann, Jahrgang 1951, von 1978 bis 1991 bei der Tageszeitung Junge Welt, zuletzt in deren Chefredaktion, seit 1991 Verleger und Publizist.

Anlaß der kurzfristig anberaumten Diskussionsrunde, die, wie die meisten in jenen Wochen, in einem überfüllten Saal stattfand, war ein in jeder Hinsicht skandalöser Vorgang: Jugendliche hatten in der Bezirksstadt mit einer Lichterkette an das faschistische Pogrom vor 52 Jahren erinnert. Die Volkspolizei hatte sich etliche Mädchen und Jungen gegriffen und »zugeführt«. Die Begründung war formal-rechtlich korrekt, weshalb man sich ihrer offenkundig bis heute bedient: Die Demonstration war nicht angemeldet worden. Jedoch änderte dies nichts an der beschämende Tatsache, daß eine eindeutig antifaschistische Bekundung von den Exekutivorganen eines antifaschistischen Staates unterbunden worden war. Das vor allem hatte nicht wenige in Potsdam aufgebracht.

Wie ist so was überhaupt möglich, wurde vornehmlich Vietze immer wieder gefragt, denn zu jener Zeit fühlte sich »die Partei« nicht nur für alles zuständig: Sie war es auch. Der Potsdamer Parteiobere mühte sich ehrlich (was wohl auch erklärt, weshalb er noch immer im Brandenburger Landtag sitzt). Er distanzierte sich von diesen Übergriffen, was seiner inneren Überzeugung zu entsprechen schien, und verwies darauf, daß in jeder Uniform auch nur ein Mensch mit Macken stecke. Mit dem Hinweis auf individuelle Besonderheiten hatte er zwar die Lacher auf seiner Seite, zumal man solch offenherzigen Bekundungen von hochrangigen SED-Funktionären bis dato nicht vernommen hatte. Doch jeder, der über den Tellerrand einer Volkspolizei-Schirmmütze hinausdachte, war sich bewußt, daß Vietzes Auskunft zwar nicht falsch war, jedoch nicht den Kern des Problems berührte.

Wir gingen gleichermaßen ratlos wie ermutigt (»Immerhin kann man jetzt darüber reden!«) auseinander. Ich fuhr mit meinem radiolosen Trabant über Teltow und Schönefeld nach Berlin-Mitte, wo die Redaktion der Jungen Welt ihren Sitz hatte. Als ich am Grenzübergang Oberbaumbrücke vorüberfuhr, nahm ich eine große Ansammlung wahr. Ich sah, wie sich Menschen krumm machten und andere auf ihrem Rücken irgendwelche Papiere ausfüllten. In der Redaktion saß die B-Schicht wie immer in ihrem Abteil und gab Meldungen für die Hauptstadtausgabe in Satz, auf dem Fensterbrett dudelte der Schwarzweiß-Fernseher. Ich fragte den B-Chef (der heute im Bundestag arbeitet), ob es etwas Besonderes gäbe und berichtete von meiner Beobachtung an der Brücke. Und der antwortete lakonisch, als teile er mir die Uhrzeit mit: »Die haben die Grenze aufgemacht.«

24 Stunden später saß ich zwischen 0 und 2 Uhr in einem Rundfunkstudio in der Nalepastraße zwischen den Chefredakteuren des DDR-Jugendfernsehens und von DT 64 und durfte live – dies betonte man immer wieder, was wohl die Erstmaligkeit des Vorgangs unterstreichen sollte – über die Konsequenzen der überraschenden Grenzöffnung meditieren. Unablässig wurden vermeintliche oder tatsächliche Hörerfragen hereingegeben. Ich gefiel mir in einer Außenseiterrolle, denn im Unterschied zu den





anderen erklärte ich, daß der Mauerfall erstens das Ende der DDR bedeute und zweitens, daß jetzt auch dieser ganze unterschwellige nazistische Rotz hochkäme. In jeder Gesellschaft gäbe es einen braunen Bodensatz, auch in der unsrigen. Wir würden Zeugen eines Vorgangs werden, der vergleichbar wäre mit dem Zug einer Schleuse: Das angestaute Wasser würde hindurchschießen und den ganzen abgelagerten Dreck aufwirbeln, der schon immer, aber bislang unbemerkt, vor und hinter dem Wehr auf dem Grunde lagerte...

Diese Kassandra-Rufe entsprangen ausschließlich meiner Ratio. Emotional sperrte ich mich dagegen. Ich lief noch bis zum 3. Oktober 1990 zu jeder Demo, die sich für die Eigenständigkeit der DDR aussprach, obgleich doch der Drops längst gelutscht war, wie der Berliner sagt. Und jede Neonazischmiererei, jeder Fascho-Aufzug, jeder Heil-Ruf, jeder Haß- und Hetzbrief, der die Redaktion erreichte, wühlten mich trotzdem unverändert auf. Unter den rund 600 Zuschriften, die die Junge Welt täglich erhielt, gab es zunehmend auch solche. Doch das war nicht neu. Nur die Menge überraschte.

Anpassung und Ausbruch

Wer aufmerksam die DDR-Gesellschaft erlebte, dem konnten die stetigen Veränderungen insbesondere in den 1980er Jahren nicht entgehen. Vor allem unter den Jugendlichen. Das lag zwar in der Natur der Biologie. Aber eben nicht nur. Es hatte auch etwas mit dem normierten Dasein zu tun. Wenn ein junger Enthusiast meinte, er wolle der Weltrevolution voranhelfen und darum als Entwicklungshelfer nach Afrika gehen oder sich einer Befreiungsbewegung in Lateinamerika anschließen, hieß es strafend: Deine Barrikade ist die Drehbank! Die Revolution findet im sozialistischen Wettbewerb statt. Das geregelte, gesicherte Dasein war in diesem Alter nicht nur öde, sondern auch lähmend. Die geforderte Anpassung – ein Vorgang, der sich offenkundig wiederholt – provozierte auch den Wunsch nach auffälligen Ausbruch. Und zweifellos lieferte die Welt draußen dafür auch Anregungen, wie das geschehen konnte. Denn trotz Mauer und eingeschränkter Reisemöglichkeit tauchten auch die DDR-Bürger in den globalen Nachrichtenstrom ein. Diesen Umstand nahmen die DDR-Oberen als ausschließlichen Grund, daß es plötzlich hierzulande auch Punks, Popper, Red-Skins und Glatzen, Faschos und andere bunte Vögel gab. Sie interpretierten dies ausschließlich als Reflex auf auswärtige Entwicklungen, als modische Verirrung Heranwachsender und ungenügende »ideologische Arbeit« des Jugendverbandes. Kurz: als Westimport. Es kam ihnen überhaupt nicht in den Sinn, daß dies sehr wohl auch etwas mit ihrer Politik und der inneren Verfassung der DDR-Gesellschaft zu tun hatte. Die utopische Vision, mit der die Gründergeneration der DDR einst aufgebrochen war – nämlich eine alternative Gesellschaft jenseits von Ausbeutung und Anpassungsdruck, von Bevormundung und Repression zu schaffen – hatte sich spürbar erledigt. Übriggeblieben war eine ums Überleben kämpfende arme Kleinbürgerrepublik, deren Führung glaubte, die reiche kapitalistische Großbürgerrepublik mit deren eigenen Waffen schlagen zu können. Das war nicht nur illusionär und weltfremd. Es verspielte auch Vertrauen in die Fähigkeit der Führungsmannschaft, das Staatsschiff zu steuern. Die Massenloyalität, von der die DDR in ihren ersten beiden Jahrzehnten durchaus getragen wurde, verlor sich bis zum Ende der 1980er Jahre gänzlich. Das ist in allen Untersuchungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) dokumentiert. (Nicht grundlos schloß Honecker in den 70er Jahren das andere, beim ZK der SED angebundene Meinungsforschungsinstitut der DDR: Mit empirisch belegten Wahrheiten hatte er Probleme.) Zu dieser Wahrheit gehörte auch: Wie der deutsche Zwilling BRD war die DDR mit den Lasten der Vergangenheit geschlagen. Doch diese wurden noch potenziert mit den Belastungen der Gegenwart. Eigentlich führte die DDR von Anfang an einen Zweifrontenkrieg: gegen den Klassenfeind im Westen und gegen den großen Bruder im Osten. Da blieb zwangsläufig vieles liegen, auch manches, was zur geistigen Hygiene notwendig dazugehörte, was nun heute, nachdem die Schlacht geschlagen und verloren ist, billig konstatiert werden kann. Das vielleicht größte Manko war eine fehlende Dynamik auf den meisten Politikfeldern, die den Entwicklungen Rechnung trug. Der Reformstau ist nicht nur ein aktueller Begriff. Hinzu kam: Gesellschaftliche Probleme wurden nicht, wie erforderlich, politisch, sondern zunehmend repressiv gelöst. Diese Neigung scheint jedem politischen System innezuwohnen. Zum Versagen der DDR gehörte auch – →

→ und mit dieser Aussage sollen keineswegs etwa die beachtlichen Leistungen bei der künstlerischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Nazidiktatur ignoriert werden –, nicht angemessen auf die Veränderungen reagiert zu haben, die sich zwangsläufig aus der Generationenfolge ergaben. Einem Heranwachsenden in den 1980er Jahren den Faschismus aus der Perspektive eines eingekerkerten antifaschistischen Widerstandskämpfers zu erklären, war so unwirksam und verhängnisvoll wie das Verschweigen, wie man hierzulande nach 1945 mit den Millionen Mitläufern und Mitmachern umgegangen ist. Denn die ehemaligen NSDAP-Mitglieder lebten nicht nur in Westdeutschland. Zweifellos kamen belastete Nazi- und Kriegsverbrecher in der DDR nicht zu bedeutenden Ämtern und anderen Ehrungen, und jene wenigen, die trotz brauner Vergangenheit eine gesellschaftliche Rolle spielten, räumte man das Recht auf Einkehr und Umkehr, auf eine Änderung der Überzeugung ein. (Diese zweifellos dem Menschen eigene Fähigkeit gestand man scheinbar jedoch nur den in der DDR Lebenden zu.) Antifaschismus als Haltung wurde von Staatswegen gefördert. Es war – anders als in der BRD – Staatsdoktrin und Verfassungsauftrag. Und er wurde von den meisten Menschen in der DDR auch individuell gelebt. Auf der anderen Seite stellte sich die Führung, die mehrheitlich im Widerstand, im KZ, in Zuchthäusern oder im Exil Faschismus und Krieg überlebt hatte, als die Inkarnation des Antifaschismus dar. Zweifellos verdiente die Tatsache, sich der Barbarei widersetzt und für deren Beendigung gekämpft zu haben, eine größere Beachtung und Würdigung als das Duckmäusertum von Millionen Opportunisten. Doch es entschuldigte nicht die Fehler und Irrtümer, die diese Menschen jetzt machten. Sie benutzten den Antifaschismus gleichsam als ihren Schutzschild, als Monstranz. Wer dagegen opponierte, mußte mit heftiger Reaktion rechnen. An dieser Stelle reagierten sie besonders empfindsam. Das lud zwangsläufig zur Provokation ein. Und davon machten insbesondere Jugendliche zunehmend Gebrauch. Ich widerspreche darum entschieden der heute kolportierten Auffassung, daß die Ostdeutschen besonders anfällig für Nazi-Ideologie gewesen seien, weil sich im Grundsatz das Hitlerreich nur graduell von der Honeckerdiktatur unterschieden habe. Was jenem tradierten Argumentationsmuster entspricht, Kommunisten seien rotlackierte Faschisten. Wie paßt dazu, daß sich unter den in der DDR auffälligen Neonazis auch ausgemachte Antikommunisten mit einem fest umrissenen Weltbild befanden? Der heute von ostdeutschen Neonazis gepflegte positive Bezug auf die DDR bezeugt weniger die Gleichheit der Kappen, sondern dient eher dem gleichen provokativen Zweck wie seinerzeit Hakenkreuz-Schmierereien und Heil-Geschrei. Der repressive Umgang damit offenbart die gleiche Hilflosigkeit und Unfähigkeit der Politik.

Nebulöser Nationalismus

Und wenn es eben nicht bloße Provokation war? Woher rührten Ausländer- und Fremdenhaß, dieser nebulöse Nationalismus, diese dumpfe Arroganz, die sich auf nichts gründete als auf die Herkunft? Weshalb waren einige plötzlich »stolz«, Deutsche zu sein, ohne auch nur annähernd die eigene wie die Geschichte der Nachbarvölker zu kennen? War dies nur billiger Reflex auf den propagierten Internationalismus, mit dem elegant die Frage umgangen worden war: Wie kann man die Völker der Welt lieben, aber das eigene nicht? Denn das deutsche Volk war gespalten worden von den Siegermächten. Und das wiederum war die Strafe für den Völkermord, den Nazideutschland begangen hatte. Die deutsche Teilung war, wenngleich keineswegs klaglos, in Ost wie West als Strafe der Welt angenommen worden. Doch anders als in der BRD und der dort betriebenen Westintegration blieb in der DDR mehr als nur ein diffuses Zusammengehörigkeits- und Nationalgefühl bestehen. Zumal man hier bis in die späten 1960er Jahre noch immer in der Nationalhymne sang: »Laß uns dir zum Guten dienen, / Deutschland, einig





Vaterland«. Bei allen Abgrenzungsschritten – inklusive des 1961 in Moskau angeordneten Mauerbaus – hielt Berlin an der Option eines Zusammenschlusses, einer Konföderation oder dergleichen, und an der Idee eines Fortbestandes der deutschen Nation fest. Der Bruch erfolgte erst mit Honecker. Der postulierte Mitte der 1970er Jahre die »sozialistische deutsche Nation der DDR«. Doch da hatte bereits die politisch-ideologische Erosion der DDR-Gesellschaft begonnen, die Nummer verpuffte wie so manch andere Propaganda-Blase. Als Journalist bei der Jugendzeitung war ich oft im Lande unterwegs, berichtete von Versammlungen, recherchierte eigene Geschichten, hielt selber Foren ab, ging Anregungen und Beschwerden nach – die damals Eingaben hießen und, vom Gesetz vorgeschrieben, binnen 14 Tagen zu beantworten waren. Und ich nahm auch an Verfahren teil, in denen über Jugendliche zu Gericht gesessen wurde. Sie waren wegen Rowdytum angeklagt, wegen Störung des sozialistischen Zusammenlebens und dergleichen, was soviel bedeutete: Sie tanzten aus der Reihe. Ich saß als Berichterstatter im Saal und fand bestätigt, was sich in manchem Leserbrief bereits angedeutet hatte. Zwischen jugendlichem Leichtsinn und naivem Unwissen wurden Haltungen sichtbar, die den vorherrschenden politischen Intentionen hierzulande fremd waren. Ungestümer Haß blitzte auf, eine Ablehnung jeglicher Spießbürger-Idylle, die über den üblichen Generationenkonflikt hinausging. Wo kam das her? Der Blick auf die Besucherbänke lieferte die Antwort. Dort saß der Mittelstand: Eltern und Verwandte. Der Mittelbau unserer Gesellschaft: Funktionäre, Staatsdiener, Lehrer, die Honoratioren des Städtchens. Geachtet und geehrt. Am 1. Mai standen sie auf der Tribüne und am 7. Oktober in der Zeitung. In der »Aktuellen Kamera« urteilten sie über unsere Errungenschaften und im »Neuen Deutschland« verurteilten sie in scharfen Worten die jüngsten Verbrechen des Imperialismus. Sie wußten, was man von ihnen erwartete. Sie waren schließlich gesellschaftliche Wesen. Doch wenn sie die Wohnungstür hinter sich schlossen, waren sie privat. Da hatten sie eine eigene Meinung. Da redeten sie Klartext. Und das bekamen ihre Kinder mit. Doch im Unterschied zu ihren Eltern beherrschten sie die Klaviatur der Heuchelei, der Anpassung und des Opportunismus (noch) nicht. Sie sprachen und handelten auch vor der Tür so, wie es ihre Alten nur dahinter taten. Der Spruch aus den frühen 1970er Jahren, der im Westen bei den Linken kursierte, erlebte seine Renaissance im Osten: Macht kaputt, was euch kaputt macht! Und damit kamen diese Jugendlichen (und nur um solche handelte es sich) zwangsläufig mit den Gesetzen der DDR in Konflikt. Als Rowdies, als Asoziale, als Gewalttäter und so weiter. Nie als Rechte oder Neonazis. Denn der Faschismus galt als mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Deshalb gab es auch keine rassistisch motivierten Übergriffe, keine antisemitischen Äußerungen, keine politisch motivierten Attacken auf andere Jugendliche. Es gab nur die stereotypen Deutungsmuster. Ein Aufblitzen »des Faschismus« hierzulande hatte es offiziell nur am 17. Juni 1953 gegeben und am 13. August 1961, als man den »antifaschistischen Schutzwall« in Berlin errichtete.

Mangelnde Auseinandersetzung

Faschismus aber war nicht nur laut Dimitroff »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«. Er wohnte rudimentär auch in Hirnen und Herzen von Millionen Menschen und überdauerte die Generationen. Noch Jahrzehnte nach Auschwitz arbeitete mancher gedankenlos »bis zur Vergasung« oder »fiel durch den Rost«. Noch immer war »der Iwan« doof und unkultiviert, klaute der »Zigeuner« und der »Itzik« betrog. Die Generalamnestie, mit der Mitläufer und Mittäter hinübergeholt wurden auf die Seite der »Sieger der Geschichte« (die es objektiv zu keiner Zeit geben wird, was aber mancher Westdeutsche noch immer nicht begriffen hat), war einerseits richtig, aber andererseits auch verhängnisvoll. Es verhinderte die fortgesetzt notwendige, aktive und kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in allen Bereichen der Gesellschaft. Dieses Versäumnis sollte sich in der DDR rächen. Und es rächt sich auch heute. Neonazismus ist zu allen Zeiten die Quittung für eine falsche Politik. Es scheint die vermeintliche Alternative, der Ausweg aus einem gesellschaftlichen Dilemma zu sein. Doch der ist eine Sackgasse wie die Losung »Weiter so!«, die die Herrschenden zu allen Zeiten im Munde führen. Egal, welche Fahne auf dem Rathaus weht. ■

Die Partei der Ehemaligen

Ein Blick auf die Geschichte der Blockpartei NDPD

Am 16. Juni 1948 wurde die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NDPD) in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) zugelassen. Es waren unter anderem sehr engagierte Mitglieder dieser Partei, die sich zu DDR-Zeiten für eine Pflege der Grabstätten auf dem wohl größten und umstrittensten Soldatenfriedhof der inzwischen bundesrepublikanischen Geschichte, der Kriegsgräberstätte in Halbe, beteiligten.

In den Gebieten, die nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 unter Sowjetischer Militäradministration (SMAD) standen, wurden für ehemalige NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtsoffiziere strenge Entnazifizierungsmaßnahmen angeordnet. Nach dem SMAD-Befehl Nr. 201 vom August 1947 wurden Gerichte gegen NS-Täter aktiv. Bis 1950 wurden 40.000 deutsche Zivilisten durch sowjetische Militärtribunale verurteilt, Zigtausende wurden verhaftet und in ehemaligen Konzentrationslagern wie Buchenwald und Sachsenhausen interniert.

Alsbald jedoch trat eine Wende ein: Im Februar 1948 erklärte die SMAD die Entnazifizierung für beendet, im März 1948 verkündete sie, »alle laufenden Strafverfahren [...] gegen solche Beschuldigte oder Angeklagte, die sich keines Kriegsverbrechens oder Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht [hatten] und die nicht in den durch das Nürnberger Urteil für verbrecherisch erklärten Nazi-Organisationen in führender Stellung tätig gewesen waren«, sollten eingestellt werden.[1] Im November 1949 wurde dann das »Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei« erlassen. Die NDPD nahm diese Entscheidung ausgesprochen wohlwollend auf, entsprach dieses Gesetz doch ganz der Linie der Partei, alle wenig Belasteten aufzunehmen. Ihr Parteiblatt, die National-Zeitung, bejubelte entsprechend auch die SMAD-Politik: »Während man in den anderen Teilen Deutschlands noch mit gewichtiger Miene Entnazifizierung spielt, können die Augen in der Ostzone wieder heller blicken, nun braucht der einfache 'Pg.' [Parteigenosse] nicht mehr scheu um sich zu sehen, als ob er ein Paria [Aussätziger] wäre.«[2]

Integrationspolitik

Die NDPD hatte im arbeitsteiligen Blockparteiensystem der DDR und als fester Bestandteil der »Nationalen Front« explizit die Funktion inne, ehemalige NSDAP-Mitglieder, niedrige Funktionäre und Angehörige der Wehrmacht, vor allem ehemalige Offiziere, aufzunehmen.[3] Dies war Teil der Integrationspolitik der SED-Führung – die alten gesellschaftlichen Eliten sollten, soweit moralisch einigermaßen vertretbar, für die eigene Politik nutzbar gemacht werden. Ziel war es, auch Gruppen und gesellschaftliche Schichten an die SED-Politik zu binden, die diese selbst nicht erreichen konnte – das war die CDU für die Christen beider Konfessionen, die LDPD für den Mittelstand, und eben die NDPD für die ehemaligen NS-Mitläufer. Der Begriff »Nationale Front des demokratischen Deutschlands« wurde für diese Linie offiziell im Oktober 1949 übernommen.

Die Gesinnung und Herkunft der Parteimitglieder bzw. der Parteifunktionäre machte sich auf verschiedenen Ebenen bemerkbar. So war zwar nicht die große Masse der NDPD-Mitglieder – die ohnehin nie eine Massenpartei wurde, sondern zu ihren Hochzeiten nicht mehr als etwas über 100.000 Mitglieder hatte – ehemals Funktionsträger im NS-Regime gewesen. Sehr wohl hatte aber die gesamte Parteiführung eine vor allem militärische Vergangenheit, die meisten davon hatten in der Wehrmacht höhere Offiziersränge bekleidet. Heinrich Homann, langjähriger (stellvertretender) Vorsitzender der NDPD, war bereits als Jurastudent in Jena einer Studentenverbindung beigetreten. Am 1. Mai 1933 wurde er NSDAP-Mitglied und schlug die Offizierslaufbahn ein, nach der Niederlage bei Stalingrad allerdings trat er dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) bei und war Mitbegründer des Bundes Deutscher Offiziere, beides Hauptreservoirs, aus denen die NDPD ihre Mitglieder der ersten Stunde rekrutierte.

Zugleich mußte sich die Partei aber immer wieder von hochrangigen Funk-

tionären trennen, weil deren NS-Belastung doch das »zulässige Maß« überstieg. So mußte der NDPD-Vorsitzende des Bezirks Magdeburg, Rudolf Vasel, im Jahr 1961 zurücktreten, weil er seine Tätigkeit als Oberscharführer beim SD und NSDAP-Kreisredner an der »Heimatfront« im Sudentenland verschwiegen hatte; ähnlich erging es Richard Suske aus Apolda, Horst Rocholl aus Strausberg und anderen. Siegfried Dallmann hingegen konnte seine Parteiämter behalten, obgleich er Gaustudentenführer der NSDAP in Thüringen gewesen und in dieser Funktion bekannt für seine indoktrinären Reden war. Ebenso konnte der Generalmajor Arno von Lenski, Kommandeur der 24. Panzerdivision, der in Stalingrad in russische Gefangenschaft geriet, aktiv in der NDPD-Politik bleiben, obgleich seine Beteiligung an dem Zustandekommen von mindestens 20 Todesurteilen als ehrenamtlicher Beisitzer am Volksgerichtshof von 1939-42 bekannt war.



Nationales Geschichtsbild

Besonders das Geschichtsbild der NDPD der Anfangsjahre verrät ihre deutsch-nationale Prägung: So wurde im Parteiprogramm der NDPD hervorgehoben, dass das »deutsche Kulturerbe« gefördert werden müsse, das »unsere nationale Erfahrung verkörpert«.[4] Dieses Erbe wurde vor allem in der Zeit der Befreiungskriege gesehen. Die Kreisverbände Schwerin und Ludwigslust waren entsprechend aktiv bei der Instandsetzung von Theodor Körner-Gedenkstätten und errichteten im Jahr 1953 einen Gedenkstein an seinem Todesort bei Gadebusch. Körner war als deutscher »Freiheitsheld« bereits von den Nationalsozialisten »wiederentdeckt« worden, wie auch der Ausbau der Körnergedenkstätte in Wöbbelin 1938 zur Weihestätte zeigt. Theodor Körner war während der sogenannten Befreiungskriege gegen die napoleonische Besatzungsherrschaft im Jahr 1813 gefallen.

Die Bedeutung der Befreiungskriege als identifikatorischer Bezugspunkt wurde nicht zuletzt bei der Wahl des Ortes für den fünften Parteitag im Oktober 1953 deutlich. Zur Erinnerung an die 140. Wiederkehr der Völkerschlacht bei Leipzig wurde der Parteitag ebendort abgehalten sowie ein Kranz in der Krypta des Völkerschlachtdenkmals niedergelegt. Auch der 45. Jahrestag der Gründung des NKFD – das Rekrutierungsfeld der NDPD-Gründer – wurde dort unter dem Motto »Für Volk und Vaterland« begangen. Als weitere historische Wegmarken der deutschen Geschichte meinten die NDPD-Intellektuellen das Wartburgfest zu erkennen, bei dem mit der Deutschen Burschenschaft auch die deutsche Nationalbewegung aus der Taufe gehoben wurde. Außerdem wurde die 1848er Revolution als positiver Bezugspunkt der deutschen Geschichte gesehen. Eine Reihe biographischer Porträts sollte eine lange Ahnenreihe deutscher Forscher, Denker und Künstler konstruieren – sie kamen 1955 unter dem Titel »Deutsche, auf die wir stolz sind« im Verlag der Nation, dem Parteiverlag, heraus. Herausgeber und Autor war Herbert Scurla, der als ehemaliger Oberregierungsrat im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und als Autor vieler völkischer Schriften vor 1945 das Pseudonym →

→ Karl Leutner nutzen mußte. Und das Symbol der Partei entsprang ebenso der Symbolik der Nationalbewegung: Drei Eichenblätter zierten den Briefkopf.

Diese Geschichtspolitik gehörte zum ganz real aktuellen politischen Diskurs um die Frage, ob man als Partei eine gesamtdeutsche Politik mit Ausrichtung auf eine baldige Wiedervereinigung machen oder sich lediglich auf die DDR-interne Systemstabilisierung ausrichten wollte. Spätestens mit dem Mauerbau ließ die SED ihre gesamtdeutsche Haltung fallen. Die NDPD zog damit auf dem achten Parteitag im Mai 1963 nach. Das zuvor gesamtdeutsche Geschichtsverständnis wurde nunmehr darauf ausgerichtet, die historischen Ereignisse in der deutschen Geschichte auf die Gründung der DDR hin zu interpretieren. Die DDR wurde als »das staatgewordene Vermächtnis der besten Söhne und Töchter unseres Volkes« angesehen.[5] Damit gehörte die DDR im NDPD-Verständnis nun zu den »Siegern der Geschichte«.[6]

Westkontakte?

Zur BRD bestanden kaum Kontakte – anfangs scheint es zwar Versuche westdeutscher Alt- und Neonazigruppen gegeben zu haben, die NDPD für sich zu gewinnen. Doch die SED-treue Linie der NDPD verhinderte eine Annäherung mit der NPD, den Republikanern oder der DVU und anderen Rechtsaußen-Parteien im Westen bis zuletzt. Die NDPD trat im Jahr 1950 mit einer Aktion an die ost- wie westdeutsche Öffentlichkeit. Auf dem 2. Parteitag verabschiedete sie einen offenen Brief an alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, Offiziere der Wehrmacht und Berufssoldaten in Westdeutschland. Darin riefen die Unterzeichner dazu auf, sich zusammenzuschließen und gemeinsam für Deutschland und den Frieden – und gegen die Wiederbewaffnung – einzutreten. Unterzeichnet wurde der Brief von 22 Mitgliedern, wovon 16 Parteifunktionen innehatten. Der Brief wurde Bestandteil einer großen »Westdeutschland-Aktion«, an der sich alle beteiligen sollten, indem sie gezielt »Patenländer« oder -regionen übernahmen, in denen sie mit diesem Brief propagandistisch tätig werden sollten. Einen ähnlichen Brief verabschiedete der 4. Parteitag 1952, der sich mit einem »Ruf an die deutsche Frontgeneration des zweiten Weltkrieges« in Westdeutschland wandte. Das Erstaunliche an diesem Brief ist wohl vor allem, daß alle zunächst 119 Unterzeichner ihre Ränge in der Wehrmacht bzw. SS angaben, ebenso wie ihre Funktionen in der HJ, dem BdM und dem Reichsarbeitsdienst.[7] Auch hier fand in der Folgezeit eine ähnliche Agitation statt, wie beim ersten offenen Brief. Ziel dieser Kampagnen war vor allem, die westdeutsche Wiederbewaffnung zu unterlaufen und den Widerstand gegen den NATO-Beitritt anzuregen.

Die Rhetorik des Briefes entspricht ganz dem skizzierten NDPD-Geschichtsverständnis: Da wird auf das Vorbild der Befreiungskriege von 1813 verwiesen und aufgerufen, »Herrn Adenauer klarzumachen: Es gibt auf deutschem Boden ein vaterlands- und friedliebendes deutsches Volk«.[8] Diese Friedensliebe äußerte sich nicht zuletzt in einem starken Antiamerikanismus – die Amerikaner wurden als Hauptbetreiber der westdeutschen Wiederbewaffnung angesehen, als Bedrohung für einen dritten Weltkrieg. So hieß es denn auch in Artikel 8 des Parteiprogramms von 1951: »Deutschland will leben! Deswegen fordern wir nationale Demokraten: Die Amerikaner nach Amerika! Deutschland den Deutschen!«[9]

Die NDPD erwies sich somit als eine systemstabilisierende Partei im SED-Staat, die zwar gezielt als Auffangbecken für Nazis gegründet worden war, deren SED-Nähe aber dazu führte, daß sie keine erkennbaren Kontakte zu westdeutschen NS-nahen Parteien unterhielt. Vor allem in der Sprache und der Geschichtspolitik zeigte sich aber an vielen Stellen, wes Geistes Kind die NDPD-Mitglieder waren, die sich am 21. April 1948 als »Gruppe va-

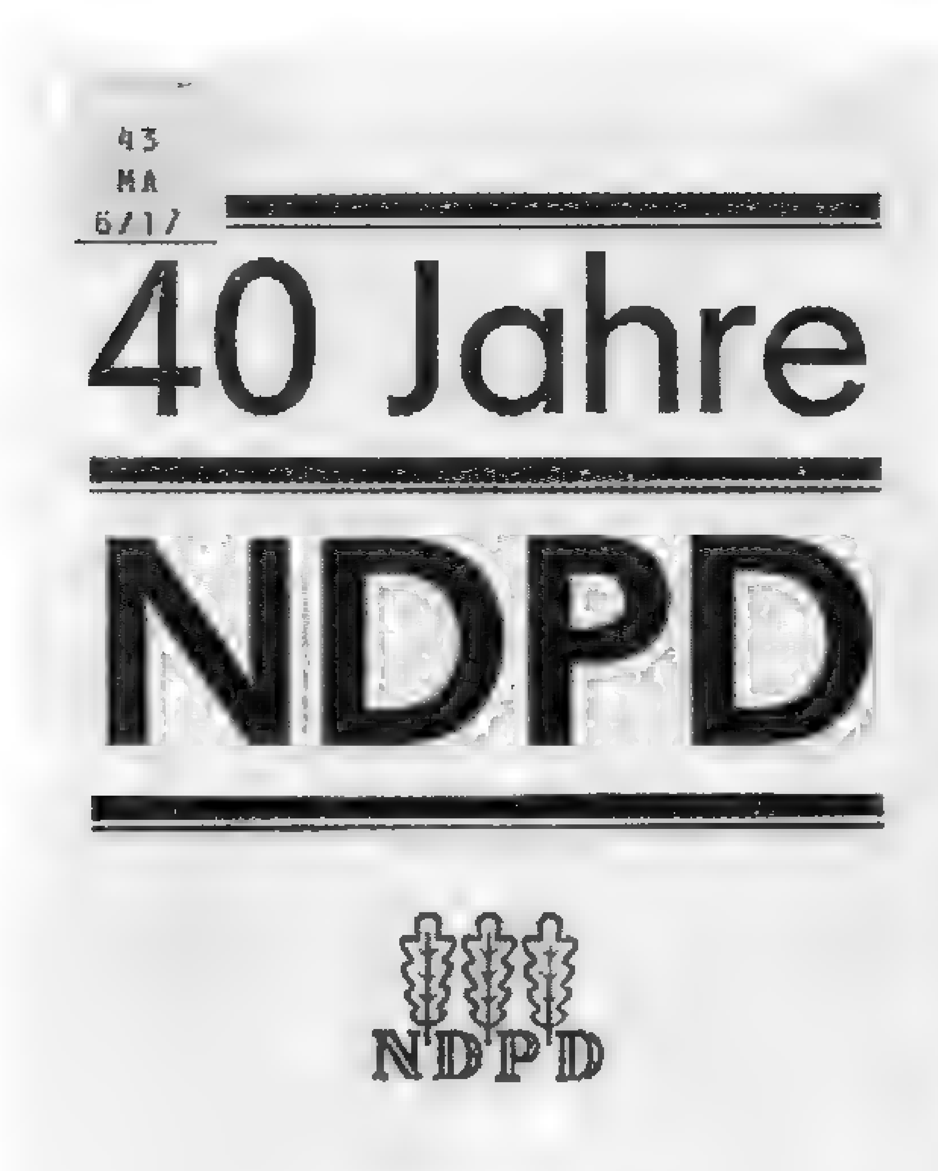


[1]



[1] Mai 1988: Kranzniederlegung der NDPD an der »Gedenkstätte der Sozialisten« in Berlin Lichtenberg. Die Kranzschleife hat die Aufschrift: »Ruhm und Ehre den Kämpfern für Frieden und Sozialismus – NDPD«.

[2] Der Parteivorsitzende der NDPD Prof. Dr. Heinrich Homann spricht im Mai 1988 in Potsdam



terlandliebender Deutscher«[10] zur Parteigründung zusammengefunden hatten. So wenn zu den Feierlichkeiten des vierzigjährigen Parteibestehens davon geschwärmt wurde, daß es der NDPD gelungen sei, Begriffe wie Vaterland, Nation, Ehre, Treue wieder mit ihrem »wahren« Inhalt gefüllt zu haben. Und ein Kranz, der zum gleichen Anlaß am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin niedergelegt wurde, trug die Aufschrift: »Ruhm und Ehre den Kämpfern für Frieden und Sozialismus«.[11]

Nach dem Mauerfall setzten einerseits parteiinterne Reformversuche ein. Zugleich versuchten NPD und Republikaner erneut, sich der NDPD bzw. ihrer Wählerbasis anzunähern – ein Versuch, der zumindest auf Parteiebene scheiterte. Vor allem mit Jahresbeginn 1990 stieg die Zahl der Parteiaustritte an, so dass bei den Volkskammerwahlen im März von ehemals über 100.000 Mitgliedern nur noch 70.000 zu verzeichnen waren. Die Wahlschlappe (die NDPD erhielt nur 0,38% der Stimmen, also 2 von 400 Mandaten) beschleunigte die Auflösung der NDPD, die nun kooperativ dem Bund Freier Demokraten beitrat, der später in der FDP aufging. Aus der Partei der Ehemaligen war nun ihrem Selbstverständnis nach eine Partei der Mitte geworden. ■

[2]



Literatur:
- Bernd Gottberg, Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948-1954, in: Jürgen Frölich (Hg.), »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994, S. 73-87.
- Bernd Gottberg, Die Nationaldemokraten und die Entstehung der gesamtdeutschen FDP 1989/90, in: Jahrbuch für Liberalismusforschung, 13 (2001), S. 222-232.
- Josef Haas, Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei, Diss. Bamberg 1988.
- Roland Höhne, Von der Wende zum Ende: Die NDPD während des Demokratisierungsprozesses, in: Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hg.), Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 113-142.
- Harald Krieg, LDP und NDP in der »DDR« 1949-1958. Ein Beitrag zur Geschichte der »nichtsozialistischen« Pareien und ihrer Gleichschaltung mit der SED, Köln 1965.
- Roderich Kulbach / Helmut Weber, Parteien im Blocksystem der DDR. Aufbau und Funktion der LDPD und der NDPD (=Schriftenreihe des Studienkollegs für zeitgeschichtliche Fragen / Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Mitteldeutschland, hrsg. v. Hans Lades, Erlangen, Bd. 3), Köln 1969.

1| National-Zeitung vom 16.11.1950, S. 1.
2| National-Zeitung vom 25.3.1948, S. 1.
3| Im Blocksystem wurde als Schlüssel für die Mandatsverteilung an die Parteien der NDPD ein Anteil von 7,5 % zugesagt – direkt nach der SED (25%), CDU und LDPD (je 15%). Weitere Mandate: FDGB 10 %, FDJ 5%, DKB 5%, VVN und DFD je 3,7%, VdgB und Genossenschaften je 1,3%.
4| Vgl. dazu Josef Haas,...., S. 132.
5| Der achte Parteitag der NDPD, Erfurt, Mai 1963, Berlin 1964, S. 434f.
6| National-Zeitung, 8.2.1969, S. 2.
7| Josef Haas,...., S. 172f.
8| National-Zeitung, vom 18.6.1952.
9| Programm der NDPD, Juni 1951, in: Der Morgen Nr. 158, 11. Jg., v. 9.7.1955.
10| Programm der NDPD, Juni 1951, in: Der Morgen Nr. 158, 11. Jg., v. 9.7.1955.
11| So Heinrich Homann am 24.5.1988, zit. aus 40 Jahre NDPD, Dokumente des 40. Jahrestages der NDPD, S. 44 und S. 65.

Von Ökobauern und Artamanen

Anfang Februar 2007 berichtete die Presse in Mecklenburg-Vorpommern von einem weiteren Versuch der NPD, sich über eine Podiumsdiskussion zum Thema »Gentechnikfreie Regionen« ein bürgerliches Image zu geben. Protagonist in dieser Geschichte war Helmut Ernst, Öko-Bauer aus Koppelow bei Krakow am See. Er ist nicht nur Mitglied der NPD, sondern auch Mitinitiator einer völkisch-bündischen Gruppe, die sich seit Anfang der 1990er Jahre in der Umgebung von Koppelow niederlässt.

Die Gruppe

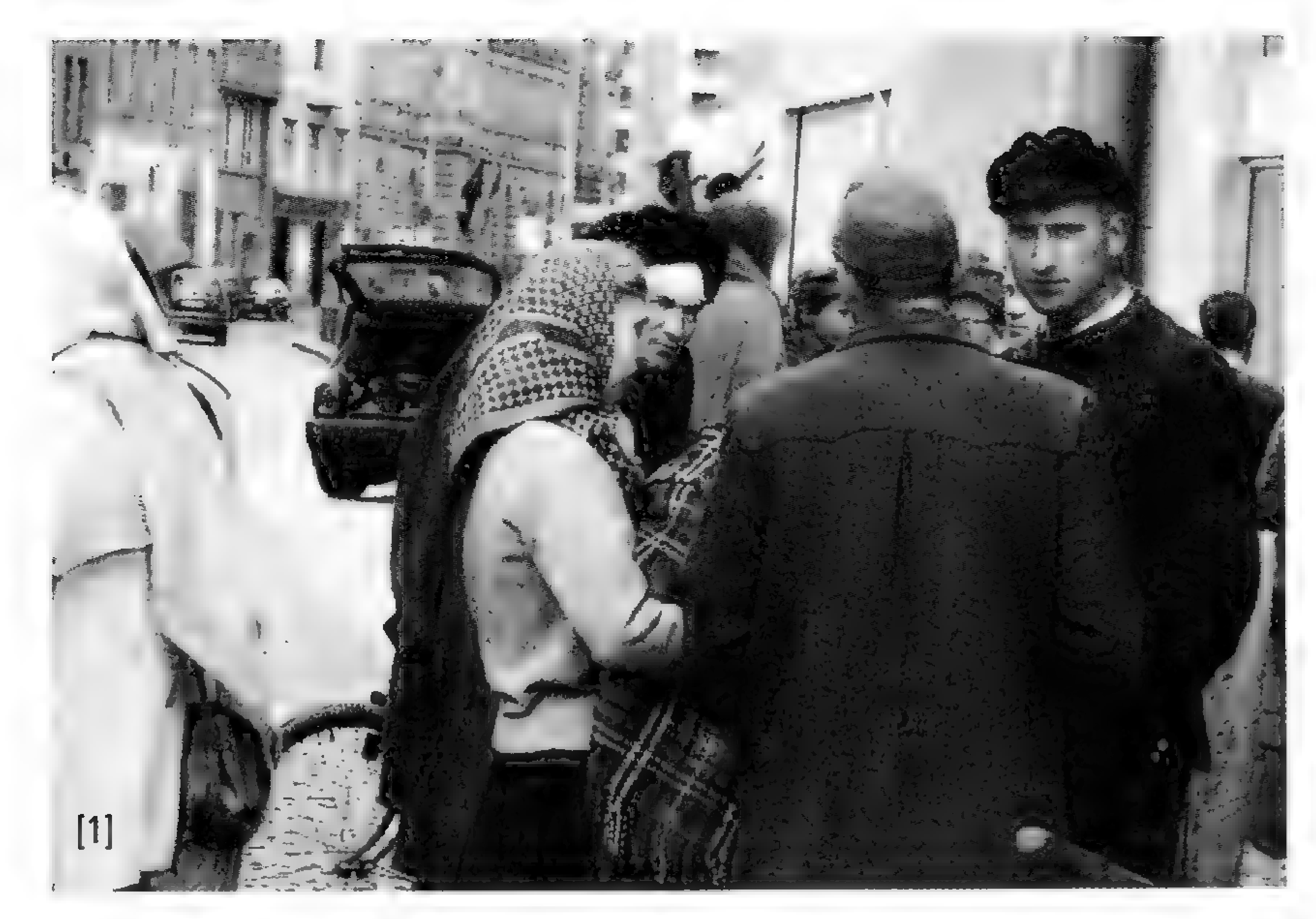
Koppelow liegt in der Nähe von Krakow am See im Landkreis Güstrow, mitten in Mecklenburg-Vorpommern. Die Gegend ist verlassen - dünn besiedelt und sehr idyllisch. Wie in vielen Teilen dieses Bundeslandes ziehen die meisten jungen Leute weg in strukturstärkere Gegenden. Die Abgeschiedenheit war nicht der einzige Entscheidungsgrund der Gruppe für diesen Ort. Viel wichtiger war, dass Koppelow in den 1930er Jahren von Artamanen besiedelt worden ist. Die damals im »Bund Artam e.V.« organisierten freiwilligen Landdienstleistenden völkischer Gesinnung hatten ein bankrott gegangenes Gut aufgekauft und einzelne kleine landwirtschaftliche Betriebe darauf errichtet.

1992 wandte sich die Gruppe um Helmut Ernst mit der Bitte um Unterstützung des »Konzeptes Koppelow« zunächst an den »Freundeskreis der Artamanen«. 1962 gegründet, sieht sich der Freundeskreis als Behüter des Erbes der historischen Artamanen der 1920er und 1930er Jahre. In »Artam-Blätter eines Freundeskreises«, ihren Rundbrief, wird das Vorhaben so beschrieben: »Geplant ist eine organisch wachsende Siedlung kulturbewußter Menschen im Herzen Deutschlands.« Ihre Bewohner wollen »artgemäßes Leben nicht nur als Freizeitbeschäftigung pflegen, sondern »die Lage in unserem Land (der Welt!), sowie die Umweltsituation als Herausforderung betrachten«.

Ob und in welcher Form das Vorhaben unterstützt wurde, haben die sonst so akribischen Schreiber der Artam-Blätter nicht mitgeteilt. Jedoch berichten sie 1994: »Zwei dieser jungen Männer haben inzwischen den Mut gefasst, als Zeichen der Verbundenheit mit unserer Artamidee, auf unserer Artam-siedlung in Koppelow, Land zu erwerben und somit den Artamgedanken weiter zu tragen.« Es sind Helmut Ernst und Huwald Fröhlich. In den folgenden Jahren wächst die Gruppe stetig. Dazu kommen Gunn-Heide Bohlinger, die Fröhlich heiratet, Ulrich Damm und seine Schwester nach Kölln, Familie Krauter nach Klaber und Familie Hanke nach Mieckow. Laut dem 2005 in der »Jungen Freiheit« erschienen Artikel gehören auch 12 Kinder zu diesen Familien. Die meisten der extrem rechten Gruppenmitglieder kommen aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Den Artam-Blättern ist zu entnehmen, dass die anfängliche Gruppe im »Freibund« organisiert war.

Die Artamanen

Die Artamanenbewegung wurde 1924 gegründet und war ein Sammelbecken unterschiedlicher rechtskonservativer Strömungen. Die drei wichtigsten Eckpunkte waren die völkische Ideologie, die Politik des nach Rekonstruktion ihrer verloren gegangenen gesellschaftlichen Position trachtenden Junkertums und die Ideale der bündischen Jugendbewegung. Sie hatte einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung und den Erfolg des Nationalsozialismus in Deutschland. Bekannte Mitglieder der Artamanenbewegung waren Heinrich Himmler, SS-Reichsführer, Richard Walter Darré, »Reichsbauernführer« und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Rudolf Höß, Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz.



[1] Jan Krauter (rechts) am 8. Mai 2005 bei der »Aktion Gedenkzug« in Berlin.

Der 1958 gegründete völkische Jugendverband orientiert sich unter anderem an der bündischen Jugendbewegung und ist vor allem in der politischen Jugendarbeit mit Kindern und Heranwachsenden kontinuierlich tätig.

Die Struktur der Gruppe ist informell. Es bestehen zahlreiche familiäre Verknüpfungen. Sie selbst beschreiben sich als »lockere Gemeinschaft« mit »ganz formlosen Strukturen, die in keiner Satzung festgeschrieben sind«.

Sie wollen, so die »Junge Freiheit«, »der Gegend um Koppelow ihren Stempel aufdrücken«. Auffällig ist ihr stetiger Versuch sich als Fortführer der Artamidee zu manifestieren. So rufen sie am Ende des Artikels zum »Siedeln auf den Spuren der Artamanen« auf.

...und ihre Mitglieder

Huwald Fröhlich ist Händler für ökologische Baustoffe und Baumpfleger. 1995 veröffentlichte er in dem von Andreas Molau herausgegebenen Buch »Opposition für Deutschland« einen Beitrag. Andreas Molau ist stellvertretender Chefredakteur des NPD-Organs »Deutsche Stimme« und wissenschaftlicher Berater der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag. Huwald Fröhlich beteiligte sich am 8. Mai 2005 gemeinsam mit Jan Krauter am NPD-Aufmarsch in Berlin.

Helmut Ernst, Ökobauer, ist NPD-Mitglied und Vertrauter des NPD-Fraktionschefs im Schweriner Landtag Udo Pastörs, teilte die Ostseezeitung am 3. Februar 2007 mit. Er war Sprecher und Koordinator der »Gentechnikfreien Region Nebel/Krakow am See«. Die »Deutsche Stimme« veröffentlichte im September 2006 ein Interview zu diesem Thema, das unter anderem Andreas Molau führte.

Jan Krauter, verheiratet mit Gerhild Hanke, stammt aus Lüneburg und betreibt eine Schmiede auf dem ehemaligen Gutshof in Klaber, 16 km östlich von Koppelow. Über die Volkshochschule Güstrow bietet er Kunstschmiedekurse an. Seine Schmiede diente als Ausstellungsraum während »Kunst offen«, einer jedes Jahr zu Pfingsten in der Mecklenburgischen Schweiz stattfindenden Kunstschau. Organisiert wird »Kunst offen« vom Tourismusverband Mecklenburgische Schweiz. An den Ausstellungsobjekten waren zahlreiche germanische Runen zu finden, genauso wie an Alltagsgegenständen des Kunstschmieds. Seine Nähe zur NPD demonstrierte Krauter beim NPD-Aufmarsch am 8. Mai 2005 in Berlin. Am gleichen Tag beteiligte er sich an der »Aktion Gedenkzug«. Als Flüchtlinge verkleidet und mit Mehl gepudert zogen Krauter, Ernst und einige andere durch das Fest am Brandenburger Tor. Auf der Homepage zu dieser Aktion ist zu lesen, dass es sich um eine »Unabhängige Initiative von Studenten und Schauspielschülern« handelt, deren Teilnehmer sich aus Freundeskreisen und dem familiären Umfeld rekrutierten. Die Teilnehmer waren neben einigen Redaktionsmitgliedern und Autoren der Jungen Freiheit vor allem Anhänger des völkisch-bündischen Freibundes.

Ulrich Damm ist in die ehemalige Wassermühle in Kölln 4 km nordwestlich von Koppelow gezogen. Er betreibt ein Heuhotel und verkauft ökologisch erzeugte Lebensmittel. Damm war Sprecher und Kontaktperson bei der Vorstellung des »Konzeptes Koppelow« beim Freundeskreis der Artamanen. Es ist davon auszugehen, dass er ebenfalls dem »Freibund« angehörte.

Fazit

Das Außenbild dieses Personenkreises ist geprägt vom engagierten Öko-Bauern oder dem Kunstschmied mit Aussteigerhabitus, das wenn überhaupt eher links statt rechts geprägt ist. Sie betreiben ein Bio-Café, veranstalten Kunstausstellungen oder bieten Volkshochschulkurse für Schmiedekunst an. Man ist Mitglied einer Bürgerinitiative gegen Gentechnik und referiert zum gleichen Thema auch bei linken Gruppen. Man hat sich mit seinen Familien eingerichtet und ist angekommen in der dörflichen Gemeinschaft. Doch die Realität sieht anders aus. Die Positionierung am rechten Rand des politischen Spektrums stellt hierbei für diesen Kreis keinen Widerspruch dar, sondern passt als aktuelle Ausdrucks- und Lebensform in das Weltbild der extremen Rechten. Eine fehlende Kritik der Öffentlichkeit macht dies bisher möglich. ■

Aufstieg der Großmäuler

Mit ambitionierten Plänen macht die NPD in Brandenburg auf sich aufmerksam. Vieles davon ist nur auf Medieninteresse schielendes Getöse, doch trotzdem gelingt es dem Landesverband, zusehends an Stärke zu gewinnen

Kein zweites Delmenhorst

Es war nur eine Medienblase, die von der NPD geschickt aufrecht erhalten wurde, um sich im Gespräch zu halten. Nun steht fest, dass aus dem geplanten Parteizentrum vorerst nichts wird. Über eine Woche lang hatte die Brandenburger NPD im Januar Gerüchte befeuert, nach denen sie ein ehemaliges LPG-Gelände im Örtchen Kleinow (Gemeinde Plattenburg in der Prignitz) kaufen wolle, um dort einen Stützpunkt einzurichten. Man sichte 21 Kaufangebote, sagte Parteilandeschef Klaus Beier vielsagend und betonte: »Da war auch etwas in der Prignitz dabei.« Er ergänzte, dass die NPD beabsichtige, den Kreisverband Prignitz-Ruppin in 2007 wieder aufzubauen – da käme ein Zentrum gerade recht. Als Kaufinteressent für das Kleinower Grundstück trat nach Pressemeldungen der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger auf. Ob als Privatier oder im Parteiauftrag war unklar, doch die Erinnerung an die jüngsten Ereignisse in Delmenhorst, wo Rieger ein leer stehendes Hotel kaufen wollte, reichte aus, um landesweit für Aufmerksamkeit zu sorgen. Obgleich die Aussagen von Beier und Rieger immer überaus wolkig blieben, organisierte die Kommunalpolitik sogar eine Anti-NPD-Kundgebung in Kleinow, an der 250 BürgerInnen teilnahmen. So prompt, wie die NPD den Gerüchten um Kleinow auf die Sprünge half, so flink übte sie sich wenig später in empörten Dementi: »Zu keinem Zeitpunkt« habe Interesse am Grundstück in Kleinow bestanden, so Landespressesprecher Thomas Salomon, nie habe es Kaufverhandlungen gegeben und auch Jürgen Rieger kenne die »asbestbelastete Immobilie« überhaupt nicht. Die »Falschmeldung« habe indes dem Kreisverband »eine Steilvorlage für die Aufklärung der Öffentlichkeit« geliefert.

Lärmen um jeden Preis

Die Provinzposse in Kleinow ist typisch dafür, wie die vergleichsweise schwache Brandenburger NPD zurzeit auftritt. Unter Landeschef Klaus Beier, hauptberuflich Pressesprecher für die Bundespartei, wird gepoltert, werden Kleinigkeiten groß geredet, werden vollmundige Pläne herausposaunt, egal ob sie eingehalten werden können. Getan wird, was Schlagzeilen verspricht. 2006 kündigte Beier einen NPD-Besuch bei einem Antirassismus-Seminar für schwarze Jugendliche in Hirschluch an, um unter dem Motto »Die Weißen kommen«, »den Verantwortlichen genau auf die Finger zu schauen, wieviel ‚Schwarz'geld das deutschfeindliche Wochenende verschlingen« würde. Ganze drei NPDler, darunter Beier, tauchten letztlich auf, nahmen zur Kenntnis, dass sie nicht hereingelassen werden und verschwanden wieder. Doch durch die breit gestreute Ankündigung konnte man sich über Berichterstattung in Printmedien und in der Tagesschau freuen.

Mit gehöriger Skepsis sind also die NPD-Äußerungen aus Brandenburg zu betrachten, egal ob es um die Beratung von Hartz-IV-Empfängern geht, das geplante Schulungszentrum (das auch beim Parteitag in Borgsdorf im Herbst Thema war, für das tatsächlich aber Personal und Geld fehlt), der Integration von ex-Mitgliedern verbotener oder aufgelöster Kameradschaften oder dem Aufbau von neuen Parteiuntergliederungen.

Strukturaufbau und Mitgliederzuwachs

Nichtsdestotrotz ist einiges im Gange. Nach mehreren Jahren, in denen die Partei im Land kaum präsent war, steigen nach Angaben des Verfassungsschutz die Mitgliederzahlen wieder: von 130 (2004) über 190 (2005) auf 230 (2006). Damit ist die Partei wieder auf dem Niveau des Jahr 2000. Obwohl Brandenburg aufgrund des »Deutschlandpaktes« als Terrain der DVU gilt (die seit 1999 im Landtag sitzt), will die NPD ihre Aufbauarbeit und Mitgliederwerbung weiter vorantreiben und bei den Kommunalwahlen 2008 antreten. In 2007 wurden bisher – zumindest auf dem Papier – ein Kreisverband Barnim-Uckermark, ein JN-Ableger für den Spreewald und ein Ortsbereich Storkow gegründet. Der Stadtverband in Frankfurt/Oder wurde reaktiviert, die Kreisverbände Spreewald und Havel-Nuthe geben sich aktiver als zuvor und neue Ortsbereiche sollen bald in Beeskow und Schöneiche entstehen. Stärkste Gliederung ist



[1] Der Landeschef der Brandenburger NPD Klaus Beier (links) und der Parteivorsitzende Udo Voigt

der Kreisverband Oderland, dem Beier vorsitzt und dort zusammen mit Lars Beyer auch im Kreistag vertreten ist. Mit einer Verteilaktion der Schulhof-CD, Wahlkampfhilfe für die Berliner NPD, einem Kinderfest in Storkow und dem BürgerInnen-Flugblatt »Oderland-Stimme« entfaltete der Kreisverband in 2006 etliche Aktivitäten.

Die Brandenburger NPD profitiert unter anderem von einem gesteigerten Selbstbewusstsein durch die Wahlerfolge in den angrenzenden Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie von der Misere der Brandenburger Kameradschaftsszene, die seit der Selbstauflösung des bis dato tonangebenden »Märkischen Heimatschutz« im November 2006 in einer Sinnkrise ist. Zwar sind NPD-Eintritte von ehemaligen Kameradschaftern eher eine Randerscheinung doch scheint die NPD unter Brandenburger Rechtsextremen wieder attraktiver zu werden, auch durch die von Klaus Beier befeuerte Medienpräsenz. Als Beier den Landesverband 2004 übernahm, stand er vor einem Scherbenhaufen: Sein Vorgänger war mitsamt relevanten Teilen der Mitgliederbasis kurz zuvor aus der NPD ausgetreten, weil diese sich zu »einer Systempartei« entwickelt habe. Seitdem werkelt Beier, Jahrgang 1966, am Wiederaufbau der Strukturen.

Auch um die Straße wird gekämpft

Inzwischen ist die NPD wieder stabil genug, um sich auch die Präsenz auf der Straße zuzutrauen. In kurzer Folge provozierte man »gegen die Systemparteien« mit einer kleineren Kundgebung gegen »die Heuchelei der Sozis« beim SPD-Landesparteitag in Fürstenwalde, mit einer weiteren Kleinkundgebung gegen »Multikulti-Fanatiker« bei einer Konferenz der Grünen in Halbe und mit dem Aufritt bei einer PDS-Veranstaltung in Bad Saarow gegen »das Geseier« vom PDS-Bundestagsmitglied Wolfgang Gehrcke. Der Höhepunkt stand am 27. Januar 2007, perfiderweise dem Holocaust-Gedenktag, an, als man gegen den Landesparteitag der CDU in Frankfurt/Oder demonstrierte. Mehrere hundert Rechtsextreme – altgediente NPDler aus der Region, Rechtsrockfans und Kameradschaftsnazis – liefen durch die Stadt und hielten direkt vor dem CDU-Tagungsort eine Kundgebung ab. Jahrelang hatte die Brandenburger NPD keine eigene Demonstrationen mehr veranstaltet.

Im Süden des Bundeslandes scheint derweil die sächsische NPD kräftig ihre Finger mit im Spiel zu haben – der heimische Landesverband hat nur bedingt mitzureden. Die JN aus Hoyerswerda agitiert beispielsweise fleißig unter den Mitgliedern der scheinaufgelösten Kameradschaften in Cottbus und Guben. Eine kleinere Demonstration in Lübben im Dezember 2006 (»Menschenrecht bricht Staatsrecht – staatliche Repression öffentlich machen«) war komplett von Sachsen aus organisiert worden und von dort kam auch ein Gutteil der rund 160 marschierenden Rechtsextremen. Die NPD-Mitglieder aus dem Landkreis Elbe-Elster werden direkt von Sachsen aus betreut.

Fazit

Die relativen Erfolge der NPD in Brandenburg verdienen es aus antifaschistischer Sicht, aufmerksam beobachtet zu werden. Dass viele der NPD-Ankündigungen aus der Region nicht eingehalten werden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei ihre Mitgliederbasis erweitert, um Strukturaufbau bemüht ist und bei einem Wahlantritt 2008 mit dem Gewinn etlicher kommunaler Mandate rechnen darf. Bisher wird von DVU wie NPD beteuert, dass darunter das Verhältnis der beiden Parteien nicht zu leiden hat. Doch aus Sicht der DVU kann das Verhalten der NPD nur als Provokation gewertet werden. Ein Erstarken der NPD in Brandenburg kann nicht in ihrem Sinn sein und stellt den »Deutschlandpakt« potenziell in Frage. Sollte das bundesweite Wahlbündnis der Parteien ins Wackeln kommen – der Auslöser könnte ein Streit um Wahlantritte in Brandenburg sein. ■

Zwischen NS und urbaner Jugendkultur

Einblicke in die verbotene »Kameradschaft Tor«

Mittlerweile hat sogar das Bundesamt für Verfassungsschutz das Thema »Autonome Nationalisten« entdeckt. In Presseberichten heisst es, dass sich diese »neue rechtsextremistische Gruppierung« kaum von linken Autonomen unterscheiden würde und ein »ernstzunehmendes Phänomen« sei. Doch so »autonom« und so »neu« wie angenommen sind diese Neonazi-Cliquen nicht. Vielmehr klaffen der äußere Habitus und die innere politische Verfasstheit weit auseinander. Wir wollen dies noch einmal am Beispiel der Berliner »Kameradschaft Tor« verdeutlichen, welche als bundesweiter Vorreiter in Sachen »autonomer Nationalismus« gilt.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Der »autonome Nationalismus« ist bisher nichts anderes als der skurrile Versuch traditionellen Nationalsozialismus mit linksautonomem Habitus und Politikformen, sowie moderner, urbaner Jugendkultur in Verbindung zu bringen. Eine Analyse dieser widersprüchlichen Patchworkidenditäten wurde bereits im AIB 69 dargestellt, doch scheint sie immer wieder unter dem allgemeinen Hype über »neue Trends« im Neonazismus unterzugehen. Vernachlässigt werden in diesem Beitrag auch die Aktionsformen dieses Spektrums, welche im AIB 72 dargestellt wurden.

Entstehung der KS Tor

Die KS Tor wurde im Juli 2000 in Berlin gegründet und ist nach ihrem Gründungsort (Frankfurter Tor) benannt. Sie entstand als klassische Neonazi-Kameradschaft mit eigener Satzung, Kameradschaftsabenden und Mitgliedsbeiträgen. Ihre Aktivitäten bestanden vor allem aus Propagandaaktionen und der inflationären Teilnahme an Demonstrationen. Im Mai 2001 führte die KS Tor in Löwenberg (Brandenburg) ein eigenes Zeltlager mit Schießwettbewerb durch. Ihre chronische Geltungssucht befriedigte die KS Tor seit 2000 über eine eigene Homepage, auf der die meisten ihrer Aktionen dargestellt wurden. Anfangs war die KS Tor eng an die Berliner JN angebunden. So erklärte sie auf ihrer Homepage: »Desweiteren unterstützt ein Grossteil, der Mitglieder und Anwärter der Kameradschaft, die Thesen der JN, obwohl wir selbst autonom bzw. parteiunabhängig arbeiten wollen.« Noch im Jahr 2001 publizierte ein »Björn« für den JN-Stützpunkt Nordost einen Bericht über das »1. Brandenburger Zeltlager der Kameradschaft Thor Berlin« in der JN-Zeitschrift »Jugend wacht«. Als Gründer der KS Tor gelten Björn Wild und Daniel Meinel. Im Dezember 2000 legte Björn Wild den Grundstein für das dauerhafte Interesse des Berliner LKA an seiner Person, indem er seinen Job beim Finanzamt dafür nutzte, die persönlichen Daten eines LKA-Beamten und seiner Frau auszuspionieren und samt einer Drohung im Internet zu veröffentlichen. Er soll insgesamt in 184 Fällen illegal Daten abgerufen ha-

[1]





ben. Im Januar 2002 sorgte Daniel Meinel für Schlagzeilen, als er zusammen mit Björn Wild und Daniel Kappenberg verhaftet wurde, als sie Parolen gegen die Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemonstration sprühten, deren Anmelder ausgerechnet Daniel Meinels Vater war.

Struktur

Björn Wild galt als Kopf der KS Tor. Er betrieb die Internet-Seite der Kameradschaft und organisierte Busse, um auf Neonazimärsche zu fahren. Neben ihm zählte Daniel Meinel zum harten Kern. Die Hauptaktivisten der KS Tor sollen nach zuverlässigen Insideinformationen ab 2004 weiterhin Oliver Oeltze, Steffen Koppe, Bengt Bolle, Daniel Kappenberg, Thomas Göbel und Marcus Gutsche gewesen sein. Aufgrund der kontinuierlichen Teilnahme an entsprechenden Aktivitäten wird dieser Personenkreis auch durch antifaschistische Szenekenner und Sicherheitskreise dem unmittelbaren Umfeld der KS Tor zugeordnet. Sie trafen sich an jedem zweiten Wochenende in Hinterzimmern von Kneipen oder in Privatwohnungen, um ihre Aktivitäten zu planen. Außer einem Druckkontingent bei einer Druckerei und einer eigenen Lautsprecheranlage verfügte sie über keine nennenswerte Infrastruktur. In die Berliner Neonazi-Szene war die KS Tor durch die Teilnahme am sogenannten »KO-Treffen« eingebunden. Dieses Koordinations-Treffen fand alle zwei Wochen in Gaststättenhinterzimmern oder in NPD-Räumen statt. Hier trafen sich je ein bis zwei VertreterInnen der Berliner Kameradschaften, der NPD und einige Einzelpersonen, um die wenigen politischen Aktivitäten innerhalb von Berlin zu koordinieren. Um das Umfeld zu Demonstrationen und Aktionen zu mobilisieren hatte der damalige Neonazi Gabriel Landgraf einen SMS-Verteiler eingerichtet. Mittlerweile wird ein solcher von dem Berliner Neonazi René Bethage betrieben.

Die »alten Kader« aus Zeiten der GdNF, FAP und NF hatten keinerlei Einfluss auf die KS Tor und wurden von diesen nicht sonderlich ernst genommen. Auch Kontakte zur Rechtsrock-Szene waren kaum vorhanden, da diese nahezu getrennt von der Kameradschaftsstruktur in Berlin agiert. Ein gutes Verhältnis bestand lediglich zur NPD und JN, da zu einflussreichen Aktivisten wie Jörg Hähnel und Markus Loszczynski gute Kontakte bestanden. Überregionale Kontakte existierten zu Einzelpersonen aus NRW, Sachsen, Magdeburg und Mecklenburg-Vorpommern und deren Gruppierungen. Strukturell gab es zeitweilig Anbindung an das Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM).

Die Mädelgruppe der KS Tor

Ab 2004 trat die Mädelgruppe der KS Tor mit eigenen Transparenten und einer Homepage in Erscheinung. Nach eigenen Angaben waren sie »selbständig denkende und handelnde Frauen aus dem Umfeld der Kameradschaft Tor (...)«. Die Neonazi-Aussteigerin Hendrikje Herder, welche in der Mädelgruppe der Kameradschaft Tor aktiv war, berichtete Berliner Antifaschisten, dass die Gründung der anfangs fiktiven Gruppe auf Madlen Hopp und Kristina Gökcek zurückzuführen war. Durch den Beitritt von Nicole Stenzel, Simone Lehmann und ihr wurde die Gruppe auch real aktiv. Hinter dem Projekt steckte zu keinem Zeitpunkt eine Tendenz zur stärkeren Emanzipation von Frauen innerhalb der Neonaziszene. Feminismus wurde als übertrieben und verfehlt angesehen. So wurde auf dem einzigen Aufkleber der KS Tor Mädelgruppe klar gestellt: »Auch ohne Emanzipation stark«. Die »Emily Strange«-Comicfigur samt Zwille sollte den rückschrittlichen Inhalt offenbar moderner erscheinen lassen. Auf der Homepage wurde diese Aussage unterfüttert. Frauen müssten sich zu Gunsten ihrer »ureigensten Art« von den »liberalistischen Fesseln der Gleichberechtigung, Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung, die eine vermeintliche Freiheit versprechen, doch letztendlich nur Trugbild sind« befreien. Zur Rolle der Frau innerhalb der Szene wurde dargelegt: »Wie schon die Germanin ihre Männer auf das Schlachtfeld zurücktrieb, weil für sie ein Aufgeben nicht in Frage kam, so sollen auch deutsche Frauen heute Männer vorantreiben im Kampf um Deutschland (...)« Der Widerspruch zwischen völkischem Frauenbild und aktionistischen Aktionsformen lag auch an den unterschiedlichen Interessen der Mitglieder. Während Madlen Hopp und Kristina Gökcek eher völkisch nach innen wirken wollten, waren Nicole Stenzel und Hendrikje Herder an öffentlichkeits-

→

[1] Aktivisten der KS Tor auf einer Solidaritätsdemonstration für die verbotene NS-Band »Landser« in Berlin Lichtenberg.

[2] Aktivisten der KS Tor beim »Rudolf-Hess Gedenkmarsch« in Wunsiedel
- Reihe ganz rechts, von vorne nach hinten: Nicole Stenzel, Thomas Göbel, Daniel Meinel und Björn Wild.
- Reihe Mitte, von vorne nach hinten: Simone Lehmann, Madlen Hopp, Steffen Koppe, Oliver Oeltze.
- Reihe ganz links: Zweiter von vorne Marcus Gutsche, dahinter Dennis C.

[1]



[1] Die KS-Tor protestiert im Juli 2004 gegen das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas auf dem Alexanderplatz, v.l.n.r.: Ines W., Nicole Stenzel und Björn Wild.

➔ wirksamen Aktionen interessiert. Trotzdem war die KS Tor Mädelgruppe eine eigene Struktur für junge Frauen, welche unabhängig von der KS Tor Treffen, Schulungen und Sonnenwendfeiern abhielt.

Nationalsozialismus pur

Aus ihrer nationalsozialistischen Gesinnung haben die Aktivisten der KS Tor nie einen Hehl gemacht. Regelmäßig tauchte in ihren Publikationen ein positiver Bezug auf den »nationalen Sozialismus« auf. Dass hiermit eine positive Bezugnahme zum Nationalsozialismus in Deutschland gemeint ist, machten die Kameradschaftsaktivisten durch regelmäßige Aktionen zur Glorifizierung von NS-Funktionären deutlich. Im November 2003 wurde anlässlich des Jahrestages des gescheiterten Hitler-Putsches ein Transparent mit der Aufschrift »9.11. 1923 – Damals wie heute, dem Willen folgt die Tat – KS Tor« gezeigt. Zum Jahrestag der Machtübertragung trat die KS Tor mit einem Plakat »...tler was right '33 '04« an die Öffentlichkeit. Die Mädelgruppe gab auf ihrer Homepage der Leserschaft zu bedenken, dass Adolf Hitler ohne seine weibliche Gefolgschaft nie an die Macht gekommen wäre. Fast jährlich traten die KS-Tor-Aktiven und ihr Umfeld mit Propaganda-Kampagnen zu Ehren von Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess und des Berliner SA-Führers Horst Wessel in Erscheinung. Nach einer KS-Tor-»Kulturfahrt« zur ehemaligen SS-Kultstätte in der Wewelsburg im Juli 2004 berichtete eine teilnehmende Person im Internet: »Stelle man sich jedoch vor, dass in der Mitte eine Feuerschale stehen würde, ...welche das Hakenkreuz an der Decke hell erleuchtet, (...) müsste man dort etwas länger verweilen, als wir es getan hatten.« Einige KS-Tor-Aktivisten beließen es nicht bei der reinen Vorstellung, sondern posierten an einem anderen Ort mit Fackeln und Hakenkreuzfahne. Führerbilder, Hakenkreuzfahnen und regelrechte NS-Altäre gehörten zum festen Inventar der Wohnungen einiger KS-Tor-Aktivisten. Mit der regionalen Neonazi-Skinheadgruppe »Kameradschaft Spreewacht« geriet die KS Tor gar in einen ernsthaften Streit über die Frage, ob auf Adolf Hitler oder Ian Stuart angestoßen werden müsse.

Antisemitismus

Auch Antisemitismus musste man bei der KS Tor nicht mit der Lupe suchen. Auf ihrer Homepage verkündete sie unbekümmert: »We are at war with Z.O.G.« Illustriert war diese Feststellung mit einer vermummten Person, welche offenbar versuchte mit einem Molotow-Cocktail das »Zionist Occupied Government« (Z.O.G.) zu besiegen. Auch in diesem Themenfeld wurde mittels Aktionismus versucht, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. So versuchten Mitglieder der KS Tor im Juli 2004 zusammen mit anderen Neonazis erfolglos das Richtfest für das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin Mitte zu stören. Als dies an der eingreifenden Polizei scheiterte hielten sie an anderem Ort mit einem Transparent »Hol den Vorschlaghammer, sie haben 'uns' ein Denkmal gebaut... KS Tor« eine Kundgebung ab. Im September 2004 wurde bei KS Tor-Mitgliedern ein Transparent beschlagnahmt, auf dem eine vermummte Person abgebildet war, welche in Richtung eines Davidsternes, eines Dollarzeichens und eines türkischen Halbmondes trat. Erklärend war der Slogan »Fremdkulturen entgegentreten« hinzugefügt. Gegen die KS Tor-Aktivisten Stenzel und Oeltze war polizeilich ermittelt worden, da sie ihre Anstellung bei dem Briefzusteller PIN AG dazu genutzt haben sollen, um einen Brief des Berliner LKA an die Jüdischen Gemeinde zu Berlin abzufangen, der Daten über eine Sicherheitsüberprüfung ihrer Mitarbeiter enthielt. Das Originalschreiben war Anfang 2005 bei Koppe gefunden worden.

Erfolgloses Verbot...

Bereits im Vorfeld des Verbotes kam es wegen dem oben genannten Transparent zu Hausdurchsuchungen bei Aktivisten der KS Tor und ihrem Umfeld. Überlegungen, sicherheitshalber die KS Tor und die Mädelgruppe der KS Tor aufzulösen, wurden jedoch verworfen. Lediglich Madlen Hopp flog im Zuge des Repressionsdruckes aus der KS Tor Mädelgruppe, da sie nicht bereit war, ihr Mandantschaftsverhältnis zu einem Berliner Anwalt aufzulösen, damit dieser Björn Wild in dem selben Ermittlungsverfahren vertreten konnte. Mit Verfügung vom 7. März 2005 wurde die Kameradschaft Tor Berlin und deren Mädelgruppe durch die Senatsverwaltung für Inneres Berlin gemäß dem Vereinsgesetz verboten. Björn Wild, Daniel Meinel, Nicole Stenzel und Madlen Hopp wurde per Verbotsverfügung mitgeteilt, dass sich ihre Gruppierungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten und daher ab sofort verboten sind. Neben der Auflösung der alten Strukturen wurde auch das Verbot Ersatzorganisationen zu bilden bzw. fortzuführen auf diesem Weg bekannt gegeben. Doch hier stieß das Verbot bereits an seine Grenzen, denn weder löste sich die Neonaziclique um die Betroffenen auf,

noch beendeten sie ihre Aktivitäten. Hierfür waren die sozialen Bindungen zwischen den einzelnen Gruppenmitgliedern in Form von Wohngemeinschaften und partnerschaftlichen Beziehungen viel zu eng. Einige KS Tor Aktivisten bezeichneten die Gruppe gar als »Familie«. Gegen das Verbot selbst wurde eine Klage beim Oberverwaltungsgericht Berlin eingereicht. Björn Wild fuhr nach Sachsen, um sich bei Aktivisten der verbotenen SSS in Sachen Vereinsverbot beraten zu lassen. Nach einer kurzen Phase des Stillhaltens traf sich das Dutzend Aktivisten der KS Tor wieder, fuhr zu Demonstrationen und trat unter den Namen Arbeitsgemeinschaft Lichtenberg (AGL) und Freie Kräfte Berlin (FKB) mit Propaganda in die Öffentlichkeit. Als Einzelpersonen nahmen KS-Tor-Leute weiter am KO-Treffen teil. Björn Wild mietete für den 1. Mai 2005 zwei Busse nach Leipzig. Man versuchte in Polen neue Aufkleber für Rudolf Hess drucken zu lassen, führte wieder Treffen durch und veranstaltete gemeinsam eine »Julfeier«.

Neue Ermittlungen

Seit Juli 2005 wird in Berlin gegen Björn Wild, Daniel Meinel und zehn weitere Personen wegen Fortführung der verbotenen Kameradschaft Tor Berlin und der Mädelgruppe Tor bzw. deren Ersatzorganisationen ermittelt. Parallel dazu gerieten mehrere KS Tor Aktivisten wegen diverser Angriffe auf linke Jugendliche unter zunehmenden juristischen Druck. Oliver Oeltze wurde gar wegen versuchten Mordes an einem Antifaschisten angeklagt.

Fazit

Da die KS Tor und ihr Berliner Umfeld ein wichtiger Impulsgeber für die Strömung der »Autonomen Nationalisten« in Deutschland ist, kann an ihrem Beispiel deutlich gemacht werden, wo die Grenze zwischen Habitus und Realität verläuft. Ein geschlossenes Konzept oder eine niedergeschriebene Strategie gab es weder in der KS Tor noch in der gesamten Berliner Kameradschafts-Szene. Eher prägen große Differenzen und dauernde Streitereien den Alltag in der Berliner Szene. Inhaltlich passierte kaum etwas, da nur wenige Einzelpersonen in der Lage waren, Texte zu verfassen. Entschlüsse zu Aktionen folgten selten einem Diskussionsprozess zwischen Gruppen, sondern waren in der Regel spontane Ideen Einzelner. Aus diesem Blickwinkel ist auch die Übernahme linksautonomer Aktionsformen und Außendarstellung durch KS Tor-Aktivisten zu betrachten. Anfangs als »Black Block«-Kult in kleinem Rahmen von Einzelnen praktiziert, wurde der Style durch immer mehr Aktivisten der KS Tor nach und nach massiv vorangetrieben, bis er irgendwann zu einem Selbstläufer wurde. Ein bestimmtes strategisches Moment oder eine längerfristige Strategie wurden dabei jedoch nicht verfolgt. Trotz des »undogmatischen«, autonomen Auftretens vertritt die Berliner Kameradschafts-Szene weiterhin unhinterfragt einen dogmatischen, nationalsozialistischen Führerkult. Ideologisch gab es zu keinem Zeitpunkt einen Wandel durch die Selbstbezeichnung als »Autonomen Nationalisten«. Der Wandel war ein optischer und einer in Teilen der Lebenswelt und Freizeitgestaltung der KS-Tor-Aktivisten. Ständige Widersprüche zwischen gelebter Autoritätshörigkeit und äußerem Undogmatismus beziehungsweise zwischen nationalsozialistischem Anspruch und urbaner Jugendkultur an vielen Punkten waren nach Aussagen der Aussteigerin Hendrikje Herder charakteristisch für die Berliner Kameradschaften. Strukturell blieb der klassische Rahmen einer Kameradschaft mit regelmäßigen Treffen, einer Repressionskostenkasse und Mitgliedschaften erhalten. Jedoch bildeten die KS Tor und ihr Umfeld darüber hinaus ein soziales Netzwerk, welches durch Wohngemeinschaften, gemeinsame Jobs und partnerschaftliche Beziehungen innerhalb der Strukturen geprägt ist. Im Endeffekt also eine klassische Neonazikameradschaft, deren Mitglieder sich an linksautonomen und urbanen Jugendkulturen orientieren. Wie bereits im AIB dargelegt, ermöglichte es diese Öffnung gegenüber urbanen Jugendkulturen, die niedrigschwelligen Formen unverbindlicher Arbeitsweise und die geringen inhaltlichen Ansprüche das jugendliche Umfeld der KS Tor zu vergrößern. Durch ein soziales Netzwerk und Schaffung eines erlebnisorientierten Angebotes verfügt der Personenkreis um die KS Tor über eine gewisse Attraktivität für Jugendliche. Im Resultat ist dieses Umfeld zwar äußerst dynamisch, aber in der politischen Arbeit eben nur für Aktionismus und Gewalt zu mobilisieren. Wie weit sich einige jugendliche Kameradschaftsaktivisten im Zuge der ständigen Konfrontation mit AntifaschistInnen in eine regelrechte Paranoia verrannt haben erläutert der Berliner Polizeidirektor Oliver Tölle: »Wenn man morgens aufsteht, putzt man sich nicht bei Licht die Zähne, sondern im Dunkeln und verlässt auf unregelmäßigen Wegen das Haus, um dann schnell im Gewühl unterzutauchen.«[1] Eine längerfristige ideologische Festigung und die nachhaltige Herausbildung von Kadern welche über Jahre hinweg politisch arbeiten bleibt bei einer derartigen politischen Sozialisation aus. Somit ist die KS Tor und ihr Umfeld zwar eine akute Bedrohung für alternative Jugendliche und MigrantInnen, aber keine Bedrohung im Sinne der Erlangung politischen Einflusses auf gesellschaftliche Prozesse. ■

1| Politikorange / extrem*, Frühjahr 2007.

»Politik ist ihnen einfach fremd«

Als Reaktion auf einen Bericht über ein Berliner Chapter des Motorradclubs Gremium im AIB 73 haben wir ein längeres Gespräch mit Michael Ahlsdorf, Herausgeber der BIKERS NEWS geführt.

BN: Ihr berichtet seit Jahrzehnten regelmäßig über die Neonazi-Szene. Ich bewundere euch, wie gut ihr informiert seid.

AIB: Wir versuchen so dicht dran wie möglich zu sein. Wir besuchen Tattoo-Studios, lesen die BIKERS NEWS, oder wir fahren auch auf Treffen. Aber ich muss erstmal was klären: Es kommt hoffentlich nicht so bei euch an, dass wir ein Problem mit der Rocker-Szene haben. Das haben wir überhaupt nicht. Rocker waren nie unser Thema. Bisher gab es kaum Schnittmengen zwischen Rockern und Neonazis. Erst seit Ende der 1990er Jahre ist uns aufgefallen, dass Schnittmengen entstehen.

BN: Schnittmengen in Subkulturen. Das ist doch gleich eine gute Einleitung für unser Gespräch.

AIB: Die Biker-Szene ist ja keine homogene Masse. Die Schnittmengen betreffen einzelne Chapter. Gerade in Ostdeutschland sind in einigen MC-Chaptern anscheinend Berührungsängste gefallen. Es sind Leute, die wir aus der Neonaziszene jahrelang kennen, in MC-Chaptern aktiv geworden.

BN: Für uns wäre nun das genauere Ergebnis eurer Recherchen in der Biker-Szene interessant.

AIB: Es gibt natürlich schon lange MCs am Rande der Szene, bei denen man sich streiten kann, ob die überhaupt zur Biker-Szene gehören. Das sind Neonazi Rocker-Clubs. Die Berliner Vandalen zum Beispiel fahren zwar keine Motorräder, treten aber mit Rockerhabitus auf. Neu ist aber, dass auch einzelne Chapter von großen Biker-Clubs Neonazis aufgenommen haben. Das sind die Fälle, mit denen wir uns auseinander setzen.

BN: Ist das was, das ihr überwiegend hier in Berlin beobachtet, oder habt ihr das über ganz Deutschland beobachtet?

AIB: Ja, in Ostdeutschland tritt das vermehrt auf, in Berlin ist es auch ausschließlich Ostberlin. Aber es gibt auch in Westdeutschland solche Schnittmengen, zum Beispiel in Mannheim. Da werden in Clubhäusern Konzerte mit bekannte Neonazibands organisiert.

BN: Die Mannheimer Geschichte können wir auch beim Namen nennen. Die Bandidos dort kenne ich persönlich, ich war auch bei der Clubhauseröffnung zu Gast. Und eines vorweg: Der Bandidos MC hat die »Biker gegen Rechts«-Aktion, die wir zusammen mit Lesern in die Wege geleitet hatten, vor vielen Jahren mitgemacht. Dass in Mannheim tatsächlich Nazimucke gespielt wurde, möchte ich jetzt mal vorsichtig erklären. Es hatte vielleicht was mit zu viel Ambitionen zu tun. Die Mannheimer Bandidos hatten nämlich sehr große Ambitionen, ihr Clubhaus zu einer Begegnungsstätte für Musikgruppen aller Art zu machen. Aber viele Musikgruppen haben wiederum Berührungsängste mit Rockern. Und so hatten die Bandidos ausgerechnet die genommen, die sich angeboten hatten.

AIB: Ich habe ein paar mal Neonazikonzerte besucht. Selbst, wenn man es vorher nicht weiß – aber wenn es einmal stattgefunden hat, dann sieht wirklich der letzte, worum es da geht. Das sollte dann kein zweites oder drittes Mal stattfinden.

BN: Gut, ein zweites Mal sollte es nicht stattfinden. Meines Wissens hat es auch nur einmal stattgefunden. Und ich weiß, wie viele Schlagzeilen das prompt in der bürgerlichen Presse gemacht hat. Ich kenne die Jungs halt selbst, und ich kann ihnen keine nazistischen Ambitionen unterstellen. Die Mannheimer wollten Musikgruppen haben, und da haben welche »Hier« gerufen und dummerweise waren das Nazis. Die Bandidos sind aber auch keine Linken, weil sie bei der Aktion »Biker gegen Rechts« mitgemacht haben. Politik ist ihnen einfach völlig fremd, wie den meisten MCs. Das ist für sie eine ganz andere Baustelle.

AIB: Wir würden auch nie von irgendeinem Club oder gar der ganzen Szene behaupten, dass sie rechts wäre. Es geht wirklich nur im einzelne Chapter. Wir haben immer das Gefühl, dass unsere Kritik für mehr Unmut sorgt, als das Problem an sich oder ist es einfach nur eine normale Reaktion, zu sagen: »Wir regeln das auf unsere Weise, und wir sind so eine geschlossene Gemeinschaft.« Das ist okay, aber dann müssen wir das schreiben, was wir sehen,



[1] Michael Ahlsdorf von der BIKER NEWS im Gespräch mit dem Antifaschistischen Infoblatt.

Das vollständige Interview ist auf unserer Internetseite und unter bikersnews.de zu lesen.

Foto: Christian Jungeblodt

wie zum Beispiel auch beim Berliner Chapter vom Gremium.

BN: Ich bin schlichtweg nicht autorisiert, darüber zu sprechen. Ich weiß, dass im Osten einige MC-Mitglieder aus der Neonazi-Szene kommen. Die bringen ihre Emblematik möglicherweise auch noch mit, kahlgeschoren sind sie sowieso, aber das sind auch viele Biker im Westen, und ich war es auch. Ich habe jedenfalls noch nicht erlebt, dass diese Ehemaligen in den MCs noch politisch aktiv gewesen wären.

AIB: Darum geht es uns ja in Berlin beispielsweise gar nicht. Aber wir kennen einen Club, der seit Jahren Treffpunkt der rechten Szene ist. Da spielten neben »Grauzonen Bands«, auch Neonazi-Bands. Ein MC eröffnet nun ein Chapter in Berlin und ausgerechnet der Club, wird deren Clubhaus, es behält den Namen und die gleichen Betreiber. Da lassen wir auch nicht mit uns reden, dass das kein Neonazi-Club wäre. Sind die jetzt plötzlich Rocker geworden und haben mit der Neonaziszene nichts mehr zu tun? Die Rocker-Szene bietet dann natürlich auch Schutz.

BN: Die Antwort hattest du schon selbst gegeben: Ein Mitglied ist ein Bruder, und der zählt mehr als alles andere. Aber du hast recht, es gibt natürlich eine Schmerzgrenze, und die bestimmen die Medien. Hier ist natürlich zwischen seriöser Berichterstattung und schlagzeilenträchtigen Rufmorden zu unterscheiden. Das ist dann vielleicht auch eure Aufgabe, und vielleicht verrichtet ihr sie in der Hinsicht sogar ganz richtig. Sobald irgendwas dieser Art nämlich Schlagzeilen macht, dann reagieren auch die Clubs, denn das bringt ihnen womöglich weitere Polizeikontrollen und Razzien ein.

AIB: Wir glauben ja auch nicht, dass der Gremium MC ein rassistisches oder neonazistisches Projekt ist, und die anderen Clubs schon gar nicht. Aber gerade aktuell wieder ein Beispiel ein bedeutsamer Neonazi-Versandhändler, stand gerade wegen seiner Geschäfte in Dresden vor Gericht. Und der trat bei seinem Prozess in Kutte an. Der hat nicht gesagt, dass sei Vergangenheit und er ist jetzt Rocker. Es gibt sicher einige Neonazis, die über die Rocker-Szene aussteigen. Aber bei den Einzelfällen, die wir thematisieren, sehen wir auch einen aktuellen Handlungsbedarf.

BN: Na gut, mit der Nennung von Ausnahmen drehen wir uns im Kreis. Ich kenne nicht die ganze Biker-Szene persönlich. Wenn ihr gegebenenfalls Alarm schlagt, ist auch das okay. Politik steht in den meisten Fällen jenseits jeder Biker-Ideologie.

AIB: Unpolitisch wäre es, keine Affinitäten nach rechts zu haben. Sich gegen Neonazis, die Mitglieder sind, nicht zu positionieren, ist auch ein politisches Statement. Klar, vielleicht ist die Biker-Szene weder links noch rechts, aber es gab oder gibt doch unausgesprochene Standards, die verhindern, dass sie in eine falsche Richtung marschiert. Wir haben ja auch eine gemeinsame Basis, um uns mit den meisten gemeinsam an einen Tisch zu setzen.

BN: ...und nun haben auch wir an einem Tisch gesessen. Einigen wir uns darauf, dass es aufzupassen gilt. Vielleicht trägt auch die Veröffentlichung dieses Gesprächs dazu bei. ■

Antifa? Kein Thema!

Antifaschistische Selbstorganisierung in der DDR

Antifaschistischer Widerstand in der DDR stieß auf ganz andere Schwierigkeiten als in der BRD. Der antifaschistische Grundkonsens war Staatsdoktrin, mit der Gründung der DDR galt der Faschismus und seine Ursachen als mit Stumpf und Stiel ausgerottet.

Dietmar Wolf

Antifaschistische Organisationen in der DDR bedurfte es also scheinbar nur zur Mahnung und Erinnerung. Diese Funktion füllte so zum Beispiel das »Komitee der Widerstandskämpfer« aus. Als Traditionsverein für die alten Kämpfer des kommunistischen Widerstands war das Komitee wichtiger Teil der SED-Doktrin, die die DDR-Bevölkerung Quasi per Geburt zu Nachfahren des antifaschistischen Widerstandes erklärte. Um so mehr war man bemüht, auf die Schuld der Menschen im kapitalistischen Westdeutschland hinzuweisen und den dort wieder erstarkten Faschismus an zu prangern.

Die kirchliche Organisation »Aktion Sühnezeichen in der DDR« thematisierte, im Gegensatz zur DDR-Regierung, die Schuld und die Pflicht zur Sühne aller Deutschen, also auch der DDR-Bevölkerung. Ein wesentlicher Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit bestand in dem Aufbau und der Pflege von KZ-Gedenkstätten durch freiwillige Helfer. Das brachte ihr von Anfang an das Misstrauen und die Ablehnung der DDR-Führung ein. Staatliche Stellen betonten stets, dass die Arbeit von Aktion Sühnezeichen in der DDR nicht nötig sei: Die DDR als ein antifaschistischer Staat sei nicht für die Folgen des deutschen Faschismus haftbar zu machen.

Diese Grundhaltung änderte sich auch nicht, als mit Beginn der 80er Jahre in der DDR neonazistische Tendenzen immer deutlicher zu Tage traten. Dies waren ab 1983 zum größten Teil rechtsgerichtete Neonazi-Skinheads und Fußballfans. Es kam vermehrt zu Überfällen auf AusländerInnen, Punks, links alternativ Gekleidete und Oppositionelle. In dieser Zeit bildeten sich auch erste feste neonazistische Gruppierungen, die sich »Bewegung 30. Januar«, »Bucher Front« oder »Vandalen« nannten. Die Gruppen hatten damals bereits Kontakte mit Westdeutschen Neonazis, die in der Folgezeit intensiviert wurden.

Die DDR-Behörden reagierten auf diese Entwicklung mit verschärfter Repression und dem Versuch, die neonazistischen Gruppen zu unterwandern. In der Öffentlichkeit wurde das Thema »Neofaschisten in der DDR« jedoch weitestgehend tabuisiert.

»Zion« änderte alles

Am 17. Oktober 1987 fand in der Ostberliner Zionskirche ein Rockkonzert statt. Gegen Ende tauchte eine große Gruppe Neonazi-Skinheads auf, die Naziparolen grölten und auf Konzertbesucher einschlugen. Anschließend griffen sie im Umkreis der Kirche Passanten an. Nun waren sie in aller Munde. Doch erst einmal versuchte man sich auf Seiten der SED in Schadensbegrenzung. Nach einigen Tagen des Schweigens war dann auch in der DDR-Presse in kleinen Meldungen von einem Übergriff von Rowdys zu lesen.

In der DDR-Opposition wurde der Überfall auf die Zionskirche mit Bestürzung registriert. Dennoch kam es nicht zu einer einheitlichen Gegenstrategie. Zu unterschiedlich waren die politischen Überzeugungen und Prioritäten. Doch auch für die Neonaziszene war der Angriff auf das Konzert ein Fanal. In allen Teilen der DDR gewann die Neonazi-Skinheadszene an Zulauf. In den folgenden Monaten kam es zu häufigen Angriffen auf Volkspolizisten, jüdische Friedhöfe, evangelische Gottesdienste und alles



was nach Ausländer oder Punk aussah.

Auch die einsetzende staatliche Repression konnten den Trend nicht stoppen. 1988 registrierte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Städten wie Magdeburg, Dresden, Leipzig, Erfurt oder Cottbus, feste Neonazi-Skinheadgruppen mit teilweise bis zu 60 Personen. In Potsdam wurden ca. 100 und in Berlin 450 rechtsextreme Skinheads registriert. Allein in Weimar betrug ihre Zahl Mitte 1989 fast 300. Insgesamt ordnete das MfS im Jahr 1987 800 Personen den Skinheads zu. 1988 waren es bereit 1067 und 1989 zählte man 1129 Personen.

Die Selbstorganisierung beginnt

Das immer offenere Auftreten von Neonazis und der Angriff auf die Zionskirche bewirkte die Gründung der ersten unabhängigen Antifagruppen. Ausgangspunkt war die in der Ostberliner Zionsgemeinde beheimatete Umweltbibliothek und die Kirche von Unten (KvU), aus der ab 1989 eine arbeitsfähige Antifagruppe mit bis zu hundert Mitstreitern hervorging. Im Zeitraum zwischen Oktober 1987 und Oktober 1989 gründeten sich vier Gruppen, in Berlin, Potsdam, Dresden und Halle.

Diese wurden im wesentlichen von Punks und linken DDR-Oppositionellen initiiert. Man kannte sich, tauschte Informationen aus, traf sich gelegentlich zu Aktionen. Doch gab es praktisch keine dauerhafte Vernetzung und kein einheitliches oder koordiniertes Handeln.

Berlin:

In Berlin fand sich unmittelbar nach dem Überfall auf die Zionskirche eine Gruppe Betroffener zusammen, um eine Anti-Nazi-Liga zu gründen, jedoch kam man nie über diesen Status hinaus. Erst Ende Februar 1989 gab es innerhalb der KvU erneute Aktivitäten für die Gründung einer Antifagruppe. Auslöser waren die Vorbereitungen der internationalen Neonaziszene zum hundertsten Geburtstag von Adolf Hitler. Die Gruppe organisierte Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen, und im Juli 1989 erschien die erste Ausgabe des Antifa Info Blatt (Ost). Die Auflage von 1.500 Exemplaren war in kurzer Zeit vergriffen und musste nachgedruckt werden.

Mit Beginn des Jahres 1990 geriet die Berliner Gruppe in Auflösung. Ein Teil schloss sich der Hausbesetzerszene an, ein Teil orientierte sich in andere politische Richtungen oder zog sich ganz zurück. Im Frühsommer 1990 löste sich die Autonome Antifa Ostberlin auf. Übrig blieb ein Teil der Zeitungsredaktion, um im Juli die letzte Ausgabe des Antifa Info Blatt (Ost) herauszubringen.

Dresden:

Auch in Dresden war der Überfall auf die Zionskirche der Auslöser für die Gründung einer Antifa-Gruppe. Federführend agierte hier die anarchistisch angehauchte Oppositionsgruppe Wolfspelz. Die Aktivitäten der Gruppe waren sehr bescheiden. Es wurde ein Flugblatt gefertigt und in Dresden verteilt. Außerdem wurde eine Infoveranstaltung in verschiedenen Kirchen in Dresden durchgeführt. Sonst tauchte die »Anti-Nazi-Liga Dresden« nur noch gelegentlich auf Unterschriftenlisten auf.

→

→ **Halle:**

Der Versuch sich gegen Neonazi-Gewalt zu wehren, führte 1988 in Halle dazu, dass sich innerhalb der Hallenser Punkszene militanter Straßenwiderstand bildete, um den Neonazis Paroli zu bieten. Sie trainierten Kampfsport, bewaffneten sich und machten Jagd auf alle, die wie Neonazi-Skinheads aussahen. Sie gaben sich selbst den äußerst fragwürdigen Namen: »Skinhead-Vernichtungs-Kommandos«. Ihr Markenzeichen war eine rote Armbinde mit dem schwarzen Aufdruck SVK. Innerhalb dieser Gruppierung gab es keinerlei inhaltliche Diskussionen oder thematische Arbeit. Sie löste sich schnell wieder auf.

Potsdam:

Nach dem Überfall auf die Berliner Zionskirche kam es auch in Potsdam verstärkt zu Aktionen von Neonazis. Auch hier war es die ansässige Punksszene, die den Schritt, hin zur antifaschistischen Selbsthilfe, unternahm. Anders als zum Beispiel in Halle und Dresden, waren die Potsdamer an politischen Diskussionen interessiert und um Kontinuität bemüht. So traf man sich wöchentlich in einer kirchlichen Ausbildungsstätte und diskutierte, anfänglich diffus, über die Gründe von Faschismus und versuchten sich an einer allgemeine Systemanalyse der DDR. Die letzten Veranstaltungen der Potsdamer Antifa waren eine Demo am 9. November 1989, mit 600 Leuten und im Dezember eine Kundgebung in Berlin.

Militanter Widerstand

Immer wieder kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Neonazi-Skinheads. Im wesentlichen waren es Punks und Gruftis, die sich zunehmend ihrer Haut wehren mussten und deshalb zu militantem Widerstand bereit waren. Ab Herbst 1988 nahmen die Überfälle Potsdamer Neonazis sprunghaft zu. Meist wurde Einzelnen aufgelauert und diese verprügelt. Als Reaktion darauf kam es im Winter 1988 zu einer organisierten Gegenaktion seitens der Punkszene in Potsdam. Etwa 100 Punks überfielen eine als Neonazitreff bekannte Kneipe. Vier angetroffene Neonazis wurden teilweise brutal zusammengeschlagen, die Kneipe verwüstet. Daraufhin wurden einige Punks verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Am 6. August 1988 kam es im Ostseebad Zinnowitz/Kreis Wolgast zu einer Schlägerei zwischen Neonazi-Skinheads und Punks aus den Bezirken Berlin, Gera, Karl-Marx-Stadt und Neubrandenburg. Die circa 30 Personen bewaffneten sich mit Stöcken, indem sie die Schutzgitter der Strandkörbe demolierten. Während der Auseinandersetzung sammelten sich bis zu 300 schaulustige Urlauber an. Niemand griff ein. Erst die alarmierte Polizei beendet das Treiben. Gegen vereinzelt Festgenommene wurden später Ermittlungsverfahren beziehungsweise Ordnungsstrafverfahren eingeleitet.

In der Nacht des 7. August 1989 versammelten sich in Weimar, am Rande eines FDJ-Rockkonzerts, etwa 100 Neonazi- Skinheads. Sie skandierten ausländerfeindliche sowie neofaschistische Parolen. Gegen 23.45 Uhr überfielen sie eine Gruppe Afrikaner und Kubaner. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen, Flaschen, Gläser und Steine flogen. Nach einiger Zeit gelang es den Ausländern zu fliehen. Eine herbeigerufene zehnköpfige Polizeieinheit schritt nicht ein, sondern leitete lediglich andere Ausländer um. Nach über einer Stunde löste sich die Neonazi-Skinheadgruppe, unbehelligt von der Polizei, auf.

Am Abend des 16. August 1989 kam es auf dem Berliner Alexanderplatz zu einer Schlägerei zwischen Punks, Gruftis und Neonazi-Skinheads. Nach anfänglichen Pöbeleien griffen die Neonazis die Punks und Gruftis an, die sich gewalttätig zur Wehr setzten. Gegen 22.45 Uhr beendete ein Einsatzkommando der »Volkspolizei« die Auseinandersetzungen. Ein Neonazi wurde verhaftet.

Staatliche Repression gegen Antifa

Belege für tatsächliche Einflussnahme und Repressionen des Staates, gegen unabhängige Antifagruppen, gibt es nur wenige.

Sehr eindeutige Belege gibt es für die Antifa Potsdam. Sie geriet sehr schnell ins Fadenkreuz der Bezirksverwaltung des MfS und der Potsdamer Parteileitung. Die glaubten hier besonders clevere Provokateure ausfindig gemacht zu haben. »In diesem Zusammenhang organisierten sie Eingaben an die Synode der Evangelischen Kirche und provozieren Auseinandersetzungen mit Skinheads. Es werden Formen gefunden, die rowdyhaft-kriminell sind und Cliquencharakter tragen. Sie schüren damit ständig Auseinandersetzungen und nutzen dies erneut zur Diskreditierung der Staatsmacht aus.«[1]

Als logische Konsequenz derartiger Einschätzungen folgte ein massives Vorgehen des Potsdamer »Sicherheitsapparats« gegen die Gruppe jugendlicher Antifaschisten. Neben einer möglichst umfassenden Überwachung der Gruppe durch mindestens drei Inoffizielle Mitarbeiter, wobei einer selbst aktives Mitglied war, versuchte man



[1]

[1] Das Titelblatt der ersten Ausgabe des Antifa Info Blatt (Ost)

jede öffentlichkeitswirksame Aktion der Gruppe zu unterbinden oder zu mindestens einzuschränken.

Als die Gruppe für den 29. Juli 1989 einen Antifatag in der Potsdamer Erlöserkirchgemeinde ankündigte, setzte die Bezirksverwaltung (BV) Potsdam des MfS den gesamten Apparat in Bewegung. Die Anfahrt von Gruppen und Einzelpersonen sollte behindert werden, die Veranstaltung als ganzes konnte aber trotzdem stattfinden.

Keine zwei Monate später wurde die Absurdität des Handelns des MfS gegen die kleine Gruppe noch offenkundiger. Am 10. September 1989, dem »Internationalen Gedenktag für die Opfer des neofaschistischen Terrors und Kampftages gegen Faschismus und imperialistischen Krieg« fand auch in Potsdam, am »Mahnmal für die Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes« auf dem Platz der Einheit eine offizielle, staatlich organisierte Großkundgebung mit ca. 50.000 Teilnehmern, statt. Die Antifa Potsdam hatte geplant mit eigenen Transparenten und Schildern an dieser Veranstaltung teilzunehmen, um auf das Neonaziproblem in der DDR aufmerksam zu machen. Diese Gruppe wurde sofort von den »eingesetzten Sicherungskräfte(n) unter Kontrolle genommen«.

»Die an den Rand des Kundgebungsplatzes gedrängten Personen wurden dort durch Kundgebungsteilnehmer und gesellschaftliche Kräfte mit der Zielstellung, der Unterbindung weiterer Aktivitäten, in Gespräche verwickelt. Es wurde versucht, beschwichtigend und beruhigend auf die Jungerwachsenen einzuwirken. Daraufhin verließ gegen Ende der Kundgebung die Personengruppe den Kundgebungsort in Richtung Friedrich-Ebert-Str.«[2]

Was hier, sehr banal und harmlos dargestellt wird, beschrieb ein Potsdamer Antifa damals etwas anders: »Ich saß auf dem Boden. Es entstand ein Getümmel. Sicherheitskräfte und 'Kundgebungsteilnehmer' sprangen auf uns drauf. Ich kullerte zur Seite. Als ich aufstehen wollte, bekam ich einen Tritt in den Magen. Ich sah, wie andere mit Knüppeln geschlagen wurden. Hilferufe wurden laut. Ein großes Durcheinander, viele wurden umgestoßen, unter Tritten und Hieben wurden die Beteiligten hochgezogen und durch eine Menschenmenge vom Platz gezerrt. Es war wie ein Spießrutenlauf. Die Menschen am Rande schlugen auf uns, beschimpften uns (»Schweine«, »Macht, daß ihr wegkommt«, »Nazis«, »Verbrecher«, »Assis«, »In den Knast mit euch«, »Haut bloß ab« usw.) Ich hatte total weiche Knie und habe geweint.«[3]

In den folgenden Tagen kam es immer wieder zu Verhaftungen und stundenlangen Vernehmungen. Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Strafen angekündigt. Das MfS suchte die vermeintlichen Rädelsführer.

Kontaktaufnahme mit der FDJ – legalistische Bestrebungen in der Antifa

Das Verhältnis zur FDJ blieb zwiespältig. Einerseits sah man die Zusammenarbeit mit der FDJ als Chance, aus der eigenen Isolation auszubrechen, andererseits befürchtete man Vereinnahmung und Beeinflussung.

Tatsächlich ermöglichte die FDJ im Sommer 1989 eine Veranstaltung der Antifa in einer Potsdamer Schule. Diese blieb allerdings auch die einzige. Es war schnell klar, dass es der FDJ in erster Linie darum ging, Einfluss über die Gruppe zu erlangen und sie von Aktionen abzuhalten. Es gab zwar weiterhin Treffen. Diese blieben jedoch alles in allem unverbindlich und unkonkret.

In Berlin gab es im Sommer 1989 ebenfalls Versuche der Kontaktaufnahme. Doch die FDJ zeigte kein gesteigertes Interesse an einer Teilnahme der Antifagruppe an einem antifaschistischem Jugendmarsch. Telefonisch erging die Mitteilung, eine Teilnahme sei nicht erwünscht, denn die FDJ sei »die Jugendorganisation der DDR.« Sie sei »von Grund auf antifaschistisch und damit seien alle antifaschistischen Jugendlichen der DDR vertreten. Somit geht es nicht, dass es noch weitere antifaschistische Gruppen in der DDR gibt und diese sich vielleicht auch noch lautstark artikulieren.«

Im November 1989 versuchte der Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Kontakt zur Autonomen Antifa aufzunehmen, und für eine gemeinsame Antifaarbeit zu werben. Die Antifa lehnte dankend ab. So ändern sich die Zeiten. ■

1| HA XX, Berlin, 23. März 1989, Einschätzung aktueller Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung
2| Kreisdienststelle Potsdam 10.09.1989 Information über erfolgte Versuche der Störung der Großkundgebung anläßlich des Internationalen Gedenktages für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftages gegen Faschismus und imperialistischen Krieg in Potsdam
3| Quelle: Umweltblätter, Sept 1989 und Antifa Infoblatt Ostberlin, Nr. 2

Bibby Altona

Interview zur Hamburger Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung und ihrer AusLagerung

Bitte stellt doch kurz Eure Arbeit vor, wer Ihr seid, seit wann Ihr politisch arbeitet und welche Projekte Ihr bearbeitet?

Unsere AntiLager-Gruppe, die z.T. aus Mitgliedern des Flüchtlingsrats Hamburg besteht und mit diesem zusammenarbeitet, gibt es seit Frühjahr 2003. Anlass war ein neues Konzept der Hamburger Behörden für die Flüchtlingserstaufnahme, die sich seit 1992 auf mehreren Schiffen auf der Elbe, später dann nur noch auf der »Bibby Altona« befand.

Wir bezeichneten damals eine solche Einrichtung als Abschiebelager und versuchten dagegen ein Bündnis aufzubauen. Mit Aktionsformen wie einer satirischen »Anti-Abschiebe-Tour« und »Sonntagsspaziergängen« vor den Schiffen versuchten wir, zum einen eine breitere Öffentlichkeit, zum anderen Flüchtlinge zu erreichen. Ein Ziel war, durch regelmäßigen Kontakt von den Problemen der Flüchtlinge zu erfahren und ihnen Unterstützung anzubieten. Aber der Kontakt zu den Flüchtlingen gestaltete sich nicht nur aus sprachlichen Gründen als schwierig. Das Bündnis bröckelte, und wir entschlossen uns irgendwann als Gruppe und nicht nur bezogen auf das Flüchtlingsschiff weiter zu arbeiten. Wir nahmen an Treffen und Aktionen des No-Lager-Netzwerks teil und begannen, uns auch mit der EU-Lagerpolitik zu beschäftigen. Im Oktober 2006 bereiteten wir zusammen mit anderen norddeutschen Gruppen eine Demo zum transnationalen Migrations-Aktions-Tag in Hamburg vor. Zur Zeit diskutieren wir, wie wir einerseits den Kontakt zu den ausgelagerten Flüchtlingen, andererseits eine breitere Öffentlichkeit in Hamburg herstellen können, auch zu den Zusammenhängen der lokalen Situation mit der EU-Migrationspolitik und dem G8-Gipfel.



Im September fand ein »Verkauf«/Verlagerung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und Asylsuchende des Hamburger Flüchtlingsschiffes Bibby Altona in das Lager Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) statt. Was genau muss man sich darunter vorstellen und was wird damit bezweckt ?

Seit der Schließung der Bibby Altona müssen sich alle neu ankommenden Flüchtlinge in einer sog. Anlaufstelle im Bezirk Hamburg Nord melden und werden von dort entweder in andere Bundesländer umverteilt oder gehen in die sog. »Wohnaußenstelle« der Stadt Hamburg zur Erstunterbringung nach Horst. In der Anlaufstelle findet die Erfassung und Unterbringung nur während der ersten Tage nach der Erstmeldung statt. In dieser Zeit erfolgt dort die erkennungsdienstliche Behandlung und bei der Außenstelle des Bundesamtes für Migration in Hamburg die Aufnahme eines Asylverfahrens und die Durchführung von Anhörungen. Für die Asylsuchenden entsteht dadurch ein enormer Zeitdruck bzw. wird es für sie fast unmöglich, sich vor der Antragstellung qualifiziert beraten zu lassen. Dadurch verringern sich ihre Chancen auf ein faires Asylverfahren erheblich. Nach dem Kurzaufenthalt in der Anlaufstelle werden die Flüchtlinge dann zweimal wöchentlich in die Erstaufnahmeeinrichtung Nostorf/Horst des Landes M-V verbracht. Der extrem kurze Aufenthalt in Hamburg verhindert, dass neu ankommende Flüchtlinge Kontakte zu UnterstützerInnen, Beratungsstellen, RechtsanwältInnen und Netzwerkstrukturen aufnehmen können. Flüchtlinge sollen in Hamburg nicht Fuß fassen können. Die Auslagerung von Flüchtlingen aus Hamburg steht in direktem Zusam-

menhang mit der rigorosen Abschiebepraxis der Hamburger Ausländerbehörde und ist vom Senat politisch gewollt. Sie stellt bundesweit einen Präzedenzfall dar. Hamburg hat durch diese Kooperation mit MV erreicht, für die Unterbringung der Flüchtlinge »möglichst unattraktive Rahmenbedingungen« zu schaffen, wie es in einem Senatskonzept von 2002 formuliert wurde.

Welche Bedeutung hatte die Bibby Altona politisch und rechtlich und welchen Widerstand gab es dort?

Politisch und auch ganz persönlich für jeden Flüchtling bedeutete die Unterbringung auf einem Schiff nicht nur unzumutbare »Wohn«-Bedingungen mit räumlicher Enge, Zwangsverpflegung und allgegenwärtiger Kontrolle, sondern auch die Botschaft: »Du bist gar nicht richtig (an Land) angekommen und sollst es am besten auch gar nicht!« Rechtlich wurde die Situation noch erheblich verschärft, indem die Ausländerbehörde permanenten Zugriff auf die Flüchtlinge bekam und sich für die meisten die Verweildauer auf dem Schiff verlängerte, bei manchen bis zur Abschiebung. Widerstand gab es auf den Flüchtlingsschiffen in organisierter Form im Winter 1993/94, als ein Hungerstreik gegen die Lebensbedingungen und drohende Umverteilungen und Abschiebungen stattfand und Flüchtlinge sich eigenständig zusammenschlossen. Danach fanden nur noch kleinere Aktionen, z.B. in Zusammenarbeit mit dem »Wohnschiffprojekt«, das Kindern Angebote machte, sowie die oben erwähnten, von außen organisierten Aktionstage und Sonntagsspaziergänge statt.

Wie schätzt Ihr das neue Lager ein, welche Perspektive habt Ihr diesbezüglich nach der Verlagerung und welche die verschobenen Flüchtlinge ?

Das Lager Horst befindet sich in einer ehemaligen NVA Kaserne, fernab von jeder größeren Stadt und damit von notwendiger Infrastruktur. Das Lager fungiert seit Sommer 2005 nicht mehr nur als Erstaufnahmeeinrichtung für M-V, sondern auch als Landesgemeinschaftsunterkunft. Das bedeutet, dass dort jetzt Flüchtlinge bis zu 12 Monaten untergebracht werden können, deren Asylanträge als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt wurden, die keine Klage gegen die Ablehnung ihres Asylgesuchs eingelegt haben, die keinen regulären Aufenthaltsstatus besitzen oder denen als Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen nur vorübergehender Schutz gewährt wird.

Für die Flüchtlinge stellt die Auslagerung der Erstaufnahmeeinrichtung aus Hamburg eine wesentliche Verschlechterung ihrer Bedingungen dar. Deswegen ist es für unsere zukünftige Arbeit wichtig, in Horst mit den Hamburger Flüchtlingen in Kontakt zu treten Wir haben angefangen, regelmäßige Besuche zu machen, um Informationen über die Situation der Flüchtlinge in Horst zu erhalten und ihnen Beratungsstellen und andere Unterstützungsmöglichkeiten in Hamburg zu vermitteln.

Wie ist Eure politische Bewertung? Was ist Eure Forderung an die Linke?

Wir sind der Auffassung, dass soziale Rechte unteilbar sind und für alle Menschen gelten müssen. Politische Aktivitäten gegen Lager bedeuten deshalb für uns, einzutreten gegen Ausgrenzung, Isolation und Entrechtung – in diesem Fall von Flüchtlingen. Wir fordern die Schließung aller Lager – hier genauso wie an den EU-Außengrenzen oder sonst wo auf der Welt. Von anderen linken Gruppen wünschen wir uns, dass sie solche Positionen nicht nur in Sonntagsreden und schlauen Papieren vertreten, sondern auch praktische Solidarität mit Flüchtlingen zeigen. Im Mai/Juni 2007 soll in diesem Zusammenhang eine Karawanetour von München bis Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, die bei mehreren Lagern (wahrscheinlich auch in Horst) Station macht und mit einer Teilnahme an der Demonstration am 2. Juni und einem MigrationsAktionsTag am 4. Juni in Rostock enden soll. Für diese Aktionen wünschen sich Flüchtlinge eine Beteiligung über das übliche Spektrum hinaus, damit ihre Forderungen an eine größere Öffentlichkeit gelangen. ■







Faschismustheorien

Erklärungen des NS vorgestellt – Die Bonapartismustheorie

Dieser Artikel bildet den Auftakt zu einer Reihe, welche die wesentlichen Faschismustheorien und Erklärungsansätze über den historischen Nationalsozialismus vorstellt und einordnet. In diesem ersten Beitrag stellen wir die Bonapartismustheorie vor.

Fabian Kunow

Rund um den 8. Mai 1995, den fünfzigsten Jahrestag der totalen Kapitulation Nazi-Deutschlands, war die antifaschistische Öffentlichkeit besorgt, dass mit diesem Datum der viel geforderte »Schlussstrich« unter die deutsche NS-Vergangenheit gezogen würde.

Dieses Szenario trat allerdings nicht ein. Vielmehr beschäftigte sich die ambitionierte Öffentlichkeit weiterhin, wenn nicht sogar vermehrt mit der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945. Zeugnis legen davon das in Deutschland breit rezipierte Buch »Hitlers willige Vollstrecker« von Daniel Goldhagen, die sehr gut besuchte Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« I und II, die Diskussionen um das Holocaust-Mahnmal und eventuell andere zentrale nationale Mahnmale für die anderen NS-Opfergruppen. Zu nennen wären hier natürlich auch die weniger schönen Momente des Interesses an der deutschen Geschichte wie »der Brand« von Jörg Friedrich, der das deutsche Leid ins Zentrum rückte. Oder Guido Knopps seichte Unterhaltungssendungen wie »Hitlers Frauen« usw., welche mit leichtem Nazi-Gruselfaktor inklusive eine beachtliche Anzahl an Fernsehzuschauern nicht den Kanal wechseln lassen.

Fest steht: NS sells!

Allen diesen wissenschaftlichen oder populärwissenschaftlichen Arbeiten ist eines gemeinsam. Sie picken sich nur einzelne Aspekte der NS-

Fabian Kunow widmet sich dem Vergnügen, dem Sport und dem Studium der Sozialwissenschaften in Berlin



[1] Der Vorsitzende der KPD und spätere KPD-Dissident August Thalheimer veröffentlichte mehrere Artikel zum Theorie-Komplex »Faschismus«.

Herrschaft und der breiten Verstrickungen mit dieser heraus und dokumentieren ihre Ergebnisse einem breitem Publikum auch jenseits der Historikerzunft. Keiner der oben genannten Historiker versucht hingegen allgemeiner den Nationalsozialismus als Gesellschaftsform und seine Entstehung bzw. seine Massenbasis zu erklären oder eine universelle Faschismustheorie als Möglichkeit des Vergleichs der verschiedenen Faschismen zu entwerfen.

Dabei gibt es bekanntlich deutlich mehr als eine Faschismustheorie oder einen Erklärungsansatz des NS. In den verschiedenen Faschismustheorien spiegeln sich die unterschiedlichen politischen Standpunkte der urhebenden Wissenschaftler und ihrer Schulen wieder.

Warum jetzt?

Dabei hat die Auseinandersetzung mit einer Theorie des Faschismus – neben der Notwendigkeit des Interesses am Gegenstand an sich für jeden politisch bewussten Antifaschisten – wieder an Konjunktur zu gewinnen. Allein durch die Tatsache, dass wieder vermehrt Parallelen zwischen dem historischen Faschismus und der NS-Ideologie und aktuellen Regimes und Bewegungen gezogen werden. Gerade die aktuelle Renaissance der Kategorie Faschismus, welche nicht unbedingt aus der klassischen Linken kommt, stellt Antifaschisten vor neue theoretische Hürden. Nun gilt es zu prüfen, ob der Begriff des Faschismus/Nationalsozialismus überhaupt tauglich ist zur Kategorisierung heutiger (neuer) politischer Phänomene. Hierfür muss – oder besser gesagt müsste – jeder politisch aktive Antifaschist überhaupt erstmal ein überblickhaftes Bild von den verschiedenen relevanten Faschismustheorien/ Erklärungen des NS besitzen. Um dann den Vergleich anstellen zu können, egal, mit welchem Ergebnis dieser dann endet.

Die Bonapartismustheorie und ihre Anwendung auf den Faschismus

Als erster Schritt in diese Richtung soll hier die »Bonapartismustheorie« als Versuch einer marxistischen Faschismusdeutung vorgestellt werden. Mit Hilfe dieser versuchten u. a. der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer und der Kommunist August Thalheimer unabhängig voneinander, noch vor der Machtübernahme der Nazis in Deutschland das damals neue Phänomen der faschistischen Bewegung und ihrer Machtergreifung theoretisch zu fassen.

Der Vordenker der österreichischen Sozialdemokratie und Mitbegründer des sogenannten Austromarxismus Otto Bauer griff ebenso wie der intellektuelle KPD-Dissident August Thalheimer auf die gesellschaftsanalytischen Beobachtungen von Karl Marx in dessen Werk »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« von 1851/52 und anderer Schriften von Marx und Engels zurück.

Wann kann von bonapartistischer Herrschaft gesprochen werden?

Für eine bonapartistische Machtübernahme ist zunächst eine existente bürgerliche Gesellschaft nötig, welche sich in der politischen Sphäre durch eine Gewaltenteilung in eine Exekutive (Exekutivgewalt), eine Legislative (eigenständiges Parlament) und eine Judikative (unabhängige Justiz) auszeichnet. Als ökonomische Basis besitzt die bürgerliche Gesellschaft die Marktwirtschaft. Die politische und die soziale Macht besitzen denselben Träger, die Bourgeoisie.

Bonapartismus wird in der (marxistischen) Wissenschaft allgemein verstanden als die Ausschaltung der Legislative zu Gunsten einer starken Exekutivgewalt, womit sich das Bürgertum politisch selbst entmachtet zu Gunsten einer autoritären antidemokratischen Herrschaft, um ihre soziale Macht, in Form der Herrschaft über die Produktionsmittel, gegenüber einer starken sozialistischen Bewegung abzusichern.

Aus diesem Grund lehnt beispielsweise der Historiker Wolfgang Wippermann richtigerweise den Begriff »Bonapartismus« für die Herrschaft Bismarcks ab, da es vor seiner autoritären Herrschaft keine eigenständige parlamentarische Legislative gab, die ihre Macht zu Gunsten Bismarcks verlor.

Für die Weimarer Republik sind hingegen alle Vorausetzungen gegeben, die Machtübergabe an die NSDAP als bonapartistisch zu kennzeichnen – wenn denn so gewollt.

Marx feines Soziologenauge

In »Der 18te Brumaire des Louis Bonaparte« betreibt Karl Marx eine historische und vor allem soziologische Abhandlung der Ereignisse von 1848 – 1851 und des Beginns der despotischen Herrschaft Louis Bonapartes (Napoleon III.) in Frankreich. In seinem Text beschreibt Marx mittels des von ihm geschaffenen methodischen Zugangs, dem »historischen Materialismus«, warum sich welche gesellschaftlichen Akteure wie verhielten in dieser politischen Krisenzeit in Frankreich. Marx war dabei teilweise selbst Zeitzeuge dieser politisch sehr turbulenten, aber kurzen Zeitspanne. Marx teilt diese in drei Perioden ein – die Februarrevolution, die Periode der Konstituierung der Republik oder der konstituierenden →

Nationalversammlung und die Periode der konstitutionellen Republik und der legislativen Nationalversammlung. Diese drei aufeinander folgenden Perioden wurden abgelöst und beendet durch den »coup d` ètat« Bonapartes. Die Herrschaft Bonapartes wird im »achtzehnten Brumaire« nur zu ihrem Anfang bzw. während der Transformation in diese beleuchtet. In späteren Texten von Marx und Engels werden immer wieder Versatzstücke der Bonapartismustheorie aufgenommen und angewandt auf die Situation in anderen Nationen.

Marx entwirft im »achtzehnten Brumaire« eine Staatstheorie, welche sich klar abhebt von der im Kommunistischen Manifest getätigten Aussage, »die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisklasse verwaltet«.

Im »18ten Brumaire« hingegen wird der moderne (französische) Staat in Form seiner Exekutive als »eine ungeheure bürokratische und militärische Organisation« beschrieben, in welche alle gesellschaftlichen Interessensgruppen drängen, als ein immer größer werdender Apparat, je ausdifferenzierter das gesellschaftliche Gefüge wird. Dieser aufgeblähte Apparat entwickelt ein Eigenleben und wird selbst zum gesellschaftlichen Akteur.

Bei einem »Gleichgewicht der Klassenkräfte« kann sich der gesellschaftliche Akteur Staat von der bürgerlich-republikanisch verfassten Gesellschaft verselbständigen, um mit den Mitteln seines Gewaltapparates selbst diktatorisch zu herrschen.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik Louis Bonapartes würde heute wohl am ehesten mit dem Begriff des »Populismus« charakterisiert werden.

Anwendung der Bonapartismustheorie auf das faschistische Italien

Verschiedene sozialistische AutorInnen bemühten die Analyse von Karl Marx, welche er im »achtzehnten Brumaire« niederschrieb, in der ersten Hälfte der 1920er Jahre zur Erklärung des neuen gesellschaftlichen Phänomens »Faschismus«, welches in Italien ab 1922 an die Schalthebel der politischen Macht gelangt war.

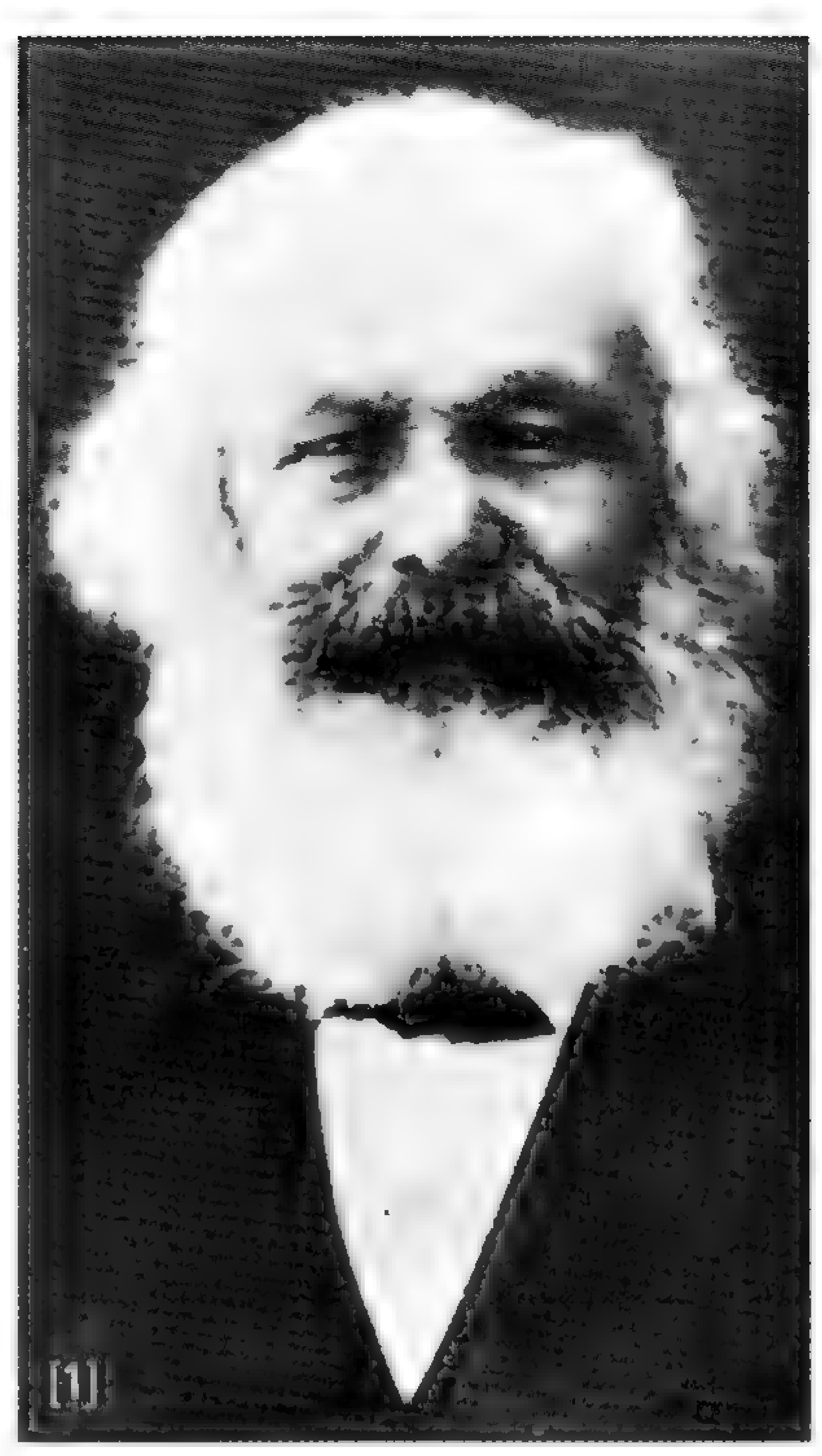
So schrieb die Sozialistin Oda Olberg schon 1923, dass es im italienischen Faschismus zu einer Verselbständigung der Exekutive gekommen sei und der Faschismus nicht nur als »Handlanger der regierenden Clique« angesehen werden könne, da er über eine eigene soziale Basis verfüge. So stelle der Sieg des italienischen Faschismus für das Bürgertum keinen Sieg da, »obwohl er eine Niederlage des Proletariats« gewesen sei.

Gerade die Überlegungen zur Verselbständigung der Exekutivgewalt fanden bei vielen sozialistischen Intellektuellen in den zwanziger Jahren Anklang.

Der meist diskutierte Aufsatz dürfte der des österreichischen Linksintellektuellen und Vordenkers und Vorsitzenden der SPÖ Otto Bauer, »das Gleichgewicht der Klassenkräfte« aus dem Jahre 1924 sein.

Bauer sah in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg in fast allen europäischen Ländern ein »Gleichgewicht der Klassenkräfte«. Die Bourgeoisie herrschte zwar noch sozial-ökonomisch, konnte ihre Macht aber nicht auch überall politisch gegen die starke Arbeiterbewegung komplett durchsetzen. Dieses Gleichgewicht, das in den einzelnen Ländern sich verschieden zusammensetzt, führe aber zu verschiedenen Zuständen in der Sphäre der Politik.

Bauer sah einige Staaten in einer Übergangsphase zu einem Arbeiterstaat, in anderen Ländern kam es zu einer Teilung oder Koalisierung der Macht zwischen den Arbeiter- und Bourgeoisieparteien. In Italien sei mit dem Faschismus »das Gegenstück des französischen Bonapartismus« an die Macht gekommen und habe »eine Diktatur über alle Klassen« errichtet.


[1]

[1] Die Bonapartismustheorie bezieht sich auf den »18ten Brumaire des Louis Bonaparte« von Karl Marx.

Die Revolution,
Eine Zeitschrift in zwanglosen Heften.
Herausgegeben von
J. Weydemeyer.
Erstes Heft.
Der 18te Brumaire des Louis Napoleon
von
Karl Marx.
New-York.
1852.

Der Aufsatz Otto Bauers besitzt eine solche Relevanz, da er nicht nur in der Sozialistischen Internationale breit diskutiert wurde. Auch war er die einzige Überlegung zur Erklärung des Faschismus auf Grundlage der Bonapartimustheorie, welche von ihrem Gegner Georgi Dimitroff namentlich erwähnt wurde. Für Dimitroff, wie für die meisten an der Sowjetunion orientierten Kommunisten, war der Faschismus bekanntlich die »offene, terroristische Diktatur der am meisten



[2] Georgi Dimitroff war erklärter Gegner der Bonapartismustheorie.

chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« (Dimitroff) und nicht die sich verselbständigende Exekutive.

Bauer änderte 12 Jahre später in seinem im Exil erschienenen Buch »Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus« teilweise seine von der Bonapartismustheorie geprägte Faschismusanalyse. Bauer wurde soziologisch und historisch genauer bei der Betrachtung des italienischen Faschismus, der damals schon weit über zehn Jahre herrschte, und des deutschen Faschismus, welcher sich inzwischen fest etabliert hatte.

Den Prozess des an die Machtkommens des italienischen, wie des deutschen Faschismus zeichnete er nach wie Karl Marx den Werdegangs Louis Bonapartes. Bauer legte im Gegensatz zu Marx im »18ten Brumaire« mehr Wert auf die prozesshafte Entwicklung der faschistischen Basis und ihrer ideologischen Versatzstücke, zum Beispiel ihres Antikapitalismus. Zudem weicht Bauer bei der Analyse des Faschismus nach dessen »Bewegungsphase« von den Überlegungen Marx' zum Bonapartismus ab. Hier kommt er der Analyse der Komintern deutlich entgegen, wenn er für den fest im Sattel sitzenden Faschismus, welcher sich teilweise seines Antikapitalismus entledigt hatte, in Deutschland nach der blutigen Beseitigung des nationalrevolutionären SA-Flügels am 30. Juni 1934, zu dem Schluss kommt: »Unter der faschistischen Diktatur üben Großkapital und Großgrundbesitz ihre Diktatur aus, indem sie sich der regierenden Kaste bedienen, die durch den Sieg des Faschismus zur Macht gelangt ist.«

August Thalheimer

Der Vorsitzende der KPD und spätere KPD-Dissident August Thalheimer veröffentlichte mehrere Artikel zum Theoriekomplex »Faschismus« in der Zeitschrift »Gegen den Strom«. Diese Zeitschrift wurde von der KPD-Abspaltung KPD-Opposition, welcher auch Thalheimer angehörte, herausgegeben. Die KP-O, von ihren Spöttern KP-Null genannt, war im Gegensatz zur KPD nicht Moskau-hörig. Ihre deutlich kleinere Basis, sie lag im Bereich einiger Tausend Mitglieder, bestand vor allem aus mit dem offiziellen KPD-Kurs unzufriedenen Intellektuellen. Sie besaß nur einige regionale Hochburgen.

Thalheimer schrieb 1930 die Artikelreihenfolge »Über den Faschismus« in der Zeitschrift »Gegen den Strom«. Gleich zu Beginn macht Thalheimer deutlich, dass um die Überlegungen und Beobachtungen von Marx zur Machtergreifung und Herrschaft Louis Bonapartes auf den italienischen Faschismus und eine potenzielle faschistische Bedrohung in anderen bürgerlichen Staaten anzuwenden, die Unterschiede zwischen Faschismus und Bonapartismus herausgearbeitet werden müssen. Faschismus und Bonapartismus seien nicht genau analog, aber beide seien verwandte Erscheinungen.

Ihre Verwandtschaft bestehe neben den gleichen Wesenmerkmalen in ihrer internationalen Dimension. Faschismus und Bonapartismus seien internationale gesellschaftsanalytische Kategorien, mit denen jeder bürgerliche Staat untersucht werden könne. Faschismus war für Thalheimer keine nationale Besonderheit. Der Faschismus sei aber nicht die »schließende Form« bürgerlicher Herrschaft, da die viel weiter entwickelten kapitalistischen Ländern wie die USA oder England keinen Faschismus ausgebildet hatten. Faschismus trete in den Ländern auf, in der die Bourgeoisie existenziell durch eine proletarische Revolution bedroht sei, so dass eine offene Form der kapitalistischen Diktatur zu deren Rettung nötig sei. Hier würden sich Bonapartismus und Faschismus treffen.

Statt als die offene Form der Diktatur der Bourgeoisie sei der Faschismus nur als eine mögliche Form zu beschreiben. Der Faschismus sei die zeitgemäße Form einer kapitalistischen Diktatur auf dem Stand der kapitalistischen Entwicklung in seiner Zeit.

Die Form der Staatsmacht unterscheide den Faschismus von anderen Formen bürgerlicher Herrschaft in seiner Epoche, genauso wie Bonapartismus sich von anderen Formen bürgerlicher Herrschaft in seiner Zeit unter- →

schied. Offene Formen bürgerlicher Diktatur kehren für Thalheimer periodisch wieder, sie sind also keine einmaligen Erscheinungen. Sie kehren wieder, wenn es zu einem bestimmten Gesamtverhältnis der Klassen kommt, dem »Gleichgewicht der Klassenkräfte«. In anderen Ländern, wo es zu keiner offenen Form bürgerlicher Diktatur kommt, sei die Bourgeoisie einfach sozial und politisch zu stark. In diesen Staaten brauche die Bourgeoisie niemanden, der für sie für Ruhe und Ordnung sorgt.

Thalheimer verglich empirisch die Wesenmerkmale, in denen sich Bonapartismus und Faschismus gleichen. Bei beiden werden politisch alle unter die diktatorische Staatsmacht unterworfen. Gleichzeitig versucht der Faschismus wie der Bonapartismus als Wohltäter aller Klassen aufzutreten, was zu Widersprüchen im Inneren führt. Der faschistische wie der bonapartistische Staat versuchen sich als Vermittler zwischen Bourgeoisie und Proletariat bei gleichzeitigem politischen Unterdrücken von beiden und sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie.

Geführt wird der Staat jeweils von einem »Emporkömmling«. Die faschistische Partei in Italien sei wie die Organisation der »Dezemberbande« Bonapartes ein Sammelbecken für Deklassierte aller Klassen. Die faschis tische Partei sei aber im Gegensatz zur »Dezemberbande« eine echte Massenbewegung. Zudem müsse der Faschismus immer einen imperialistischen Charakter haben aufgrund der Weiterentwicklung der Produktivkräfte zum Frankreich Bonapartes.

Thalheimer geht im gleichen Text auf die Situation in anderen Ländern ein. Er macht deutlich, dass nicht jede Diktatur oder Staatsstreich der Bourgeoisie bonapartistische oder faschistische Züge trage. Viel mehr wäre der Faschismus eine bestimmte Form der Staatsmacht, welche es nicht in allen Diktaturen gebe.

Er setzt sich also für eine klare, fest umrissene Faschismuskategorie ein. Dieses ist Thalheimer auch in anderen Texten wichtig. So tritt er dem unsäglichen Begriff des »Sozialfaschismus« entgegen, welchen die Moskauhörige KPD bis zu dessen Widerruf durch die Komintern 1935 für die Sozialdemokratische Partei verwendete entgegen. Er war gegen einen inflationär benutzten Faschismusbegriff, wie die KPD ihn zum Ende der Weimarer Republik gegen alle ihre politischen Gegner in Stellung brachte.

August Thalheimer war neben einem Faschismustheoretiker auch ein guter Chronist seiner Zeit, der neben dem frühen Erkennen der Gefahr, welche von der in den 1920er Jahren noch mickrigen NSDAP ausgehen könnte, auch erkannte, was für eine Gefährdung von der Stärkung des Reichspräsidenten für die Weimarer Republik ausging. Hier erkannte Thalheimer gut das prozesshafte »Verselbständigen der Exekutivgewalt«.

Die Mehrheit seiner Prognose, wie die Weimarer Republik enden würde, trat so auch ein. Er wusste durch seinen klaren Faschismusbegriff auch, was für eine Zäsur für Kommunisten und andere Sozialisten eine Herrschaft der NSDAP werden würde. Die KPD dachte hingegen, dass Hitler nur eine kurze Zwischenetappe auf dem Weg zur proletarischen Revolution unter ihrer Führung sei.

Thalheimer wie auch Dimitroff und mit ihm die Sowjetunion irrten aber mit der Annahme, dass die faschistischen Parteien an ihren eigenen inneren Widersprüchen zerbrechen würden. Der Faschismus in Deutschland wie in Italien zerbrach bekanntlich nicht, sondern hielt sich sehr gut bis zu seiner militärischen Niederlage, welche ihm von außen beigebracht werden musste.

Thalheimers Erben

Mit Thalheimers Analyse des Faschismus setzen sich ab den 1960er Jahren antifaschistische Intellektuelle aus Westdeutschland auseinander. Seine Gedanken finden sich wieder in der »Marburger Schule« Wolfgang Abendroths und seiner Schüler. Die »Marburger Schule« prägt das Faschismusbild der westdeutschen Linken und später der gesamten Antifabewegung.

Gerade die prozesshafte Entwicklung der Selbstentmachtung der bürgerlichen Demokratie hin zu einer starken Exekutive in Form des Reichspräsidenten fand in der Neuen Linken Westdeutschlands eine starke Rezeption. Sie drückte sich in der Angst vor einer »Faschisierung« der BRD aus. Der Begriff der »Faschisierung« ging einher mit einer Trennung des Faschismus in einen »Faschismus von Oben« und einen »Faschismus von Unten«. Mit »Faschismus von Unten« waren Bewegungen, Parteien, »Banden«, welche auf der Straße aktiv waren, gemeint. Als »Faschismus von Oben« galt die Etablierung einer autoritären Ordnung auf parlamentarischen Wege durch ein ständiges Stärken der Exekutive, die nicht mehr von der Gesellschaft kontrolliert würde bzw. werden könne.

Dieses führte zu einer Angst, die in jeder Verschärfung beispielsweise eines Polizeirechts einen neuen Faschismus aufziehen sah und mit dieser



alarmistischen Befürchtung agitierte, statt solche Gesetzverschärfungen an sich zu kritisieren bzw. festzustellen, dass sich gleichzeitig bestimmte gesellschaftliche Bereiche liberalisierten und zum Besseren änderten.

Kritik

Mit dem der Bonapartismus-These von Marx und ihren Anwendern auf den historischen Faschismus entnommenen Konstrukt der »Verselbständigung der Exekutivgewalt« und ihrer Kaperung durch eine Partei bzw. Bewegung konnte und kann heute noch viel über das Wesen der Herrschaft des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus erklärt werden. Die im NS herrschenden Ideologien wie der eliminatorische Antisemitismus werden leider nicht genug berücksichtigt. Hier muss aber zur Verteidigung Bauers und Thalheimers, die den Antisemitismus falscherweise nur als taktisches Ablenkungsmanöver gesehen haben, der Zeitpunkt ihrer Veröffentlichungen angeführt werden. Ihre Anwendung der Bonpartismus-Theorie erfolgte in den 1920 und 1930er Jahren. Der Vernichtungsantisemitismus als wesentlicher Teil des NS-Staatsprogramms war in dieser Form damals noch nicht absehbar.

Leicht gerät bei der bonapartistischen Lesart des historischen Faschismus aus dem Blickwinkel, dass der Faschismus und im Besonderen der NS über eine Massenbasis und Verankerung in der Bevölkerung verfügten. Selbst noch im Angesicht der absehbaren totalen militärischen Niederlage reichte die Begeisterung für das faschistische Gesellschaftsprojekt weit über den engen Kreis der Nazi-Funktionäre hinaus. Die Wahrnehmung der Deutschen als relativ funktionierende Volksgemeinschaft war nicht nur ein ideologisches Hirngespinst einiger Parteimitglieder. Der NS war einfach mehr als nur die Diktatur der »verselbständigten Exekutivgewalt«. ■

Literatur

- Bauer; Otto (1924): »Das Gleichgewicht der Klassenkräfte«. In: »Otto Bauer Werksausgabe« Band 9. (Hrsg.) Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Wien. Europaverlag. S. 55 – 71
- Bauer, Otto (1936): »Zwischen zwei Weltkriege? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus«. Bratislava. Eugen Prager
- Das Kapitel über den Faschismus ist auch im Web erhältlich: http://www.otto-bauer.net/otto_bauer_faschismus.html
- Griepenburg, Rüdiger/Tjaden, K. H. (1966): »Faschismus und Bonapartismus«. In: Das Argument 41. 5. Auflage. Berlin. Argument-Verlag. S. 461 – 473
- Gruppe Arbeiterpolitik (1973): »Der Faschismus in Deutschland. Analyse der KPD-Opposition aus den Jahren 1928 – 1933«. Europäische Verlagsanstalt. Frankfurt/Main
- Mackenbach, Werner (1995): »Bonapartismus«. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. (Hrsg.) Wolfgang Fritz Haug. Hamburg. Argument-Verlag. S. 283 – 290
- Marx, Karl (1851/52): »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«. In: MEW, Bd. 8
- Thalheimer, August (1972): »Über den Faschismus«. In: Faschismus und Kapitalismus. Theorie über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. (Hrsg.) Wolfgang Abendroth u. a. Europäische Verlagsanstalt. Frankfurt/Main. S. 19 – 39
- Wippermann, Wolfgang (1983): »Bonapartismustheorie von Marx und Engels«. Stuttgart. Klett-Cotta
- Wipperman; Wolfgang (1997): »Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von Anfängen bis Heute«. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Alles hat ein Ende...

Der unaufhaltsame Abstieg der »Republikaner«

Wenn der Parteivorsitzende der »Republikaner« (REPs) persönlich kommt, dann muss schon etwas ganz Besonderes geschehen. Ein Wahlerfolg zum Beispiel, so wie bei der sächsischen NPD im September 2004. Schließlich war Sachsen doch einmal der Vorzeigelandesverband der REPs im Osten. Doch inzwischen haben sich die früheren Aktiven in ihrer übergroßen Mehrheit entweder zurückgezogen oder sind der Erfolgsspur gefolgt und bei der NPD gelandet.

Die NPD inspiriert...

Ein einziger Kreisverband war verblieben und auch der löste sich Ende 2006 wegen Differenzen um den politischen Kurs der Partei auf. Matthias Kleminski, Kreisvorsitzender Kamenz/Hoyerswerda der Partei warf im Oktober 2006 das Handtuch und wechselte nach einer Schamfrist von einem Monat zur NPD. Wenn also der Parteivorsitzende Rolf Schlierer den Weg nach Sachsen findet, dann reicht schon eine simple Kreisverbandsgründung, um als besonderes Ereignis zu gelten. Der bis dahin völlig unbekannte Toralf Grau war beim sächsischen Landesparteitag zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt worden und machte im Mai 2006 durch die konspirative Gründung eines Kreisverbandes in Leipzig von sich reden. Man hatte von der NPD gelernt. Es wurde eine Führungsmannschaft präsentiert, die den gewünschten Eindruck einer jungen und agilen Partei vermitteln soll. Neben dem 21jährigen Abiturienten Grau steht als Stellvertreter der Jura-Student Michael Weidnitzer (22) und als Schriftführer Alexander Schmidt (17) vor. Auch hat man von der NPD gelernt, dass es medial inszenierter Skandale bedarf, um aufzufallen. Vollmundige Ankündigungen wie: »Um diesen roten Mief aus den Amtsstuben zu bringen werden wir Republikaner 2009 ordentlich aufräumen«, waren keine Mangelware. Um noch eins drauf zu setzen war öffenlichkeitswirksam Karl-Heinz Obser als Gast der Veranstaltung angekündigt worden. Obser ist stellvertretender Parteivorsitzender der DSU und Landesvorsitzender in Sachsen. Er ist einziger Stadtrat seiner Partei in Leipzig und gehört dort der CDU-Fraktion an. Den eigentlichen Skandal produzierte Alexander Schmidt in seiner Funktion als Stadtschülersprecher in Leipzig. Zwar blieb er dies nicht lange, doch die Medienaufmerksamkeit war zunächst gesichert.

Von Sachsen nach Niedersachsen

Jene, die den Sicherheits-Check im Vorfeld passiert hatten, mussten sich als Strafe eine einstündige Rede Schlierers anhören, in der er unbeirrt die Bedeutung der REPs in der Parteienlandschaft behauptete. Mathias Seifert, als Landesvorsitzender Herr über noch knapp 50 Getreue und einer der raren sächsischen REP-Kommunalpolitiker konnte weitere bundesweite Prominenz begrüßen: Den thüringischen REP-Landesjugendbeauftragten Sven Lehmann, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dirk Hacaj (Salzgitter) sowie den niedersächsischen Landesvorsitzenden Christian Perbandt. Damals jedenfalls war er es noch. Der niedersächsische Landesverband der REPs ähnelt dem sächsischen darin, dass er seine Vorsitzenden in schöner Regelmäßigkeit durch Austritt zu verlieren pflegt. Perbandt war zwar beim Landesparteitag im Februar 2007 in Hannover »mit sensationellen 90 Prozent der Stimmen« wiedergewählt worden, knapp vor dem Landesparteisekretär Björn Tute, der es auf 88 Prozent brachte. Inzwischen haben beide der Partei den Rücken gekehrt. Perbandt erklärte: »Ein Eintreten für die Ziele unserer Partei ist unter dem jetzigen Bundespräsidium zwecklos!« Damit haben die niedersächsischen REPs nicht nur ihre Spitzenfunktionäre verloren, sondern



[1] Dem Parteivorsitzenden der »Republikaner« Rolf Schlierer laufen zunehmend die Mitglieder davon.



auch zwei der Listenkandidaten für die Landtagswahl 2008. Solidarität mit Perbrandt gab es aus dem linientreuen Landesverband Sachsen, der Landesvorsitzende Seifert erklärte: »Leider hat es der Bundesvorstand nicht verstanden, daß es immer solche ehrlichen und aufrichtigen Menschen, wie Herr Perbandt waren, die die Partei am Leben erhalten haben. Es scheint so, als wäre Geradlinigkeit und Offenheit und damit verbunden auch manchmal eine Meinungsverschiedenheit nicht erwünscht. Sollen wir denn alle wie stumpfe 'Parteisoldaten' hinter dem Bundesvorstand hertrotten und nicht einmal unsere eigene Meinung äußern dürfen?...« Die Frage ist wohl mit »ja« zu beantworten – weder Perbandts Austrittserklärung noch Seiferts Kommentar finden sich mehr auf seiner Internetseite.

Beschleunigter Verfall

Damit ist das eingetreten, was als Folge des Bundesparteitages im Dezember 2006 in Höchstadt vorausgesagt wurde: Ein beschleunigter Verfall der REPs unter Schlierer. Fast symptomatisch erscheint es, dass der Beitrag »Entstehung und Entwicklung der Partei« auf der Homepage der REPs im Jahr 1997 endet. Am Schluss des Beitrages heißt es: »Zusätzlich wird der Wandel von der Protest- zur Parlamentspartei durch die sachlich notwendig gewesene Schaffung von Nebenstrukturen (Republikanische Jugend, Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten, Republikanischer Bund der Frauen) offenbar.« Das klingt wie bitterer Hohn, wenn man den heutigen Zustand der einstmals stärksten Partei der extremen Rechten in der Bundesrepublik betrachtet. Nicht nur die genannten Nebenstrukturen sind faktisch tot, sondern auch ein großer Teil der Landesverbände – besonders im Norden und Osten. Zur Bundestagswahl 2005 konnten die REPs nur noch in neun von 16 Bundesländern die notwendigen Unterstützungsunterschriften beibringen. Der Sieg Schlierers über seinen Kontrahenten beim Kampf um den Bundesvorsitz, den Düsseldorfer Rechtsanwalt Björn Clemens, hat sich als Pyrrhus-Sieg entpuppt. Der Berliner Landesverband hatte den ungeliebten damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden zu seinem Spitzenkandidaten gekürt. Nach seiner Wahlniederlage in Berlin schob ihm die Gruppe um Schlierer und die stellvertretenden Parteivorsitzenden Ursula Winkelsett (NRW) und Johann Gärtner (Bayern) die Alleinschuld für das Ergebnis zu. Die Klagen der Berliner »Parteifreunde«, die Bundesführung habe sie im Wahlkampf schmählich im Stich gelassen, verhallten ungehört, denn die Bundesführung empfand die Berliner REPs als zu NPD-nah. Nach dem langjährigen Berliner Landesvorsitzenden Dr. Konrad Voigt verließ auch sein Nachfolger Peter Warnst die Partei, ihm folgte Tibor Haraszti. Nachdem beim Landesparteitag im Februar 2007 mangels williger Kandidaten kein Landesvorstand mehr gewählt werden konnte und nur noch vier von dreizehn bisherigen Vorstandsmitgliedern verblieben, erklärte auch er seinen Parteiaustritt und kündigte für März 2007 seinen Beitritt zur NPD an. Einen ähnlichen Weg ist der Landesvorstand Sachsen-Anhalt gegangen. Auch dieser hat fast geschlossen die Partei verlassen und der bisherige Landesvorsitzende Peter Walde und einige andere Funktionäre sind der NPD beigetreten. Im Stammland von Björn Clemens, in NRW, erfolgt der Sog in eine andere Richtung. Die »Bürgerbewegung« Pro Köln hatte sich – zunächst nur auf dem Papier – zur Bewegung Pro Deutschland erweitert. Nachdem zunächst nur vereinzelte Rechte dem Ruf der ehemaligen Republikaner Markus Beisicht und Manfred Rouhs gefolgt waren, ist inzwischen tatsächlich eine Miniaturbewegung entstanden. In einigen Städten wie Bottrop und Gelsenkirchen bildeten sich Ableger. Daraus entstand im Februar 2007 »Pro NRW«. Versammlungsleiter war Clemens, der nach seiner Niederlage eine neue politische Heimat sucht. Ob diese tatsächlich bei »Pro Deutschland« liegen wird oder anderswo, ist noch nicht auszumachen. War eine Faschingsveranstaltung der NPD, bei der Clemens einen Auftritt als »Satiriker« hatte, noch relativ unverfänglich, so ist eine andere Verbindung zur NPD schon deutlicher: Zur Durchsetzung des NPD-Landesparteitages im sächsischen Pirna war er erfolgreich als Anwalt tätig.

Und die REPs? Alles hat ein Ende. Es ist nur die Frage, wie lange das Koma andauert. ■

Ein »BüSo-Eurasien«

Die »Bürgerrechtsbewegung Solidarität«

Bemerkenswerte Bündnisse ortet Helga Zepp-LaRouche: Die »Financial Times und die auf der Straße auftretenden gewalttätigen Schlägertrupps der sogenannten Anti-Fa und Anti-Deutschen«, schreibt die Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo), seien sich »einig, daß Angriffe auf die Hedgefonds antisemitisch seien«.

[1] Helga Zepp-LaRouche hält Antifaschistinnen für Fußsoldaten oligarchischer Finanzinteressen.

Ein Kolumnist der Financial Times hat gerade festgestellt, dass viele der in Deutschland als »Heuschrecken« beschimpften Hedgefonds jüdische Namen tragen; zudem haben Linke vor einem strukturellen Antisemitismus gewarnt, der sich in der verkürzten Kapitalismuskritik der »Heuschrecken«-Debatte äußert.

Des Übels Kern

Also »sind die Anti-Fa und Anti-Deutschen-Gruppen nichts weiter als die Fußsoldaten derselben oligarchischen Finanzinteressen«, folgert Helga Zepp-LaRouche und nennt beim Namen, was sie für die eigentliche Gefahr hält: »Der Paradigmenwandel, den die anglo-holländische Finanzoligarchie seit etwa Mitte der 60er Jahre in Gang gesetzt hat (...), hat die Welt in eine Systemkrise gestürzt, deren Endphase nun begonnen hat.« Die »anglo-holländische Finanzoligarchie«, wahlweise auch »anglo-amerikanische«, »globalisierte« oder einfach »internationale Finanzoligarchie« genannt: Das ist der Hauptfeind, den die BüSo seit ihrer Gründung im Jahr 1992 anprangert. Die Partei, die angibt, über rund 1.500 Mitglieder in neun Landesverbänden zu verfügen, folgt damit ihrem großen Idol, dem US-amerikanischen Polit-Aktivisten Lyndon Hermyle LaRouche. LaRouche, in den 1950er und 1960er Jahren in trotzkistischen Splittergruppen aktiv, fühlt sich schon lange dem Roosevelt'schen New Deal verbunden und wettert gegen Neoliberalismus und Börsenspekulation. Die deutschen Ableger seines internationalen Organisationsnetzes sind ihm darin schon immer gefolgt, auch die BüSo, die nach mehreren Vorläuferparteien (Europäische Arbeiter-Partei, Patrioten für Deutschland) von Lyndons Ehefrau Helga Zepp-LaRouche gegründet wurde. Mit sehr relativem Erfolg: Bei Wahlen erhält sie regelmäßig Werte um 0,1 Prozent. Das »Internationale Finanzkapital« ist nach Ansicht LaRouches und der BüSo der Kern allen Übels. »Täglich werden weltweit an den Finanzmärkten etwa 5 Billionen DM (!) umgesetzt«, heißt es in der aktuellen Programmatik der Partei. »Aber nicht einmal 1 Prozent davon betrifft die Realwirtschaft: Handel und Güteraustausch. Der Rest ist reine Spekulation«. Die »spekulativen Finanzblasen«, liest man in der LaRouche-Zeitung »Neue Solidarität«, blähen sich auf und platzen früher oder später; Kursstürze führen zu Wirtschaftseinbrüchen. Das kann eine Kettenreaktion auslösen, regelrechte »Schockwellen«, heißt es weiter: »Die Kettenreaktion wird sich fortsetzen, bis das gesamte Finanzsystem am Boden liegt«. Schon oft haben LaRouche und die BüSo einen solchen Zusammenbruch der Börsen vorausgesagt, zuletzt Anfang des Jahres. Da warnte der Vordenker der »Bürgerbewegung« – das berichtete die »Neue Solidarität« –, »man dürfe nicht zulassen, daß der Dollar abstürze, da es sonst zum völligen Zusammenbruch der Finanzwirtschaft, des Welthandels und der Produktion käme – und damit zu einer Krise der Zivilisation wie im 14. Jahrhundert«.

Antisemitische Denkmuster?

Dass die BüSo ihre Kapitalismuskritik auf Kritik am »internationalen Finanzkapital« beschränkt, hat ihr immer wieder den Vorwurf eingetragen, antisemitische Denkmuster zu befördern. Schließlich wurde das angeblich zu bekämpfende »internationale Finanzkapital« immer wieder von Antisemiten mit dem Judentum in eins gesetzt, und das geschieht in ungebrochener Kontinuität bis in die Gegenwart. Äußerungen der heutigen



[1] Der US-Politaktivist Lyndon LaRouche ist Vorbild und Idol der »Bürgerrechtsbewegung Solidarität«.

BüSo-Vorsitzenden vom Januar 1979 haben nicht wirklich dazu beigetragen, den Antisemitismus-Vorwurf zu entkräften. »Während in den USA niemand auch nur die geringsten Illusionen über die Macht der zionistischen Lobby hegt, ist der Einfluß einer verdeckter operierenden zionistischen Lobby in der Bundesrepublik bisher nur wenigen eingeweihten politischen Persönlichkeiten bekannt, nicht aber der breiten Bevölkerung«, erklärte Helga Zepp-LaRouche damals und schloss mit Blick auf die Fernsehserie »Holocaust« die Forderung an: »Und deshalb müssen wir den scheinheiligen Holocaust-Schwindel zum Anlaß nehmen, um diese ausländischen Agenten auffliegen zu lassen.« Opfer ausländischer Finanzkreise ist die Bundesrepublik nach Ansicht der BüSo-Vorsitzenden auch heute. »Deutschland ist zur Zeit Zielscheibe einer beispiellosen feindlichen Übernahme durch Hedgefonds und sogenannte Beteiligungsgesellschaften, die seit Monaten alles aufkaufen, was nicht niet- und nagelfest ist«, behauptete Helga Zepp-LaRouche im Februar in der »Neuen Solidarität«. Wer nicht willentlich die Augen verschließt, kann es besser wissen. Tatsächlich kommt es in der Bundesrepublik genauso wie in anderen Staaten weltweit nicht selten zu Übernahmen durch ausländische Firmen, die grundlegende Lebensbedürfnisse wie Wohnung oder Wasser betreffen und eine angemessene und bezahlbare Versorgung der Bevölkerung in Frage stellen. An der Spitze der europäischen Aufkäufer ausländischer Unternehmen stehen jedoch keineswegs britische oder niederländische Konzerne: Deutsche Firmen führten im vergangenen Jahr die Liste an.

BüSo-Eurasien

Auch bei den geostrategischen Überlegungen der BüSo steht Deutschland im Mittelpunkt. LaRouche und die Partei lehren, es gebe in Europa ein »produktives Dreieck«, dessen Eckpunkte Berlin, Paris und Wien bilden. Von Berlin aus, heißt es, soll Asien logistisch erschlossen werden: mit dem Aufbau sogenannter Entwicklungskorridore nach Osteuropa und weiter nach Ostasien. »Transrapid-Strecken sollten im großen Maßstab (Paris – Wladiwostok) gebaut werden«, fordert die BüSo und plädiert damit für den Zusammenschluss der riesigen asiatischen Territorien mit Europa. Ein gigantischer Kontinentalblock wäre das Ergebnis, der den deutschen Eliten das erlauben würde, was sie schon immer vergeblich erstrebten: Mit guter Aussicht auf Erfolg gegen die Vereinigten Staaten zu konkurrieren. Antiamerikanische Kräfte finden an solcherlei Planungen durchaus Gefallen, deutsche Antiamerikaner zumal, da Berlin der BüSo als Zentrum der eurasischen Landmasse gilt. Ein BüSo-Eurasien würde, daran kann kein Zweifel bestehen, ein atomar ausgestattetes Gebilde sein. »Kernkraft statt Windräder« lautet eine der penetrant wiederholten Forderungen der Partei. Der »Ausstieg aus der Subventionierung der unrentablen Wind- und Solarenergie« steht als erstes auf ihrem Programm, es folgt der »Wiedereinstieg in die Kernenergie«. Den »Bau des inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors« sieht die LaRouche-Bewegung vor und verlangt außerdem »mehr Mittel für die Kernfusion und den ITER-Forschungsreaktor«. Wer sich dadurch etwa beunruhigt fühlen sollte, kann jederzeit von einem weiteren Element der BüSo-Programmatik Gebrauch machen: Von der »Renaissance der klassischen Kultur«. »Wenn wir die Ideen von großen Menschen wie Platon, Nikolaus von Kues, Leibniz, Mendelssohn, Schiller, Humboldt, Bach, Mozart, Beethoven, Gauß, Riemann und Cantor wieder lebendig werden lassen, können wir wieder zum Volk der Dichter und Denker werden«, verspricht die Partei.

Ausblick

Ein riesiges eurasisches Reich, gegen die angloamerikanische Welt konkurrierend und durch Technologieglauben und Atomkraft stark geprägt: Darauf laufen die Pläne der BüSo hinaus. Eine friedliche Zukunft verspricht ein solches Rivalitätsgebaren gegenüber Washington nicht. Zudem ist die verkürzte Kapitalismuskritik der LaRouche-Partei für strukturellen Antisemitismus zumindest offen und lässt Anschlussfähigkeit nach rechts befürchten. Man wird gut daran tun, die Organisation ein wenig im Blick zu behalten. ■

Einer für Alle !?

Warum saß der Berliner Antifaschist Matthias Z. in Haft?

Dem Berliner Antifaschisten Matthias Z., von FreundInnen und KollegInnen »Matti« genannt, war vorgeworfen worden, an einer Auseinandersetzung mit zwei Neonazis in Berlin-Lichtenberg beteiligt gewesen zu sein. Die Neonazis wurden dabei leicht verletzt. Wegen »versuchten Totschlags« wurde er fast 2 Wochen später verhaftet und saß 101 Tage in Untersuchungshaft. Polizei und Justiz setzten alles an eine harte Verurteilung, ihm drohten mehrere Jahre Haft.



Was ist passiert?

Am 29. November 2006 wurden die zwei stadtbekannten Neonazis und Anti-Antifa-Aktivisten Stefanie Piehl und Sebastian Zehlecke nach eigener Aussage von drei dunkel gekleideten und maskierten Personen im Berliner Bahnhof Lichtenberg angegriffen und leicht verletzt. Das Boulevard-Blatt Berliner Kurier erörterte nicht ohne dezente Häme: »Auszuteilen sind sie ja gewohnt. Aber diese Angst am eigenen Leib zu spüren? Mal selbst Opfer sein?«.[1] In der Berliner Zeitung war zu lesen: Die unbekannten Täter hätten »ohne viele Worte zu machen« zugeschlagen und bei dem Angriff ihren Opfern nichts geraubt. »Daher schließen wir nicht aus, dass die Täter aus dem linken Spektrum kommen«, so ein Polizeisprecher. Kaum waren die Neonazis aus dem Krankenhaus mit ein paar Pflastern und Kopfschmerztabletten entlassen worden, da tippte das Berliner Landeskriminalamt (LKA) schon an ihrer ersten reißerischen Presseerklärung.

No-Go-Area Lichtenberg

Der Lichtenberger Weitlingkiez gilt aus gutem Grund als Problemfall: Neonazis begreifen den Stadtteil als ihr Gebiet. Immer wieder kommt es dort zu gewalttätigen Übergriffen von Neonazis auf Migranten und politische Gegner.[2] Mitte Oktober 2006 lauerten vermummte und mit Schlagwerkzeugen bewaffnete Neonazis einem alternativen Jugendlichen vor seiner Schule am Nöldnerplatz auf und fügten ihm schwere Verletzungen zu. Obwohl Zeugen das Nummernschild des Fluchtautos der Neonazis notierten, verliefen die Ermittlungen im Sande. Durch die Polizei wird der Überfall gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen. Seitdem verschiedene antifaschistische und zivilgesellschaftliche Initiativen im letzten Jahr eine gemeinsame Kampagne gegen die Neonazi-Hegemonie starteten, befürchtet das LKA eine gewaltsame Eskalation zwischen AntifaschistInnen und Neonazis. Es wird gar von einer »Gewaltspirale« schwadroniert, für die sich keine realen Belege finden. Vielmehr wird so unterstellt, dass erst eine erfolgreiche Intervention von AntifaschistInnen die No-Go-Area Lichtenberg zu einem gefährlichen Ort machen würde. Ganz so, als ob die Gewaltexzesse der Neonazis gegen MigrantInnen, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle und Linke dort erst mit der antifaschistischen Kampagne begonnen hätten und diejenigen, die Neonazigewalt verhindern wollen, für diese verantwortlich seien. Diese eigentümliche These vom »drohenden Krieg der Extremisten« kann getrost als politische Propaganda gewertet werden, da Teile des LKA seit Jahren eine nahezu private Feindschaft gegen einzelne Antifa-Aktivisten pflegen.

Schlechte Mischung: Anti-Antifa und Polizei

Kurz nach dem Vorfall meldeten sich die Neonazis mit einem privaten Anti-Antifa-Foto beim LKA und meinten, dass der darauf abgebildete Matthias Z. einer der Angreifer gewesen sei. Sie würden ihn von diversen De-

monstrationen und Kundgebungen her kennen. Das Verhältnis sei so intim, dass sie ihren politischen Gegner während der Auseinandersetzung auch vermummt identifiziert hätten. Darüber hinaus behaupteten die Neonazis auf ihrer Internetseite, dass die Angreifer den Satz »Nazischweine, wir bringen euch um« gerufen hätten. Die Ermittler vom Staatsschutz liefen zu Hochform auf, observierten, überwachten Handys und durchsuchten Matthias Z.'s Wohnung wegen »versuchten Totschlags«. Hätte sich das ganze ohne politischen Hintergrund auf dem Pausenhof der legendären Rütlischule oder dem Parkplatz irgendeiner Bowlingbahn im Berliner Plattenbauviertel Marzahn abgespielt, wäre sicherlich kein LKA-Beamter auf die Idee gekommen, einen versuchten Totschlag zu unterstellen. Auch wenn davon auszugehen ist, dass alle Beteiligten wissen, dass niemand versucht hat, die zwei Neonazis in Lichtenberg zu erschlagen, zeigten sich die Ermittlungsbehörden als willige Unterstützer des wackligen Staatsschutzkonstrukts. Die eigentlich vorgesehene Kontrollfunktion der Justiz gegenüber der Polizei wurde hier mit einem augenzwinkernden Einverständnis darüber, dass es angesichts der angespannten Situation in Lichtenberg mit einem »Antifa-Aktivisten« wohl keinen Falschen träfe, außer Kraft gesetzt. Erst vor der Schwurgerichtskammer am Landgericht wurde Mitte März der Vorwurf in den der »gefährlichen Körperverletzung« abgeschwächt.

Antifa = Totschläger?

Neben den immensen strafrechtlichen Konsequenzen wirkt der Tatvorwurf auf der politischen Seite als eine Denunziation des Charakters des Beschuldigten und der Bewegung zu der er gehört. Totschläger schlagen andere Menschen tot – solche Leute sind aus guten Gründen unbeliebt. Mit dem Tatvorwurf sollte nicht nur jede Form von Solidarisierung erschwert, sondern auch der moralische Vorschuss, den die antifaschistische Bewegung aufgrund der Legitimität ihres Anliegens genießt, angegriffen werden. Mit der grundfalschen Gleichung »Linksextremisten gleich Rechtsextremisten« wird »die Antifa« als extremistische Bande potentieller Totschläger dargestellt. Es ist Unsinn hier aufzuführen, warum das Totschlagen von anderen Menschen, und seien sie noch so widerwärtig, indiskutabel ist und mit gutem Grund – schon aus dem eigenen emanzipatorischen Selbstverständnis heraus – nicht zur Praxis der antifaschistischen Bewegung gehört. Schaut man in das Jahr 2006 zurück, so findet sich in Potsdam ein Vorläufer des Szenarios: Vier junge AntifaschistInnen wurden nach einer Auseinandersetzung mit Neonazis wegen versuchten Mordes angeklagt. Auch hier war der betroffene Neonazi mit einer Platzwunde in keinster Weise reell im Leben bedroht. Das Landgericht Potsdam verurteilte die Hauptangeklagte Julia S. nach mehr als fünf Monaten Untersuchungshaft schließlich zu einer Bewährungsstrafe wegen einfacher Körperverletzung. Die eigentliche Bestrafung wurde also noch vor Prozessbeginn mittels der dünn begründeten Untersuchungshaft vollstreckt. So wird nach dem Motto: »Bestrafe einen und erziehe Hundert« an einem Einzelnen ein Exempel statuiert. Recht unverblümt wurde bei der Verhängung der Untersuchungshaft gegen Matthias Z. von generalpräventiven Gründen gesprochen, ferner sei solchen Straftaten generell mit unbedingten Freiheitsstrafen zu begegnen.

Fazit:

Die Situation war nicht nur für Matthias Z. deprimierend, sondern ein handfester politischer und juristischer Skandal. Matthias Z. saß in Untersuchungshaft, weil zwei Neonazis offensichtlich darauf hoffen, so einen politischen Gegner unschädlich zu machen und weil polizeilicherseits versucht wird, die Antifa als Ganzes zu kriminalisieren. Dass dafür ein Unschuldiger womöglich für Jahre hinter Gefängnismauern verschwindet, geriet dabei zur Nebensache. Das gezielte Anzeigen von bekannten AntifaschistInnen ist eine in der Neonaziszene oft und gern benutzte Methode, um an Informationen zu gelangen und die Betroffenen unter Druck zu setzen.[3] Pikant ist, dass Matthias Z. selbst Zeuge in einem Verfahren gegen Zehlecke ist, der im Mai 2006 einen PDS-Stand in Lichtenberg angegriffen haben soll. Der Umstand, dass ein bekannter Antifaschist und Gewerkschafter einzig aufgrund der Denunziation zweier bekannter Neonazis im Gefängnis landet (mehr Beweise oder Indizien gab es trotz intensivster LKA-Ermittlungen nicht), empörte nicht nur die Antifaszene. Die Gewerkschaft ver.di forderte die Freilassung ihres Mitglieds und neben Politikern des Berliner Abgeordnetenhauses unterstützten auch Abgeordnete des Bundestags diese Forderung. Eine umfangreiche Öffentlichkeits- und Unterstützungsarbeit – die von Veranstaltungen, Konzerten und Kundgebungen bis zu einer Matti-»Myspace«-Seite reicht – versucht die politische Dimension der Anklage zu verdeutlichen. Benedikt Lux, Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus, bilanzierte recht klar: »Das jetzige Vorgehen der Ermittlungsbehörden ist eine Einladung an alle Neonazis, mit ihren privaten Fotoalben vorbeizukommen und eine Aussage zu machen. Dann sitzen bald alle aktiven Linken, die auf Demonstrationen abgefilmt und fotografiert werden, in Untersuchungshaft. Wenn die Staatsanwaltschaft keine weiteren Erkenntnisse hat, muss sie die sofortige Freilassung von Matti Z. prüfen. Sonst macht sie sich zum Büttel übler Zeitgenossen.« ■

[1] »No-go-Area« Weitlingkiez: Neonazis bedrohen BesucherInnen eines antifaschistischen Konzertes unter anderem mit Holzlatten.

1| Berliner Kurier, Nazis ins Krankenhaus geprügelt, 1. Dezember 2006.
2| Siehe AIB72
3| Siehe AIB 74

Mehr Informationen:
www.freiheitfuermatti.com
Kontakt:
info@freiheitfuermatti.com

Matthias Z. ist auf finanzielle Unterstützung angewiesen:

Spendenkonto:
Rote Hilfe Berlin
Kontonr. 7189590600
BLZ 10020000
Stichwort: 12.12.2006

Lachen erlaubt?

Über das komische Potenzial der Nazis

Die Diskussion der Frage, ob man über Hitler lachen dürfe, mutet reichlich seltsam an. Nicht nur, dass die Berechtigung einer komischen Auseinandersetzung mit Hitler kaum in Zweifel gezogen wird. Nein, das Lachen über Hitler hat im Kino auch eine lange und vielseitige Tradition vorzuweisen.

Eckart Schörle

Eckart Schörle ist Lachforscher und Historiker. Er lebt in Erfurt.



Schon während des Nationalsozialismus versuchten Regisseure, Hitler mit dem Mittel der Komik zu bekämpfen. Am bekanntesten sind sicherlich die Filme »Der große Diktator« von Charles Chaplin (USA 1940) und »Sein oder Nicht-Sein« von Ernst Lubitsch (USA 1942). Auch in Comicstrips aus dem Hause Disney machten sich prominente Figuren wie Donald Duck und Mickey Mouse über Hitler und die Nazis lustig. Damit sollte nicht zuletzt die amerikanische Bevölkerung für den Kampf gegen das faschistische Deutschland mobilisiert werden.

Bedenken gegen Hitler-Satiren

Der komische Umgang mit Hitler war jedoch von Anfang an umstritten. Besonders nachdem das ganze Aus-

maß des Holocaust bekannt geworden war, stellte sich die Frage, ob eine Komödie diese Verbrechen angemessen erfassen könne. Chaplin bemerkte später in seiner Autobiografie: »Hätte ich etwas von den Schrecken in den deutschen Konzentrationslagern gewußt, ich hätte mich über den mörderischen Wahnsinn der Nazis nicht lustig machen können.« Chaplin drehte seinen Film noch bevor die deutschen Todesfabriken ihre »Arbeit« aufgenommen hatten.

Deutliche Kritik an Chaplins Film übte Theodor W. Adorno: »Auch der 'Große Diktator' verliert die satirische Kraft und frevelt in der Szene, wo ein jüdisches Mädchen SA-Männern der Reihe nach eine Pfanne auf den Kopf haut, ohne daß es in Stücke zerrissen würde.« Adorno war der Ansicht, dass das »äußerste Entsetzen« neben dem Spaß sichtbar bleiben müsse und dass die politische Realität nicht verharmlost werden dürfe. Tatsächlich besteht genau in dieser Ausbalancierung von Komik und Schrecken die besondere Herausforderung.

Die Unfähigkeit zu lachen

Auch das deutsche Kinopublikum der Nachkriegszeit konnte über den »Großen Diktator« zunächst nicht lachen. Bevor Chaplin von den Nazis systematisch diffamiert worden war, gehörten seine Filme zu den Publikumsmagneten in Deutschland. Als man den »Großen Diktator« im Sommer 1946 einem kleinen Testpublikum vorführte, erlosch das Lachen im Kinosaal bald. Begeistert wurde dagegen Chaplins Film »Goldrausch« aufgenommen, der im Herbst 1946 in die Kinos kam.

Der »Große Diktator« wurde in Deutschland erst 1958 offiziell präsentiert. Dazu passt übrigens auch, dass man die Verspottung der Nazis in »Casablanca« (USA 1942) einem deutschen Publikum lange Zeit nicht zumuten wollte. Bis 1975 war in Deutschland nur eine stark gekürzte und der historischen Hintergründe entledigte Fassung zu sehen.

Alexander und Margarete Mitscherlich haben den Zustand der deutschen Nachkriegsgesellschaft auf einen Begriff gebracht, nämlich die »Unfähigkeit zu trauern«. Die Deutschen, so die These, hätten den Verlust des geliebten Führers nicht überwunden. Es ist nur ein kleiner Schritt, wenn man diese These um eine »Unfähigkeit zu lachen« ergänzt. Diejenigen, die Hitler wenige Jahre zuvor noch zugejubelt hatten, hätten nun über sich selbst lachen müssen.

Auch spätere Filme, die die Nazis der Lächerlichkeit preisgaben, hatten es in Deutschland schwer. Mel Brooks schriller Film »The Producers« (1967) ließ sich in keine deutsche Vergangenheitsaufarbeitungserzählung einbinden und wurde hier lange Zeit gar nicht wahrgenommen.

Während die Zeitzeugen und die Nachfolgegeneration eine deutliche Skepsis gegenüber den Komödien über die Nazis verlauten ließen, scheint die dritte und vierte Generation nun einen anderen, distanzierten Umgang mit dem Nationalsozialismus zu kultivieren. Dieser erlaubt mittlerweile einen respektlosen Umgang mit Hitler und seiner Gefolgschaft, zeichnet sich aber auch dadurch aus, dass die Wahrnehmung der historischen Realität, die Schilderung der konkreten Taten und Verantwortlichkeiten sowie die Frage nach den Ursachen in den Hintergrund rücken.

Dani Levys »Mein Führer«

Der Anfang 2007 in die Kinos gekommene Film »Mein Führer« von Dani Levy reiht sich also in eine lange Filmtradition ein. Sein Film stellt keine einfache Abbildung der historischen Ereignisse dar, sondern reflektiert die mediale Repräsentation und Thematisierung des Nationalsozialismus in der Gegenwart.

Ähnlich wie Walter Moers mit seinem Comic »Der Bonker« setzt sich Levy mit pathetischen Einfühlungsfilmen wie dem »Untergang« kritisch auseinander. Während hier und in den diversen Dokumentationen die vermeintliche Größe und Faszination Hitlers im Vordergrund steht, will Levy den »Führer« demontieren. So verspricht er denn auch im Untertitel die »wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler«. Der Regisseur macht nicht nur den Inszenierungscharakter der NS-Propaganda deutlich, sondern auch den seines eigenen Films.

Überraschend ist allerdings, dass Levy eine individualpsychologische Erklärung aus der Mottenkiste holt, die den Faschismus darauf zurückführt, dass Hitler in seiner Kindheit vom Vater geschlagen und schlecht behandelt wurde. Die Deutung geht auf eine Arbeit von Alice Miller aus dem Jahre 1980 zurück. So richtig diese Perspektive im Detail auch sein mag, so wenig kann sie die große Begeisterung der Deutschen für die nationalsozialistischen Ideen und Ziele erklären. Würde eine solche Auffassung nicht auch bedeuten, dass wir uns heute besser nicht über die Nazis lustig machen sollten, weil die Folgen dieser Schmähungen und Demütigungen nicht absehbar sind? (Solche Bedenken wurden übrigens in Hollywood geäußert, als Chaplin seinen »Großen Diktator« drehte. Ein verärgerter Adolf Hitler, so die Befürchtung, könne vielleicht die Situation der in Deutschland lebenden Juden noch verschlimmern.)

Dani Levy setzt an einigen Stellen seines Films durchaus neue und wichtige Akzente. Dem immer noch verbreiteten Klischee, die Juden hätten sich wie Opfer zur Schlachtbank führen lassen, begegnet Levy nicht mit langatmigen Erklärungen, sondern wischt es mit einem kurzen Faustschlag in Hitlers Gesicht beiseite. Gut getroffen wird auch das System der polykratischen Herrschaft, indem die Widersprüche der NS-Ideologie und die entsprechenden Konflikte in der →



NS-Führungsebene karikiert werden. An vielen Stellen wirkt der Film »Mein Führer« aber bemüht. Der Regisseur will mit der komischen Hitler-Figur nicht die Folgen seiner Taten verharmlosen. Die Perspektive der Opfer soll sichtbar bleiben. Levy versucht daher, neben den komischen Szenen auch die ständige Bedrohung sichtbar zu machen. Häufig wechseln sich komische und ernste Szenen ab, nur selten gelingt es ihm jedoch, beides in einer Szene zu vereinen.

Chancen und Grenzen des Gelächters

Die Herausforderung besteht darin, die in Hitler und den Seinen bzw. die in der NS-Ideologie angelegte Komik freizulegen und zuzuspitzen. Die Wahrnehmung dieser Komik sollte zu einem erkennenden Lachen führen. Eine Darstellung, die mit billigen Slapstick-Szenen Lacher erntet, wird zum reinen Klamauk. Wenn Hitler nur noch beliebige Folie einer Lachnummer ist, scheinen Bedenken gegen die Hitler-Spaß-Offensive durchaus angebracht. Was – könnte man sich fragen – ist damit gewonnen, wenn Thomas Pigors grandioser Hitler-Song »Ich hock' in meinem Bonker« als Klingelton Verbreitung findet? Welches Bild vom Nationalsozialismus wird durch Walter Moers' Adolf-Trilogie vermittelt? Geht hierbei nicht die Erkenntnis des Grauens und vor allem die Empathie für die Opfer verloren? Solche Fragen sollten keineswegs leichtfertig beiseite geschoben werden. Klar ist aber auch, dass Moers nicht den Anspruch politischer Bildung verfolgt, sondern diese begleitet. Wenn das Wissen über den Nationalsozialismus abnimmt, so kann man Moers und andere dafür kaum haftbar machen. Comics, Kinofilme und Klingeltöne können eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht ersetzen. Sie eignen sich aber für Korrekturen, wenn der allgemeine Erinnerungsdiskurs sich mal wieder mit großer Selbstzufriedenheit in seiner Erzählung eingebettet hat. Und so ist denn ein Film wie »Mein Führer« allemal besser als der »Untergang« – wenn auch nicht so komisch.

Harald Schmidt hat vor einiger Zeit die These aufgestellt, dass Hitler heute auf den Bildschirmen präsenter ist als im »Dritten Reich« selbst. Und es irritiert in der Tat, dass das Wissen über historische Wahrheiten und Erkenntnisse bei gleichzeitiger Omnipräsenz von Hitler-Dokus abnimmt. So halten sich in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch Erklärungsmuster und Legenden, die von der Forschung längst schon widerlegt wurden. Hier ist ein guter Witz durchaus in der Lage, gängige Klischees aufzubrechen und neue Sichtweisen aufzuzeigen.

Distanzierung und Vereinnahmung

Der große Erfolg der jüngsten Hitler-Satiren lässt allerdings auch einen Verdacht aufkommen: Soll mit einem befreienden Lachen über den Nationalsozialismus ein weiterer Schritt in Richtung eines »entspannten« Umgangs mit der deutschen Geschichte

gemacht werden? Das Bedürfnis nach einem unbefangeneren Umgang mit der deutschen Geschichte ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Und für die dritte und vierte Generation scheint dieser Anspruch auch nicht völlig abwegig zu sein. Man kann die Erfolge der Hitler-Satiren durchaus als Ausdruck davon sehen, dass sich hier die jüngere Generation von der Betroffenheitsrhetorik und den unaufgearbeiteten Konflikten der Elterngeneration abgrenzen will. Das Lachen richtet sich damit auch gegen die Vorstellungen der Elterngeneration über den »richtigen« Umgang mit der deutschen Geschichte.

Eine »Normalisierung« im lachenden Umgang mit deutscher Geschichte findet ihre Grenze dort, wo die Perspektive der Opfer und der Täter zu einem gemeinsamen Lachen verlogen wird. Sollten die Überlebenden überhaupt zu einem befreienden Lachen fähig sein, so wird es sicherlich nicht dieselbe Bedeutung haben, wie ein befreiendes Lachen der Tätergesellschaft.



Eine solche problematische Gleichsetzung des Lachens deutet sich beispielsweise in der Schlussszene von »Aimee und Jaguar« (D 1998) an, in der ein deutsch-jüdisches Versöhnungslachen inszeniert wird. Es ist Dani Levy hoch anzurechnen, dass er in seinem Film der Versuchung eines Happy Ends nicht erliegt. Er knüpft an die Schlussrede im »Großen Diktator« an, in der das Plädoyer für die Humanität eine Perspektive der Hoffnung aufzeigen sollte. In »Mein Führer« enttarnt Adolf Grünberg in seiner Schlussrede die Absichten der nationalsozialistischen Herrschaft. Doch nach kurzem Innehalten setzt das deutsche Publikum seinen Jubel mit unverdrossenen Sieg-Heil-Rufen weiter fort.

Humorlose Nazis

Ein gewichtiges Argument für die Hitler-Satiren ist die schlichte Tatsache, dass die Nazis am wenigsten darüber lachen können. Schon im »Dritten Reich« war das Humorverständnis der Nationalsozialisten gering. Goebbels feierte 1939 im »Völkischen Beobachter« zwar die »deutsche Fröhlichkeit«, drohte aber zugleich jenen, die mit dem politischen Witz eine Grenze überschreiten würden. Dazu erklärte er: »Und zwar verläuft die Grenze da, wo es sich um die vitalen Dinge und Angelegenheiten unseres politischen und weltanschaulichen Lebens handelt. Hier gibt es Reservate, die für uns heilig sind, und an die soll sich niemand leichtsinnig heranwagen.« Es gilt also, genau diese Grenze zu überschreiten. ■

Politik mit Schwein

Armenküchen der französischen extremen Rechten

»Suppe mit Speck oder Kebab: Entscheide Dich, auf welcher Seite Du stehst, Kamerad!« Diesen markigen Titel trägt ein Kommuniqué der Vereinigung Solidarité des Français (abgekürzt association SDF) vom 5. März 2007. Darin werden demagogisch Meldungen über Gammelfleischskandale bei Pariser Kebab-Schnellimbissen, über die an den Tagen zuvor in der Presse berichtet worden war, aneinandergereiht und zum Beweis für den Unterschied zwischen »Ihnen« und »Uns« herangezogen. Die Unterscheidung zwischen »Eigenen« und »Fremden« steht ohnehin im Mittelpunkt der Aktivität dieser Vereinigung, die auf Aufklebern das Motto verbreitet: Aidons les nôtres – Avant les autres (Helfen wir den Unsrigen, vor den Anderen).

Bernhard Schmid (Paris)

Bedeutet ihr Name sinngemäß so viel wie »Solidarität unter Franzosen«, so ist ihr Kürzel SDF gleichlautend mit der allgemein bekannten Abkürzung für Sans domicile fixe (Ohne festen Wohnsitz) – die gebräuchliche französische Bezeichnng für Obdachlose. Einmal pro Woche während der kälteren Jahreshälfte veranstaltet die Gruppierung, jeden Dienstag vor dem Pariser Montparnasse-Bahnhof, eine Art Volksküche: Sie verteilt eine warme Mahlzeit an Obdachlose oder andere Bedürftige, manchmal werden noch ein paar andere mildtätige Gaben (vor allem gebrauchte Kleidung) gereicht. Aber dabei handelt es sich nur um oberflächlich aufgetragene soziale Tünche. Die wahren Ziel der Vereinigung liegen woanders – nämlich darin, aufzuzeigen, dass es »unsinnig wäre, Leuten aus anderen Teilen der Welt helfen und Zuwanderer aufnehmen zu wollen, wo es doch so viel Elend hierzulande und bei unseren eigenen Landsleuten gibt«.

In die Praxis umgesetzt werden sollte dieser Anspruch über lange Monate hinweg dadurch, dass bei jeder warmen Mahlzeit systematisch Suppe mit Schweinefleisch zubereitet wird. Klar beabsicht war damit, dass sowohl Menschen moslemischen Glaubens als auch solche jüdischer Religionzugehörigkeit aus diesem Grund nicht an der mildtätigen Speisung teilhaben können, sondern sich fernhalten sollen. »Unsere Landsleute, unsere Küche, unsere Traditionen auf unserem Boden« wurden und werden in Texten der Vereinigung regelmäig angesprochen und beschworen. Da die Speisenverteilung aber im öffentlichen Raum und mit einer Genehmigung durch die Präfektur – die Behörde, der unter anderem die Polizei untersteht – vonstatten geht, ist die explizite und in provokantem Ton vorgetragene Absicht, Diskriminierung mit gastronomischen Mitteln zu betreiben, zu Anfang dieses Jahres durch die Gerichte sanktioniert worden. Auch wenn sich die kulinarische Ausrichtung der extrem rechten Suppenküche also seitdem unter äußerem Zwang verändert bzw. diversifiziert hat, so bleiben doch die damit verbundenen Ideen natürlich erhalten.

Doch fahren wir zunächst mit einem Rückblick in die jüngere Geschichte fort, um den Ursprüngen dieser extrem rechten »Wohltätigkeits«-Offensive nachzuspüren.

Die Anfänge: Die Suppenküche des Pastors Blanchard

Im November 1996 wird Paris Zeuge einer noch ungewohnten Variante karitativer Veranstaltungen: Der erste rechtsextreme Suppenausschank wird eröffnet. Er soll nunmehr, in den Monaten November bis März, jeden Montag und Donnerstag am Pariser Bahnhof Saint-Lazare eine Mahlzeit aus Suppe, Sardinen, Schokolade und Brot an »die ärmsten unserer Landsleute« kostenlos verteilen. Die ganze mildtätige Veranstaltung wird dabei von einem Ordnerdienst der rechtsradikalen Jugendorganisation Front National



[1] Der FN-Politiker Bruno Gollnisch erklärte, er habe höchstpersönlich Schweinefleischsuppe verteilt.

Jeunesse (FNJ), welche nicht eben für ihre Gewaltlosigkeit bekannt geworden ist, abgeschirmt.

Der Organisator der Suppenküche, der protestantische Pastor Jean-Pierre Blanchard, agiert mit seinem Institut »IFAC – Nationale Solidarität« vom Hauptquartier des Front National (»Mutterpartei« des FNJ) in Saint Cloud, einem Vorort von Paris, aus. Ihm geht es erklärtermaßen darum, das soziale Terrain »nicht der Linken zu überlassen« – und der Mann weiß, wovon er spricht. Blanchard begann Anfang der 70er Jahre seine Laufbahn als Maoist, bevor er – über den Protestantismus in seiner »charismatischen« Variante, in dessen Reihen er 1992 den Pastorentitel erwirbt – schließlich bei der extremen Rechten landet. Seit 1994 hat er sich dem Front National (FN) angeschlossen, leitet dessen »Protestantischen Zirkel« und firmiert auch als Seelsorger von Jany Le Pen, der protestantischen Gattin des Parteichefs Jean-Marie Le Pen. Beide zusammen bilden die Gallionsfiguren der protestantischen Minderheit in einer ansonsten teils ultrakatholischen, teils eher religionsfernen Partei.

Blanchard, Jahrgang 1950, war ab 1978 zeitweise als Mitarbeiter bei der Heilsarmee (französisch: Armée du salut) beschäftigt. Insofern weiß er auch, wie man eine pseudo-wohltätige Aktion professionell aufzieht. Über das Medienecho, das im Winter 1996/97 gewaltig ausfällt (sämtliche Zeitungen berichten zum Start des Suppenausschanks mit FN-Hintergrund) hinaus scheint die reale Aktivität des FN-nahen Winterhilfswerks jedoch relativ bescheiden auszufallen. Nach dem ersten Winter spricht der Pastor Blanchard von insgesamt 8.000 Mahlzeiten, die während sieben Monaten – die Aktivität ist bis in den Frühsommer hinein verlängert worden – serviert worden seien. Das klingt nicht wirklich nach einem gigantischen Zulauf. Wichtig ist aber vor allem der Eindruck in der öffentlichen Meinung, den die Sache hinterlassen soll: Die extreme Rechte kümmert sich jetzt auch aktiv um »die bedürftigsten unserer Landsleute«.

Alsbald wird Blanchards Institut, das IFAC, umbenannt in Entraide nationale (sinngemäß: »Gegenseitige Hilfe im Nationalen Rahmen«). Die Struktur funktioniert in den Jahren von 1996 bis 2000. Doch dann wird es, infolge der Parteispaltung beim FN (1999) zwischen den Anhängern von Parteichef Jean-Marie Le Pen und jenen des ehemaligen Chefideologen Bruno Mégret, die zum weitgehenden Erliegen aller Basisaktivitäten führt, auch um Entraide nationale absolut still. Über mehrere Jahre hinweg konzentriert sich das Parteileben auf den Chef, Le Pen, und die Präsenz im Fernsehen sowie in den Wahlbüros. Wesentlich später, im Jahr 2006, hört man wieder von den Aktivitäten des Pastors Blanchard, der zwischenzeitlich auch mehrere Schriften (darunter Mythes et races, »Mythen und Rassen«) verfasste, an der Spitze einer »karitativen« Struktur. Dieses Mal handelt es sich um die Action sociale populaire (ASP, sinngemäß: »Soziale Aktion der kleinen Leute«), die aber nur regional im Département Essonne, einem Bezirk im südlichen Pariser Umland, tätig zu sein scheint. Jean-Pierre Blanchard und Jany Le Pen statten gemeinsam im Juni 2006 einer Vorstadt im Département Essonne einen Besuch ab. Die einzigen konkreten Aktionen, von denen die ASP bis Anfang 2007 berichten kann, sind jedoch die Hilfe bei der Renovierung zweier Wohnungen FN-naher Sozialhilfeempfänger (Juni 2006) sowie Werbeaktionen für den Kandidaten Jean-Marie Le Pen.[1]

Eine Initiative, die die gesamte extreme Rechte verbindet

Zwischenzeitlich haben aber andere Kreise innerhalb der extremen Rechten die Initiative für neue Aktivitäten im Geiste der »nationalen Solidarität für unsere ärmsten Landsleute« ergriffen. Anfang 2004 lanciert das Ehepaar Roger und Odile Bonnivard die association SDF. Eine association nach französischem Recht ist, verglichen mit den deutschen Gesetzen, ein Zwischending zwischen einer Bürgerinitiative und einem Verein – lockerer strukturiert als Letzterer, aber dauerhafter angelegt als die Erstgenannte. Die »Vereinigung Solidarität unter Franzosen« nimmt ihrerseits einen Suppenausschank in den kälteren Jahresmonaten auf. Zuerst vor der Gare de L'Est (Ostbahnhof) im →

→ Pariser Norden und später vor der Gare de Montparnasse, einem Bahnhof im Süden der französischen Hauptstadt, wird einmal wöchentlich ausschließlich Suppe mit Schweinefleisch oder -speck serviert, aus den zu Anfang genannten Gründen.

Roger Bonnivard wird Präsident der Vereinigung, Odile firmiert als Sprecherin. Beide sind zugleich politisch aktiv, nämlich beim Bloc identitaire, der zusammen mit der Jugendvereinigung Jeunesses identitaires die Bewegung der Identitaires bildet. Diese »Identitätsanhänger« bilden eine vom Aktivismus geprägte Strömung, die neben den Wahlparteien FN und (von 1999 bis circa 2004) MNR besteht. Der MNR, Mouvement national-républicain, ist aus der Abspaltung der Anhänger Bruno Mégrets vom Front National hervorgegangen, muss jedoch heute als politisch gescheitert gelten. Odile Bonnevard beispielsweise hat beide Parteien nacheinander durchlaufen, wandte sich jedoch von ihrer »Schlappheit« und ihrer »mangelnden Initiative« enttäuscht ab. Die Identitaires entsprechen in Frankreich am ehesten jenem Spektrum, das in Deutschland durch die NPD und die Kameradschaften gebildet wird, hat aber nicht deren zahlenmäige Bedeutung (sondern circa 500 Mitglieder und frankreichweit maximal 3.000 Sympathisanten). Sie entstanden im Jahr 2003 als Nachfolge der ehemaligen Sammlungsbewegung Unité Radicale/ UR (1998 bis 2002), die damals am Rande der »etablierten« extremen Rechten die militanten Aktivisten zu organisieren versuchte. UR ist im August 2002 verboten worden, nachdem ein 25jähriges Mitglied namens Maxime Brunerie bei der Nationalfeiertags-Parade am 14. Juli 2002 mit einem Karabinergewehr auf Präsident Jacques Chirac geschossen hatte. Es handelte sich dabei nicht um ein politisch vorbereitetes Attentat, sondern eher um das Durchdrehen eines Einzelnen, das aber politische Auswirkungen hatte, weil Brunerie sowohl Aktivist bei Unité Radicale als auch Kandidat des MNR bei den Parlamentswahlen im Juni 2002 gewesen war.

In ihrer Ausgabe vom 7. Januar 2005 monierte die von Altfaschisten angeführte rechtsextreme Traditionszeitung Rivarol, dass die extreme Rechte das »soziale Terrain« völlig vernachlässige. In dem Artikel wurden Jean-Marie Le Pen und seine Tochter (sowie mögliche Nachfolgerin) Marine, der hochrangige FN-Politiker Bruno Gollnisch und MNR-Chef Mégret dazu aufgefordert, Aktionen wie den Suppenausschank zu unterstützen. Die Anhänger der »Schweinesuppe« waren im übrigen auch häufig bei größeren Veranstaltungen und Anlässen der »etablierten« extremen Rechten vertreten, so hatten sie einen größeren Stand bei der FN-Kundgebung am 1. Mai 2006 vor der Pariser Oper. Dort riefen sie zu einem »Fest des Schweins« eine Woche später auf.

Tatsächlich haben sich inzwischen mehrere Politiker der extrem rechten Wahlpartei(en) auch in der Öffentlichkeit positiv auf die »Schweinesuppe« bezogen. Bruno Gollnisch, »Generalbeauftragter« (délégué général) und Nummer Zwei in der Parteihierarchie dicht vor dem Generalsekretär Louis Aliot, hat im Februar 2007 bei einem Fernsehgespräch sogar die Initiative nicht nur offen verteidigt, sondern bekannt: »Ich habe sie (die Schweinesuppe) selbst verteilt!«[2] Antifaschistischen Recherchen zufolge bezieht sich dies auf einen Auftritt Gollnischs in Lyon, wo er ansässig ist, am 23. Februar 2006. Auch die als »Modernisierin« und im Auftreten relativ moderat geltende Le Pen-Tochter Marine hatte kurz zuvor, am 7. Februar 2007, in einem Interview die Distanzierung von der »Schweinesuppe« verweigert. Die ehemalige Anwältin erklärte: »Solange es nicht staatlich subventioniert ist, sehe ich nicht (ein), warum man einer Vereinigung verbieten sollten, humanitär tätig zu werden und Suppe auf der Straße zu verteilen«. Am 5. Januar dieses Jahres hatte der Conseil d'Etat, das französische oberste Verwaltungsgericht, den Suppenausschank in der Öffentlichkeit aufgrund der bewussten Diskriminierungspraxis verboten und die Genehmigung durch die Pariser Polizeipräfektur annulliert. Nachdem daraufhin im Januar bei der nächsten Mahlzeit Hühnereintopf statt Schwein angeboten wurde, ist die Erlaubnis jedoch, in Namen des Versammlungsrechts, wieder erteilt worden.

Dagegen hat Guillaume Peltier, der 30jährige Generalsekretär des rechtskatholischen und nationalkonservativen Mouvement pour la France (MPF, »Bewegung für Frankreich«) von Präsidentschaftskandidat Philippe de Villiers, die Suppeninitiative im November 2006 im Fernsehen als »diskriminatorisch« verurteilt. Guillaume Peltier hat seine Karriere selbst, wie eine Reihe von MPF-Kadern, beim Front National begonnen, doch der MPF versucht eher ein bürgerliches Image zu präsentieren. Die Aktivisten der Vereinigung SDF betrieben deswegen im Januar 2007 ein Agitationshappening vor einer Pariser Großveranstaltung mit Philippe de Villiers, mit ihrem Maskottchen – einem als rosa Schweinchen verkleideten Teilnehmer – vorneweg.

Die »Schweinesuppe« hat inzwischen auch Nachahmer in Nizza sowie Strasbourg gefunden. Dort, in der Hauptstadt des Elsass, wird sie durch die Vereinigung Solidarité alsacienne (elsässische Solidarität) verteilt. Ihre Vorsitzende ist Chantal Spieler, die Ehefrau von Robert Spieler, der die regionalistische FN-Abspaltung Alsace d'abord (Elsass zuerst!) anführt. Die Liste des früheren FN-Politikers lag im Elsass in den letzten Jahren zeitweise fast gleichauf mit den regionalen Wahlergebnissen Le Pens. Eine Ausweitung der Initiative auf die südelsässischen Städte Colmar und Mulhouse ist geplant. ■

1| Vgl. dazu folgenden Artikel auf einer nationalrevolutionären Website, der Reklame für die Struktur betreibt: http://www.voxnr.com/cc/tribune_libre/EEylklF-VkFbfcLKwRV.shtml

2| Vgl. http://www.association-sdf.com/blog/?p=76

NS-Kult in Budapest

Am 10. Februar 2007 fand in Budapest der so genannte »Tag der Ehre« statt. Unter den knapp 1.000 TeilnehmerInnen dieser traditionellen Neonazi-Kundgebung zur Verherrlichung deutscher und ungarischer SS-Angehöriger waren auch etliche Deutsche. Allein die Hälfte der Redner bestand aus Kadern der NPD. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs hatten in Budapest eingekesselten Divisionen der Waffen-SS einen aussichtslosen Ausbruchsversuch gestartet, den der Großteil von ihnen nicht überlebte.

Veranstaltet wurde die Kundgebung wie in den Vorjahren von einem Bündnis »Bewegung für die Einheit der Heimat« unter Federführung von der ungarischen Division des Neonazi-Netzwerks Blood & Honour. Obgleich die Gruppe seit dem Jahre 2004 auch in Ungarn verboten ist, stand der Durchführung wie auch dem regen Präsentieren von Blood & Honour-Signien nichts im Wege. Um das ungarische Versammlungsrecht auszuhebeln, genügte die Anmeldung der Veranstaltung als Privatperson. Dass diese selbst zu den führenden Blood & Honour-Aktivisten zählt und in dieser Funktion mehrere Fernseh-Interviews gab, spielte dann keine Rolle.

Die angereisten Neonazis kamen aus allen Teilen (Ost-) Europas. Vertreter von Blood & Honour aus Kroatien, Flandern, Slowenien, Großbritannien, Ungarn, der Tschechischen Republik zeigten genauso Präsenz wie Vertreter der Hammerskins und Neonazis aus der Schweiz und Italien. Aus Deutschland waren zwei Delegationen angereist. Die eine aus dem Spektrum der »Freien Kräfte« Rhein-Main-Neckar und die andere um den Münchner Neonazi-Kader Norman Bordin. Wie sehr sich die militante ungarische Neonazi-Szene an Deutschland orientiert wurde an der Auswahl der Redner klar. Neben zwei selbst vor Ort eher unbekannten ungarischen Rednern, trat Stephen Swinfen für Blood & Honour auf. Mit Matthias Fischer, Eckart Bräuniger und Udo Voigt sprachen gleich drei deutsche NPD'ler.

Bräuniger, aktueller NPD-Landesvorsitzender in Berlin, war dabei kein Unbekannter. Mehrfach war er in der Vergangenheit in Budapest als Redner aufgetreten. Offen antisemitisch erklärte er in seiner Rede: »Ihre Armeen (die der Alliierten, AIB) dienten der Erschaffung einer Weltherrschaft der auserwählten Kosmopoliten, einer Schreckensherrschaft des Profits, wie sie in den Büchern Mose beschrieben steht. Die alliierten Sieger (...) vermischten die Rassen und ordneten den Zuzug fremder Völker an (...).« In eine ähnliche Kerbe schlug der Ex-Kader der verbotenen Fränkischen Aktionsfront (FAF) Fischer aus Fürth. Er versuchte Gemeinsamkeiten zwischen den deutschen und ungarischen Neonazis im Kampf gegen die Globalisierung zu zeichnen und stellte dabei mehrfach direkte Bezüge zum Nationalsozialismus auf. In gleicher Diktion sprach Udo Voigt, welcher der Waffen-SS bescheinigte einen »makellosen Heldenkampf« geführt zu haben. Die anwesenden Neonazis stellen dabei für ihn offenbar eine neue Generation SS-Angehöriger dar. So verabschiedete er sich von ihnen mit »Ihr seid die neuen, jungen Freiwilligen für ein besseres Europa«. Nicht nur aufgrund dieser überaus deutlichen Worte dürfte das Resümee der deutschen Teilnehmer positiv verlaufen sein. Sie konnten eine Art »authentischen Nationalsozialismus« erleben. Zudem fand am Abend noch in der Nähe von Budapest ein Neonazi-Konzert statt. Auch hier fühlten sich die Deutschen pudelwohl. So berichten Augenzeugen davon, dass Bordin ausgelassen auf der Bühne den Hitler-Gruß gezeigt haben soll. Es bleibt abzuwarten, ob er sich damit innerhalb der bayrischen NPD Plus- oder Minuspunkte erarbeiten wird. ■





[1] Zoltan Illes (rechts), zweiter Mann von »B&H Hungaria«, links neben ihm NPD-Chef Udo Voigt.

Wehrsportspiele und Hitlergruß

In der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) tobt wieder einmal ein Machtkampf. Denn der rechtspopulistische Parteichef Heinz-Christian Strache kann nicht mit dem Rechtsideologen Ewald Stadler. Stadler, Abgeordneter zum Nationalrat und von Strache abgesetzter Chef der Freiheitlichen Parteiakademie, trat Anfang März aus, um einem drohenden Parteiausschluß zuvorzukommen. Denn ihm wird parteischädigendes Verhalten vorgeworfen.

Ralf Leonhard (Wien)

Der Autor lebt in Wien und ist Österreichkorrespondent der taz.

Er soll zu Jahresbeginn eine Anzahl von Fotos in Umlauf gebracht haben, die Parteichef Heinz-Christian Strache bei eigenartigen Kampfspielen im Wald zeigen. Bekleidet mit Uniformstücken – teils tarnfarben, teils feldgrau – posiert ein junger Mann auf Gruppenfotos mit ähnlich gewandeten Freunden. Auf einem Bild attackiert einer einen anderen mit einem Schlagstock. Mit den brisanten Erinnerungsstücken aus seiner Jugendzeit konfrontiert, wiegelte Strache im ORF-Fernsehen zunächst ab. Es habe sich um harmlose Paintball-Spiele gehandelt: »Wir haben im Army-Shop billige Kleidung gekauft. Heute zieht man bei den zig Spielstätten auch Tarnanzüge oder Overalls an.«

Paintball ist ein 1981 in den USA erfundenes Kampfspiel, bei dem sich die Gegner mit Farbpatronen beschießen. Allerdings ist auf keinem der Fotos jemand mit Farbspritzern zu sehen. Und in der österreichischen Paintball-Szene sieht man keine Ähnlichkeit zwischen den Szenen auf den Fotos und ihren Spielen. Der Einsatz von Schlagstöcken sei auf keinen Fall erlaubt. Außerdem ist Gesichtsschutz Pflicht.

Schlechte Gesellschaft

Davon ist auf den Strache-Fotos nichts zu sehen. Gegen harmlose Spiele spricht auch die Gesellschaft auf den Fotos. Mehrere der Personen, deren Gesichter auf den veröffentlichten Bildern unkenntlich gemacht wurden, sind eindeutig in der Neonazi-Szene verortet. Zumindest einer wurde später nach dem österreichischen NS-Verbotsgesetz verurteilt, nämlich Franz Radl, in dessen Adressbuch sich die Telefonnummer von Strache fand. Strache ging in seiner Darstellung der Dinge auf Distanz: »Wenn vielleicht die eine oder andere Person Jahre später auf die schiefe Bahn gekommen ist, damals waren es Personen, die unbescholten waren.«

Juristisch ist das richtig. Die Aufnahmen stammen vermutlich aus dem Jahr 1989 und wurden in einem Wald bei Ulrichsberg in Kärnten aufgenommen. Erst Jahre später, als die Medien auf Wehrübungen von Rechtsextremen in der Umgebung Wiens aufmerksam machten, schritten die Behörden ein.

Später tauchte ein weiteres Foto auf, das Strache – diesmal in der Uniform einer Studentenverbindung – mit drei zum Gruß weggestreckten Fingern zeigt. Für Eingeweihte eindeutig der »Kühnen-Gruß«. Der in Deutschland verbotene Neonazi-Gruß war das Erkennungszeichen der österreichischen Neonazi-Szene. In Österreich ist er nach der derzeitigen Rechtsprechung nicht strafbar. Strache konnte sich an nichts erinnern. Er gab die Geste zuerst als Südtiroler Widerstandsgruß aus, dann behauptete er, er hätte damals wohl drei Bier bestellt. Allerdings bekannte er sich zum Umgang mit gerichtsbekannten Rechtsextremen. 1989, mit knapp 20 Jahren, hatte er Norbert Burger kennengelernt. Der leitete die ein Jahr vorher verbotene Nationaldemokratische Partei (NDP). Politisch will ihn Strache heute nicht beurteilen, er sei aber »ein großartiger Mann mit großem Herzen und einer absoluten Gutmütigkeit« gewesen. Heinz-Christian Strache ging jahrelang bei Burgers ein


[1]



[1], [2] Das Österreichische Fernsehen veröffentlichte Fotos, die Strache bei Kampfspielen im Wald zeigen.

und aus, schließlich war er mit Tochter Gudrun verlobt. Norbert Burger dürfte für den Zahntechnik-Studenten eine Art Ersatzvater gewesen sein. Sein eigener Vater hatte seine Frau und seinen noch nicht dreijährigen Sohn verlassen. Der Zugang zum Hause Burger erschloss sich Strache über die schlagende Burschenschaft Vandalia, der er als Mittelschüler beigetreten war. In seiner aktiven Zeit habe er sechs Mensuren gefochten, vertraute Strache seinem Parteifreund, dem Publizisten Andreas Mölzer an, der letztes Jahr eine hymnische Biografie des freiheitlichen Shooting Stars veröffentlichte. Aus jener Zeit um 1990 stammen die Fotos aus den Kärntner Wäldern und die Bekanntschaft mit Gottfried Küssel, der 1995 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Innenpolitisch war die Debatte bald beendet. Die Fotos wiesen keine strafbare Handlung nach, allfällige neonazistische Akte sind längst verjährt. Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, SPÖ, sprach von »Jugendsünden«, entscheidend sei, wie Strache sich heute verhielte. Empört gaben sich vor allem die Spitzen der ÖVP, die jahrelang mit der FPÖ im Koalitionsbett gelegen waren und alle rechtsextremen Ausfälle ihrer Partner totzuschweigen oder schönzureden verstanden. Gusenbauer, an dessen antifaschistischer Grundhaltung nicht zu zweifeln ist, habe so milde reagiert, weil er sich die FPÖ als zukünftigen Koalitionspartner warm halten wolle, mutmaßten die Kommentatoren. Denn die große Koalition mit der ÖVP ist für keine der beteiligten Parteien die Wunschlösung.

Wer sind Strache und Stadler?

Heinz-Christian Strache, 37, übernahm die Freiheitliche Partei Österreichs, nachdem Jörg Haider im April 2005 mitsamt der damaligen FPÖ-Regierungsmannschaft aus der Partei austrat und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) gründete. Strache, der in Rhetorik und Stil den jungen Haider kopiert, schaffte es, die heruntergewirtschaftete Partei aus dem Umfragetief zu führen. Bei den Kommunalwahlen in Wien erreichte sie im Oktober 2005 nach einem aggressiven Anti-Ausländer-Wahlkampf überraschend fast 15 Prozent. Vor den Nationalratswahlen vom vergangenen Herbst wiederholte Strache sein Erfolgsrezept und die FPÖ blieb mit 11 Prozent nur knapp hinter den Grünen während das BZÖ mit 4,1 Prozent gerade noch die Hürde für den Einzug in den Nationalrat nahm. Außerhalb Kärntens, wo Haider als Landeshauptmann alle Register des Populismus spielen kann, spielt diese Partei praktisch keine Rolle. Einen grundlegenden Gesinnungswandel Straches seit der Zeit der Wehrsportübungen kann man aus seiner Wahlkampfrhetorik nicht erkennen. Auch sonst verkehrt er noch in einschlägigen Kreisen. So hielt er am 8. Mai 2004 am Wiener Heldenplatz die Rede zur Heldenehrung der deutschnationalen Burschenschaften. Die Korporierten bilden auch den Kaderkern der FPÖ, vor allem jener ihrer Wiener Landesorganisation. Stadler trägt mit Stolz seine Schmisse im Gesicht, die von Mensuren mit scharfen Säbeln stammen. Straches Haut ist unversehrt, weil der gelernte Zahntechniker nur in einer Mittelschülerverbindung aktiv war, wo mit stumpfen Waffen gefochten wurde. Weniger stumpf sind seine Haßtiraden gegen Ausländer und vor allem Muslime. Mitte März gründete er den Verein »SOS Abendland«, der »vergessenes Brauchtum« wiederbeleben und vor allem Europa vor der »Islamisierung« schützen soll. Stadler, der das »wehrhafte Christentum« im Parteistatut verankern wollte und dem obskuren mittelalterlichen Mercedarier Orden angehört, macht sich nicht weniger Sorgen um das Abendland. Allerdings hält er Strache und dessen populistische Tiraden für ungeeignet zur Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft. Er gibt seinem Rivalen keine zwei Jahre, bis er »die Partei an die Wand fährt«. Zur Verkürzung der politischen Karriere Straches könnte auch Stadler selbst noch beitragen. Denn der weiß von weiteren belastenden Fotos, die von der FPÖ-Führung unter Verschluß gehalten werden. Strache selbst hat nicht ausgeschlossen, daß noch photographische Dokumente seiner Vergangenheit auftauchen. Er selbst wollte nicht ausschließen, daß er darauf mit der zum Hitler-Gruß erhobenen Hand zu sehen sein könnte. ■

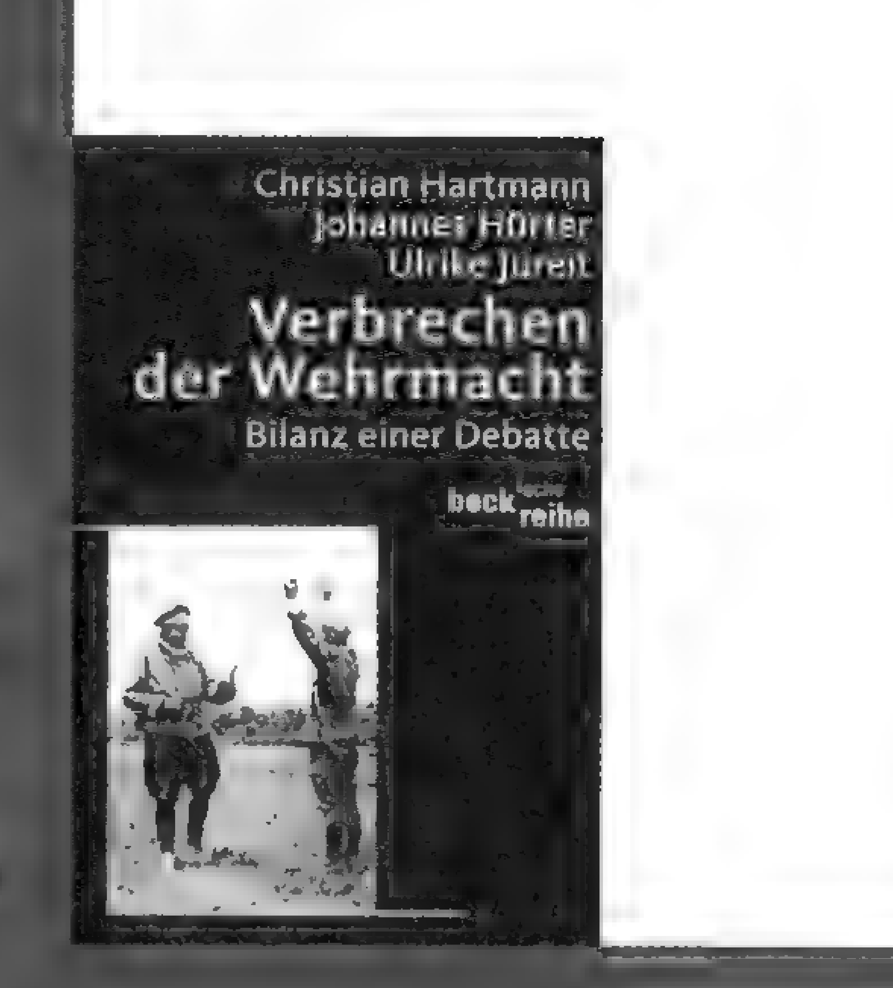
Christian Hartmann u.a. (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht: Bilanz einer Debatte. Verlag C.H. Beck, München, 233 S., 12,90 EUR

Rückblick auf eine Debatte

Neben der so genannten Goldhagen-Debatte bestimmte die Diskussion über die Kriegsführung der Wehrmacht wie keine andere die geschichtspolitischen Diskurse der 1990er Jahre. Der hier in Rede stehende Band spiegelt sowohl die Ergebnisse, als auch die Kontroversen wieder.

Der Band fusst auf einer vom Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) und dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ) gemeinsam ausgerichteten Tagung, deren Ziel ein wissenschaftlicher Austausch über die nach wie vor kontroversen Einschätzungen beider Institutionen über den Grad der Verwicklung der Wehrmacht in Kriegsverbrechen war. Im Vorwort wiederholt Horst Möller, ehemaliger Chef des IfZ, noch einmal seine grundsätzliche Kritik an der Grundintention der beiden so genannten »Wehrmachtsausstellungen«. Auch wenn er der zweiten, wesentlich überarbeiteten Ausstellung eine historiographisch und handwerklich seriöse Konzeption nicht abspricht, wiederholt er doch seine bereits bekannten Einwendungen, die Forschung wisse zu wenig über das Ausmaß der durch Wehrmachtssoldaten verübten Verbrechen im Vernichtungskrieg. Allenfalls fünf Prozent der Wehrmachtssoldaten seien in Kriegsverbrechen im sogenannten »Russlandfeldzug« verwickelt gewesen. Zudem wiederholt er das Argument, die Dynamik des Partisanenkrieges habe einer Barbarisierung der Kampfhandlungen kausal zu Grunde gelegen. Jan P. Reemtsma hingegen betont in seinem Vorwort, die Ausstellung habe eine historiographische und gesellschaftliche Debatte in Gang gebracht, die für den Selbstverständigungsprozess zur deutschen Geschichte unerlässlich sei.

Die folgenden Kapitel leuchten jeweils die Einzelaspekte des Themas aus. So arbeitet der Verfasser einer kürzlich erschienenen Studie über »Hitlers Heerführer«, Johannes Hürter heraus, wie sich die Methoden der zu-



meist nationalkonservativen Befehlshaber der Heeresgruppen der Wehrmacht im Verlaufe des Krieges von skrupulöser Distanz zu den SD-Einheiten zu bereitwilliger Unterstützung der Mordaktionen wandelte. Christian Hartmann und Christoph Rass analysieren die Einbettung der verbrecherischen Kriegsführung in den Alltag der Soldaten an der Front. Ein weiteres Kapitel ist den Beziehungen zwischen Wehrmacht und SS in den besetzten Gebieten Osteuropas gewidmet. Hier wird deutlich, dass die Grenzen der oftmals postulierten »Arbeitsteilung« der Kriegsführung bei der Bekämpfung der Zivilbevölkerung verschwammen.

Dietrich Eichholz bleibt es überlassen, die Verbrechen der Wehrmacht im Osten in den strategischen Kontext der Kriegszielpolitik Deutschlands als Raubkrieg einzuordnen.

Im letzten Kapitel geht es Ulrike Jureit um die Darstellung der Forschungskonzeption zur Ausstellung. Mit Blick auf die Täterforschung vor allem der 1990er Jahre fragt der Beitrag nach Handlungsspielräumen und Mentalitätsstrukturen von Soldaten unter den Bedingungen eines totalen Krieges.

Der schmale Band ist äußerst instruktiv zu lesen. Er skizziert knapp, aber allgemein verständlich und fundiert den Forschungsstand und die Debatte um seine Bewertung. Anders als einige Sammelbände zum Themenkontext, verliert er sich auch nicht in Details. Wer eine Einführung in die Debatte um die Rolle der Wehrmacht und deren geschichtspolitische Dimension für die Bundesrepublik sucht, sollte zu diesem Buch greifen. ■

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Blätter für deutsche und internationale Politik: Berlin/Bonn; Blätter Verlag Berlin; monatlich. Kontakt: redaktion@blaetter.de

Die monatlich erscheinenden »Blätter« sind eine der ältesten politischen Zeitschriften der alten Bundesrepublik. Die »Blätter« wurden 1956 von Graf von Wesphalen gegründet. Getragen wurde die Zeitschrift vom neutralistischen »Deutschen Klub 1954«, der gegen die Westbindungspolitik Adenauers eintrat. Dieser fusionierte später mit der Deutschen Friedensunion (DFU). In den Anfangsjahren soll die Zeitschrift von der DDR finanziert worden sein. Doch lange hielt diese Bande nicht. Das Blatt gewann an Unabhängigkeit. Dennoch erschienen die »Blätter« im DKP-nahen Pahl-Rugenstein Verlag und vertraten inhaltlich die Positionen der sogenannten »Marburger Schule« der westdeutschen Politikwissenschaft im Sinne des Gelehrten Wolfgang Abendroth. Deren Dreh-und Angelpunkt war die These, mittels einer schrittweisen Demokratisierung aller gesellschaftlichen Sphären zu einer Transformation der kapitalistischen Verhältnisse gelangen zu können.

In den siebziger Jahren wurde die Zeitschrift zum Forum der westdeutschen Friedensbewegung und machte auch deren Irrwege mit. Doch anders als in anderen parteigebundenen linken Zeitschriftenprojekten galt Meinungspluralismus hier als Tugend.

Mit der Wende brach auch der Pahl-Rugenstein Verlag ökonomisch zusammen. Die »Blätter« kämpften ums Überleben. In dieser Situation gründeten die Mitarbeiter der Blätter einen eigenen Verlag, der die Blätter bis heute trägt. Hinzu kam ein prominent besetztes Herausgebergremium, dass die Reputation der »Blätter« erheblich steigerte.

Heute sind die »Blätter« eine der wichtigsten politisch-analytischen Zeitschriften, die themenübergreifend das Zeitgeschehen aus einer linken/linksliberalen Perspektive kommentieren.

Unregelmässig findet auch der Themenkontext Rechtsextremismus in den »Blättern« Beachtung. Die Blickperspektive ist dabei fast



durchgehend eine sozial- oder politikwissenschaftliche. So waren in den »Blättern« nach den Wahlen in Sachsen, die der NPD einen Wahlerfolg brachten, durchaus scharfsinnige Analysen zu lesen. Doch auch der Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und Neoliberalismus entgeht den »Blätter«-Autoren nicht.
Graphisch ist die Zeitschrift eine nüchterne Bleiwüste. Hier zählt das Wort, der Text. Mit Layoutmitteln ist man sparsam. Das fördert die Konzentration auf die Inhalte.
Neben Kommentaren und Aufsätzen findet sich monatlich eine Chronik internationaler Politik und der Abdruck politischer Originaldokumente aus internationalen Organisationen. Was in der Zeit vor dem Internet seine Berechtigung haben mochte, ist heute – von Ausnahmen abgesehen – überholt. Heute findet man faktisch jedes Dokument im Netz. Schmerzlich vermisst man in den »Blättern« dagegen eine Rubrik, in der dem Leser aus dem Irrgarten der Neuerscheinungen politischer Literatur geholfen wird. Rezensionen sucht man hier vergebens.
Die themenzentrierte Lektüre der »Blätter« ist zur Ergänzung des heute oft als Fast-Food-Journalismus funktionierenden Geschäfts der Tages-und Wochenzeitungen nur zu empfehlen. ■

Die Nationale Front: Neonazis in der DDR; Ein Film von Andreas K. Richter und Tom Franke; Berlin 2007 ca. 50 Min

»Nazis wieder in Ostberlin« Nicht nur in Ostberlin...

Als neonazistische Skinheads 1987 ein Konzert in der Ostberliner Zionskirche überfielen, sahen dies viele Beobachter als ein katalytisches Ereignis für die Herausbildung des Rechtsextremismus in der DDR. Der zwanzigste Jahrestag dieses Überfalls bot den Autoren den Anlass für eine filmische Rekonstruktion der damaligen Ereignisse.
In der rund fünfzigminütigen Dokumentation kommen sowohl zwei der damaligen Täter, als auch unmittelbare damalige Akteure aus dem oppositionell-jugendkulturellen Umfeld der Ostberliner Kirchenszene und andere Zeitzeugen zu Wort. Beide interviewten Täter geben in ihren Einlassungen beredtes Zeugnis von der Gemengelage, aus welcher der spezifische DDR-Rechtsextremismus entstand. Ronny Busse, damals als Haupttäter verurteilt, ergeht sich in der Wiederholung gängiger Klischees, die den jugendkulturellen Rechtsextremismus als Protesthaltung gegenüber dem repressiven Antifaschismus der DDR zu rechtfertigen suchen.
Die zweite Gruppe der befragten Zeitzeugen sind unter anderem Konzertbesucher, Mitarbeiter der in der Zionsgemeinde ansässigen Umweltbibliothek und ein Mitglied der Ostberliner jüdischen Gemeinde. Zu Wort kommen auch der ehemalige K1-Kriminalist Bernd Wagner und Pfarrer Rainer Eppelmann. Während Wagners Aussagen nicht über bisher bekannte Fakten hinausgehen, erschließt sich die Rolle von Eppelmann als Zeitzeuge in diesem Kontext nicht. Weder war Eppelmann Pfarrer der Zionskirche, noch war er Ostberliner Stadtjugendpfarrer. Und so liegt der Verdacht nahe, dass Eppelmann ob seiner Prominenz als Zeitzeuge befragt wurde. Entsprechend dürftig sind seine Auskünfte. Erfrischend hingegen ist der Auftritt der Historikerin Annette Leo, die das Gesamtdilemma der Causa Zionskirche auf den Punkt bringt.
Zwischen die Gesprächssequenzen sind Bilder des Fernsehmagazins Kontraste aus den Jahren 1986–1988 und Aufnahmen aus dem DDR-Dokumentarfilm »Unsere Kinder« geschnitten. Sie zeigen illegal geführte Interviews mit Skinheads und Momentaufnahmen der Szene.
Die eingesetzten filmischen Mittel erinnern sehr an die Methode Guido Knopp. Schnelle Schnitte wechseln mit Überblendungen historischer Aufnahmen und den zusammengefügten Sequenzen der Zeitzeugengespräche. Ist dieses Stilmittel im dokumentarischen Teil des Films noch erträglich, so wird es im Hinblick auf die Zeitzeugenaussagen zum Ärgernis. Denn die Interviewsequenzen sind zu stark auf den dramaturgischen Effekt des Films geschnitten, was zu Lasten der inhaltlichen Stringenz der Gespräche geht.
Der Film hat ausschließlich die Ereignisse um die Ostberliner Zionskirche zum Gegenstand. Insofern ist der Untertitel »Neonazis in der DDR« im Film nicht wirklich eingelöst. Dieser auf Ostberlin zentrierte Blick ist vielen zeitgeschichtlichen Dokumentationen über die DDR eigen, die als relevante regionale Bezugsgröße allenfalls noch Leipzig aufführen. Dies unterschlägt jedoch, dass Ostberlin zwar in jeder Hinsicht der Brennspiegel der krisenhaften Entwicklung der DDR-Gesellschaft war, nicht jedoch ihr Motor. Dieser lag – auch im Falle des Rechtsextremismus – in der Provinz, sprich in den Bezirken der DDR.
Nach seiner Uraufführung war im publizistischen Umfeld der Linkspartei der Vorwurf zu hören, der Film diffamiere die DDR als Hort von Neonazis. Das tut er nicht. Er gibt erneut zur Kenntnis, was viele Funktionäre damals nicht wahrhaben wollten: Neonazis made in GDR.
Zweifelsohne hätte der Film an inhaltlichem Profil gewonnen, wenn die Autoren auf manche Effekthascherei zu Gunsten nüchterner filmischer Mittel verzichtet hätten. Auch ist der Film mit rund fünfzig Minuten nicht zu lang, so dass es keine Notwendigkeit gibt, die Zeitzeugen so eng zu schneiden. Insgesamt kann der Film als Einstieg in eine Diskussion um das in jeder Hinsicht schwierige Erbe des DDR-Antifaschismus gesehen werden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. ■

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt



Impressum

Antifaschistisches Info Blatt

19. Jahrgang
Nummer 75 | 2.2007

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

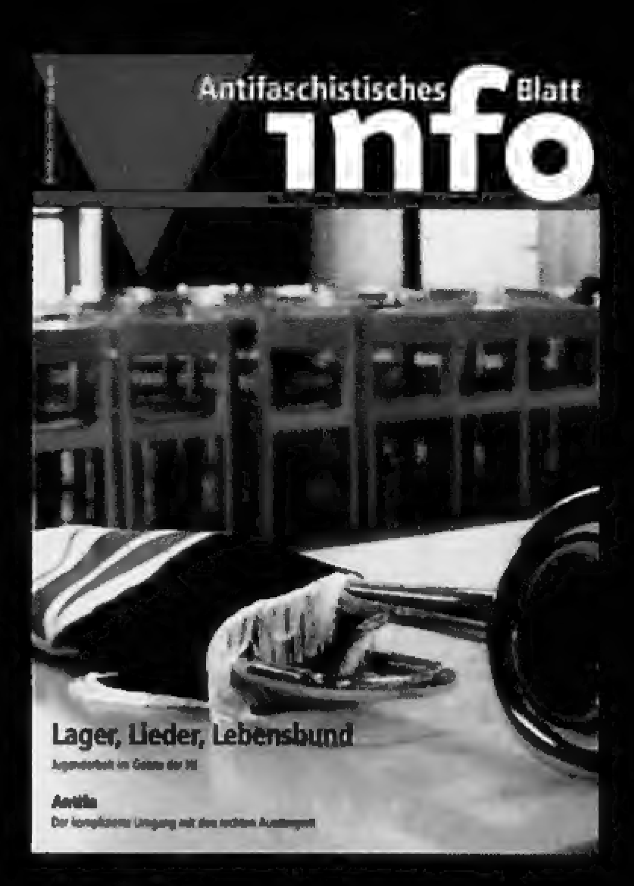
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 74
Jugendarbeit im Geiste der HJ; Polizei als »Antif-Antifa«-Quelle; zum Umgang mit AussteigerInnen



AIB 73
Wahlerfolge der NPD; die Breker-Ausstellung; Redwatch – Mordaufruf im Internet

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin


Freispruch für Matti
WWW.FREIHEITFUERMATTI.COM